ISSN: 1865-9632

lotta-magazin.de

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#76 / Herbst 2019

RECHTS VERBUNDEN

Korporierte im Netzwerk der extremen Rechten

Außerdem:

Seenotrettung in Zeiten der autoritären Formierung

Die NRW-AfD nach dem Landesparteitag in Kalkar

Zum Mordanschlag im hessischen Wächtersbach

Editorial

Liebe Leser*innen,

am 1. September 2019 fanden die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg statt. In Sachsen blieb die AfD unter ihren Ansprüchen und wird zunächst nicht dazu kommen, ihr vollmundig als „Regierungsprogramm" betiteltes Wahlprogramm umzusetzen. Dennoch sollten die Zahlen, die die Partei erreichte, Anlass zur Besorgnis sein. Das Ergebnis in Brandenburg zeigt zudem, dass auch „Flügel"-Vertreter wie Andreas Kalbitz der AfD hohe Wahlergebnisse liefern können, selbst dann, wenn wie im Falle Kalbitz in mehreren Medienberichten auf dessen Vergangenheit in neonazistischen Organisationen hingewiesen wurde. Das Rauschen in mehreren CDU-Landesverbänden, eine Zusammenarbeit mit der AfD in unterschiedlichen Schattierungen „ergebnisoffen" zu diskutieren, verstärkte sich nach den Wahlen abermals. In aktuellen Umfragen werden auch Björn Höcke hohe Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Thüringen am 27. Oktober 2019 vorausgesagt. Die „Flügel"-Mitglieder in den LOTTA-Ländern können von diesen Entwicklungen bislang hingegen nicht besonders profitieren, die Zeit ihrer Vorstandsarbeit in NRW ist zunächst beendet. Aber verändert dies die Ausrichtung der Partei? Bei einer AfD-Veranstaltung mit dem kurz darauf gewählten AfD-Landessprecher NRW, Rüdiger Lucassen, am 18. September 2019 in Dortmund spielten sich Mitglieder der Partei *Die Rechte* als „Saalschutz" auf und filmten Gegendemonstrant*innen ab.

Die Enthüllungen im Falle der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) gehen unvermindert weiter, wöchentlich kommen neue Details ans Licht. Abermals bestätigt sich: Die Verfassungsschutzbehörden haben wenig Interesse daran, die neonazistische Szene zu durchleuchten und zu deren Bekämpfung beizutragen. Passend zu diesem Thema wurde durch eine parlamentarische Anfrage der Linken-Abgeordneten im Bundestag Martina Renner im August bekannt, dass in zwölf „Fallkomplexen" deutsche Neonazis an Schießtrainings im Ausland teilgenommen haben. Weiterhin zeigen Fälle wie die Tat im hessischen Wächtersbach (siehe Artikel in dieser Ausgabe), dass sich rassistisch motivierte Täter*innen zunehmend mit Schusswaffen ausstatten. Bereits nachdem diese Zeilen geschrieben waren, schlug dann Stephan Balliet in Halle (Saale) zu. Statt der zu beklagenden zwei toten Passant*innen hätten es auch einige Dutzend mehr in der angegriffenen Synagoge werden können. Glücklicherweise schaffte es der Täter nicht, in diese einzudringen.

Last but not least noch eine weitere traurige Nachricht: Der langjährige VVN-BdA-Aktivist Kurt Heiler aus Aachen ist am 22. August 2019 im Alter von 67 Jahren verstorben. Kurt engagierte sich beinahe sein ganzes Leben in der antifaschistischen Bewegung und tat sich unter anderem durch seine Unermüdlichkeit hervor, Bündnisse zu schmieden und zu erhalten. In LOTTA #20 steuerte Kurt einen Artikel über Militarismus bei, einem seiner Schwerpunktthemen. Wir danken ihm von ganzem Herzen für seine Haltung und sein Engagement.

Wie immer möchten wir uns herzlich bei all jenen bedanken, die durch ihre Recherchen, Artikel und Fotos zu dieser Ausgabe beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an unseren Gastautoren Rainer Roeser, der kurz vor Drucklegung noch einen aktuellen Beitrag zur Entwicklung bei der nordrhein-westfälischen AfD beisteuerte.

Eure LOTTA-Redaktion

Deadline dieser Ausgabe war der 6. Oktober 2019. Erscheinungsdatum ist der 28. Oktober 2019.

Erratum

Wir möchten uns für einen kleinen Fehler in der Ausgabe #75 entschuldigen. Dort berichteten wir in der Rubrik „Unter freiem Himmel" von Kundgebungen in Paderborn am 3. und am 4. Mai 2019. Richtig ist, dass nur am 4. Mai eine Kundgebung abgehalten wurde. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Zwischen Repression und Subversion ..... Seite 4
Seenotrettung in Zeiten der autoritären Formierung

Irgendwo in Hessen ..... Seite 6
Zum Mordanschlag in Wächtersbach

Schwerpunkt

Rechts verbunden — Korporierte im Netzwerk der extremen Rechten ..... Seite 8
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Burschenschafter und andere Korporierte ..... Seite 9
Im Netzwerk der extremen Rechten

Verwobene Seilschaften ..... Seite 13
Das Netzwerk der „Deutschen Burschenschaft" in der extremen Rechten

Alte Herren für Deutschland ..... Seite 17
Die Rolle von Korporierten in den Parlamenten

Für Volk und Heimat ..... Seite 21
Die „Deutsche Gildenschaft" (DG)

„Soldaten Adolf Hitlers" ..... Seite 23
Die korporationsstudentischen Verbände und der 30. Januar 1933

Extreme Rechte

Von Werwölfen und dem Kult um das Blut ..... Seite 25
NS-Black-Metal als Subgenre des RechtsRock

Zwei Täter? ..... Seite 29
Aktuelle Erkenntnisse zur Ermordung von Walter Lübcke

„Die Rechte" im westlichen Ruhrgebiet ..... Seite 33
Zur Gründung der DR-Kreisverbände Duisburg und Oberhausen

Mit gestutztem Flügel ..... Seite 35
Die NRW-AfD nach dem Landesparteitag in Kalkar

Denunziation und Einschüchterung ..... Seite 39
Schulen im Fokus der AfD

Timm K. — „YouTube"-Star ..... Seite 41
Ein stets bemühter rechter Medienmacher

Unter freiem Himmel ..... Seite 43
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2019

Kurzmeldungen ..... Seite 46
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Braunzone

Monolog statt Dialog ..... Seite 52
Verschwörungsideologien in Koblenz

Geschichte/Geschichtspolitik

Fluchten aus Deportationszügen ..... Seite 55
Ein wichtiger Aspekt jüdischen Widerstandes

Internationales

„Jetzt hat der rechte Führer Kurz ein Problem" ..... Seite 59
Interview mit Michael Bonvalot

„Grüß uns den Ante Pavelić!" ..... Seite 61
Nationalismus und „Ustaša"-Verherrlichung in Kroatien

Rezensionen

Völkische Landnahme
Eure Heimat ist unser Albtraum ..... Seite 65

Credits: Jan Große Nobis

Von Joos Faulner

Zwischen Repression und Subversion

Seenotrettung in Zeiten der autoritären Formierung

Für die Seenotrettung im Mittelmeer gab es zuletzt zwei gute Nachrichten. Die erste: Matteo Salvini als Hauptwidersacher führt nicht länger de facto die Regierung Italiens. Die zweite: Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, jeden vierten aus Seenot geretteten Menschen aufzunehmen, und das Malta-Abkommen ermöglicht die schnelle Aufnahme aus Seenot Geretteter. Zumindest letzteres ist auch ein Erfolg der zivilen Seenotrettung und der „Seebrücke"-Bewegung.

Offen ist aber, ob nun auch eine progressive Revision der Dublin-Regelung folgt, welche die Zuständigkeit der Einreisestaaten für die Schutzsuchenden festlegt. Sehr wahrscheinlich ist aber, dass mit einem anderen, „solidarischeren" Aufteilungssystem auch eine striktere und an Kriterien der Effizienz orientierte Durchführung der Aufnahme- und Abschiebeprozeduren einhergehen wird.

Ohnehin ist die Lage im Mittelmeer nicht zu trennen von der Lage in Libyen und in der Sahara, wo die Abschottung vor Geflüchteten im Sinne einer Externalisierung der EU-Grenzen praktiziert wird. Auch sind aktuell kaum Rettungsschiffe auf dem Mittelmeer unterwegs. Dafür ist vor allem die Kriminalisierung der Seenotrettung verantwortlich.

Repression

Von Anbeginn geriet zivile Seenotrettung ins Visier staatlicher Repression. Die Kriminalisierung musste dabei Umwege gehen: Gesetze wurden erweitert ausgelegt, unter einem anderen Straftatbestand subsumiert oder es wurden sogar punktuelle Gesetzesänderungen eingeleitet. Dass sowohl in Rekurs auf spezielle Gesetze, die besondere Formen auch präventiver Repression zulassen (Anti-Terror- und Anti-Mafia Gesetze), gehandelt wurde, als auch über die Wege der Bürokratie (Verweigerung der Staatsflagge), zeigt, wie sehr sich Normalgeschäft und Handeln im Ausnahmezustand im Rahmen der autoritären Formierung durchkreuzen. Man kann von

regelrechter Sabotage der Seenotrettung seitens der europäischen Staaten reden.
Eine andere Qualität der Repression hat die Seenotrettung sicherlich in Italien unter Salvini seit 2018 erfahren, der diese quasi zur Staatsräson erhob. Salvini versuchte immer wieder, mit allen Mitteln und seine Befugnisse als Innenminister überschreitend, das Anlegen von Schiffen in italienischen Häfen zu verhindern. Mit Hilfe einiger gleichgesinnter Staatsanwälte kriminalisierte er die Seenotretter*innen. Seine zwei Sicherheitsdekrete von Oktober 2018 und August 2019 brachten ihn dann in die Lage, seinem Vorgehen juridische Konsistenz zu geben. Das Innenministerium erhielt die Kompetenz, Schiffen die Durch- oder Einfahrt in italienische Hoheitsgewässer zu verbieten, sollten diese die „nationale Sicherheit" gefährden. Zudem wurden die Mittel der Polizei zur Bekämpfung „illegaler Einwanderung", unter anderem durch Undercover-Operationen, erhöht.

Feindbilder

An Salvini zeigt sich, welche Rolle Seenotrettung im Weltbild der neuen Faschist*innen einnimmt. Seenotrettung dient als Konkretisierung des Hauptfeindes, der angeblich die „Volkseinheit" und staatliche Souveränität gefährdenden Migrant*innen. Dieses Vorgehen ist vor dem Hintergrund der politischen Strategie Salvinis zu deuten: Er braucht einen öffentlichen Feind und einen vermeintlichen Ausnahmezustand, um sich selbst als Lösung zu präsentieren. Gleichzeitig darf die konstruierte Ausnahmesituation nicht wirklich aufgelöst werden. Vielmehr muss die Konstruktion befestigt werden: zum einen durch eine Multiplikation der Fälle von Schiffen, die um einen Landungshafen ringen müssen; zum anderen durch die oben angedeutete Erweiterung der Befugnisse des Innenministeriums; schließlich durch Maßnahmen, die die Anzahl illegalisierter Migrant*innen erhöhen und ihre Integration erschweren.
Dieses Vorgehen gleicht einer Übertragung des Wahlkampfes in die Praxis der Regierung. Dabei ist die Aufhebung des vermeintlichen Souveränitätsverlusts Italiens Salvinis Hauptversprechen: Die Tatsache, dass dieses Versprechen prinzipiell nicht eingelöst werden kann, wird dadurch kompensiert, dass zum einen eben Migrant*innen als Ursache ausgemacht werden (und nicht etwa die Herrschaft des kapitalistischen Verwertungszwanges) und zum anderen den Anhänger*innen Salvinis die Möglichkeit geboten wird, sich mit der von ihrem „Capitano" durchgeführten Aggression gegen den öffentlichen Feind zu identifizieren.
In Salvinis Darstellung wird Seenotrettung unmittelbar mit Linksautonomen assoziiert, die zweite Feindfigur im Weltbild Salvinis. Nicht gänzlich ohne Grund, denn in den letzten Monaten ist die einzige echte Opposition gegen Salvini die von sozialen Bewegungen und Basisgruppen gewesen. Wie im Fall der Seenotrettung decken sich hier praktische Solidarität und politischer Widerstand. Soziale Bewegungen wurden deshalb auch zum Ziel der Sicherheitsdekrete, die unter anderem einen nationalen Plan zur Räumung von Hausbesetzungen und Strafen von bis zu vier Jahren Haft für angeblich gefährdendes Verhalten bei Demonstrationen beinhalteten.
Tatsächlich wurde Seenotrettung auch zum Austragungsort für den europäischen Konflikt um die Dublin-Regelung. Nur stand im Interesse Salvinis kaum eine Lösung der Frage nach gleichmäßiger Aufteilung. Vielmehr wurde Seenotrettung wieder zur Repräsentantin für etwas anderes — nun: die Staaten des nördlichen Europas — gemacht, gegen das die Aggression gerichtet wird.

Politische Bedeutungen von Seenotrettung

Salvini liegt im Feindbild Seenotrettung nicht gänzlich falsch: Seenotrettung situiert sich an einer der delikatesten Stellen der gegenwärtigen politischen Lage. Es gilt also ihre eigentliche politische Bedeutung auszuarbeiten.
Politisch wäre Seenotrettung primär als Abwehrkampf zu begreifen, als Antwort auf die schlimmsten Folgen des kapitalistisch-staatlichen Normalzustandes und deren Zuspitzung im Rahmen von Rechtsruck und neofaschistischem Aufbegehren. Als humanistisches Handeln ziviler Kräfte führt es eine Kritik des tödlichen und unmenschlichen Charakters des durch Recht und Gesetz eingehegten Normalzustands mit sich.
Seenotrettung kann aber auch als subversiver Akt begriffen werden, als praktische Herausforderung des europäischen Grenzregimes. Sie eröffnet einen Raum für das eigentliche Subjekt der Anfechtung des Grenzregimes: Migrant*innen in ihrer eigensinnigen Bewegung, die selbst Reaktion auf die repressiven Bewältigungsversuche der Vielfachkrise der kapitalistischen Ordnung ist. Betrachtet man den kapitalistischen Staat und seine Grenzen in Anschluss an **Gilles Deleuze** und **Félix Guattari** als „Kriegsmaschine", die sich gegen subversive Bewegungen richtet, ist Seenotrettung als Moment der Sabotage dieser Maschine zu verstehen. Darin ist die Praxis der Seenotrettung auch nicht fern von dem, was man in Anlehnung an **Guy Debord** „Schaffung von Situationen" nennen könnte: Seenotrettung eröffnet in der Mitte eines festgefahrenen Gefüges einen Raum, in dem sich Neues präsentieren kann, das zum Subjekt von veränderndem, den Status Quo in Frage stellenden Handeln wird.

Von Sebastian Hell

Irgendwo in Hessen

Zum Mordanschlag in Wächtersbach

Der Mordanschlag in Wächtersbach folgte einem rassistischen Motiv. Reflexion oder Auseinandersetzung über Alltagsrassismus bleiben in der Region dennoch aus. Der Bürgermeister erklärte nach der Tat, dass es vor Ort „keinen Platz für Rassismus" gäbe. Für viele ist das Thema damit beendet, obwohl von Rassismus betroffene Menschen aus der Region seit dem Anschlag in Angst vor weiteren Taten leben.

Am 22. Juli wurde im Industriegebiet von Wächtersbach (Main-Kinzig-Kreis) auf den 26-jährigen **Bilal M.** geschossen. Er erlitt einen Bauchdurchschuss und überlebte nur knapp. Drei Stunden später fand die Polizei den tatverdächtigen **Roland Koch** im benachbarten Biebergemünd, auch er war lebensgefährlich verletzt und verstarb noch am selben Tag im Krankenhaus. Die Polizei ermittelte, dass sich der 55-Jährige selbst in den Kopf geschossen hatte. Vor dem Anschlag war er in seiner Stammkneipe *Martinseck* in seinem Wohnort Biebergemünd gewesen und hatte dort die Tat angekündigt. Nach dem Anschlag suchte er erneut die Kneipe auf und schilderte, was er getan hatte. Anschließend rief er laut *Hessischem Rundfunk* selbst den Notruf der Polizei und kündigte weitere Taten an. Letztendlich fuhr er aber an den Ortsrand und nahm sich das Leben.

Die Auswahl des Opfers basierte auf einem rassistischen Motiv. Dies soll auch mehreren Medienberichten zufolge aus dem gefundenen Abschiedsbrief hervorgehen, zu dessen genauem Inhalt bisher keine Angaben gemacht wurden. Der Brief soll mit einem — mit einem Hakenkreuz und dem SS-Motto „Meine Ehre heißt Treue" versehenen — Koppelschloss beschwert worden sein. Dennoch ist der Tatverdächtige kein bekannter Neonazi, es deutet bislang nichts auf Kontakte in die Szene hin.

Die ersten Reaktionen im Ort waren irritierend: Freimütig gaben Anwohner_innen den angereisten Pressevertreter_innen Auskunft darüber, dass es sie nicht wundere, dass ihr Nachbar die Tat ver-

übt habe. Seine Gewaltphantasien und rechte Gesinnung seien den meisten in der Nachbarschaft bekannt gewesen. Berichte aus der Kneipe *Martinseck* wirken ebenso nüchtern. Der Wirt gab verschiedenen Medien Interviews. Seine Kernaussage: Der Täter habe des Öfteren solche Taten angekündigt, diese Ankündigungen habe aber niemand ernst genommen. Die Aussagen des Wirtes lassen erahnen, wie oft Personen solche oder ähnliche Gewaltphantasien dort aussprechen. Es scheint so normal zu sein, dass niemand in der Kneipe auf die Idee kam, intervenieren zu müssen. Dem Wirt zumindest dürften rassistische Aussagen grundsätzlich nicht aufgestoßen sein, er selbst verbreitete via *Facebook* Grafiken der NPD.

Noch sind einige Hintergründe zum Mordanschlag von Wächtersbach unklar. War es nur ein Zufall, dass die Tat am 22. Juli, dem Jahrestag der von **Anders Breivik** verübten Attentate in Oslo und Utøya, verübt wurde? Fühlte sich der Täter durch den einen Monat zuvor verübten Mord an dem CDU-Politiker **Walter Lübcke** motiviert? Ebensowenig ist derzeit sicher, ob Roland Koch, der Täter von Wächtersbach, einen Nachahmer gefunden hat: Am 3. September verübte ein 54-jähriger Mann im südhessischen Taunusstein eine ähnliche Tat. Aus dem Auto heraus schoss er mit einer Zwille und Metallkugeln auf Schwarze Menschen und verletzte einen 25-jährigen aus Syrien stammenden Mann am Kopf.

Reaktionen auf den Anschlag

Am Tag nach dem Anschlag fand am Tatort in Wächtersbach eine Mahnwache statt. Etwa 400 Menschen, vornehmlich aus der Region, waren gekommen. Reden hielten der Landrat, der Bürgermeister und eine Vertreterin der Kirchen, sie alle sind Weiße. Tenor war, dass es hier „Kein[en] Platz für Rassismus" geben solle. Von Rassismus betroffene Menschen kamen auf der Kundgebung aber nicht zu Wort. Niemand berichtete über alltägliche Erfahrungen, niemand von der Angst, die Schwarze Menschen in der Region nun haben.

Die Perspektive von Menschen, die täglich von Rassismus betroffen sind, eröffnete sich erst am folgenden Samstag. Ein antifaschistisches Bündnis aus Frankfurt hatte zur Demonstration in Wächtersbach aufgerufen. Unter den etwa 300 Teilnehmer_innen befanden sich viele Schwarze Menschen aus der Region, sie berichteten in Gesprächen und Redebeiträgen, dass viele weitere nicht mit zur Demonstration kommen wollten — aus Angst. „Mein Vater wollte auch nicht hierher kommen, er sagte, er hat keine Lust abgeknallt zu werden", war ein erschütternder Kommentar eines Teilnehmers zu den Auswirkungen des Mordanschlags.

In weiteren Gesprächen am Rande der Demonstration äußerten Menschen mir gegenüber ihre Bestürzung darüber, dass bis zu diesem Zeitpunkt Bilals Name in den Medien nicht genannt wurde, der des Täters aber wohl. Die Behauptung, es würde „hier" keinen Platz für Rassismus geben, erzürnte eine weitere Protestierende. Sie machte mit Nachdruck deutlich, dass viele den Mordversuch als Angriff auf sich begreifen und Angst vor weiteren Anschlägen haben. Sie fürchtete, dass der Anschlag andere Rassist_innen zu ähnlichen Taten anstiften könnte. Es gebe hier weitere potenzielle Täter_innen, war sich die Protestierende sicher.

Der alltägliche Rassismus

Warum Wächtersbach? Was die Gesprächspartner_innen über die Stimmung vor Ort berichten, trifft nicht nur auf den Main-Kinzig-Kreis zu. Es könnte irgendwo im ländlichen Raum in Hessen sein. **Kim**, eine Schwarze Person, die in der Region ihre Jugend verbrachte, schilderte ihren Eindruck von der „Dorfjugend" in den späten 1990er Jahren: „Die haben in einer rechten Erlebniswelt zwischen Kirmes und Kneipe gelebt. Da hieß es dann 'Ich bin ja kein Nazi, aber...'. Aber was dann folgte, war stets plumper Rassismus." Verbindendes beziehungsweise ausschließendes Element seien damals die *Böhsen Onkelz* gewesen. „Wenn ich gesagt habe, ob das sein muss, dass die Band hier läuft, wurde mir direkt empfohlen, jetzt besser zu gehen", schildert Kim seine Erfahrung aus dieser Zeit, in der ihm wegen seiner Hautfarbe sowieso schon eine feindselige Stimmung entgegenschlug.

Die Erlebnisse, die von Rassismus betroffene Menschen wiedergeben, sind nicht nur in der Kneipe oder auf der Kirmes zu verorten. Die Polizei — in Hessen wegen des Polizeiskandals (siehe LOTTA #74) ohnehin schon in der Kritik — leistete sich ein weiteres Beispiel für alltäglichen Rassismus, der nicht-weißen Menschen widerfährt. Eine Woche nach dem Anschlag in Wächtersbach stieß am Frankfurter Hauptbahnhof ein vermutlich psychisch kranker Mann einen achtjährigen Jungen und seine Mutter auf ein Gleis. Während die Mutter sich noch retten konnte, erfasste ein einfahrender Zug den Jungen tödlich. Der mutmaßliche Täter ist ein 40-Jähriger mit Wohnort in der Schweiz und eritreischer Staatsbürgerschaft. Als Bilal M., das Opfer aus Wächtersbach, vernehmungsfähig war, wurde er im Krankenhaus von Polizeibeamten befragt. Eine ihrer ersten Fragen lautete, ob er den mutmaßlichen Täter vom Frankfurter Hauptbahnhof kenne, sie kämen ja beide aus Eritrea.

Von Britta Kremers

Rechts verbunden

Korporierte im Netzwerk der extremen Rechten
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Noch vor gut zehn Jahren war die sogenannte „Neue Rechte" ein Nischenthema, mit dem sich nur wenige Expert_innen auskannten. Heute gehört die Auseinandersetzung mit diesem Spektrum zum Standardrepertoire antifaschistischer Kritik. Burschenschafter und andere Korporierte haben eine wichtige Rolle bei der Verschiebung des politischen Klimas in Deutschland gespielt.

Die „Identitären" rekrutieren sich in Deutschland vielerorts aus dem verbindungsstudentischen Milieu, Verbinder sind in der AfD und in der JA aktiv. Sie organisieren „auf" ihren Häusern faschistische Veranstaltungen und publizieren in extrem rechten Zeitschriften und Verlagen, sie stehen den extrem rechten Organisationen als Kader bereit. Dass Burschenschafter und Verbinder extrem rechte Politik betreiben, ist weder neu noch überraschend. Sie blicken zurück auf eine lange Tradition rechten Terrors in Deutschland, sei es in den Freikorps in den 1920er Jahren oder im Bombenterror in Alto Adige (Südtirol), der noch heute von Burschenschaften als „Freiheitskampf" begriffen wird. Die rechten Verbinder profitieren von der deutlich zu spürenden Verrohung, die das politische Klima in Deutschland bestimmt. Der Raum des Sagbaren hat sich verschoben — und das auch durch das Zutun der Korporierten. Und sie können ihre Politik nun viel offener und öffentlichkeitswirksamer ausleben, ohne großartige Konsequenzen aus ihren Dachverbänden zu befürchten. Diese verschweigen die rechten Tendenzen entweder und tun sie als Einzelfälle ab oder sie brüsten sich sogar damit. Andere Dachverbände wurden genau zum Zweck der völkischen Organisierung gegründet, wie die *Deutsche Gildenschaft*.

Das Thema Studentenverbindungen im Rechtsruck bringt auch die Auseinandersetzung um extrem Rechte in den Hörsälen wieder auf die Tagesordnung. Vielerorts beginnen Universitäten, sich mit der Frage von demokratischer Wissenschaft auseinanderzusetzen, weil sie das neue Auftreten der rechten Gruppen an den Unis, vor allem der „Identitären", nicht mehr ignorieren können.

Der Schwerpunkt dieser LOTTA-Ausgabe gibt einen Einblick in die Vernetzung und Rolle der Verbinder innerhalb der extremen Rechten. Er ersetzt keine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Thema männerbündische Verbindungen, sondern will ergänzend zu der bereits vielfach vorhandenen guten verbindungskritischen Literatur die aktuellen Entwicklungen beleuchten.

Der Rechtsruck in Deutschland ist auf den Verbindungshäusern vorbereitet worden. Wie das Verhältnis der völkischen Flügel der rechten Organisationen zu den Studentenverbindungen ist, beschreibt **Sonja Brasch**. .....S. 9

Paul Krämer von der Kampagne „Stadt, Land, Volk" zeigt am Beispiel der *Deutschen Burschenschaft* die Vorteile auf, die extreme Rechte als Netzwerk zu analysieren. .....S. 13

Mit der AfD haben Korporierte eine neue Möglichkeit, Einfluss auf das parlamentarische Geschehen in Deutschland zu nehmen. **Kilian Behrens** gibt einen Überblick über Verbindungsstudenten in der AfD und skizziert die Folgen. .....S. 17

Lucius Teidelbaum widmet sich einem völkischen Dachverband, der oft übersehen wird: Die *Deutsche Gildenschaft*. .....S. 21

Alexandra Kurth zeigt anhand der Reaktionen der korpsstudentischen Verbände auf den 30. Januar 1933, in welcher Tradition die Dachverbände stehen. .....S. 23

Von Sonja Brasch

Burschenschafter und andere Korporierte

Im Netzwerk der extremen Rechten

Dass Studentenverbindungen ein Hort der Reaktion sind, ist hinlänglich bekannt. Eine gewisse Zeit lang hatte man hoffen können, dass sich diese aus der Zeit gefallene männerbündische Form der Vergesellschaftung von allein erledigen würde, so sehr waren sie ins Feld gesellschaftlicher Irrelevanz gerückt. Diese, wenn auch schon immer naive Hoffnung hat sich seit dem Aufstieg der AfD und ihren Wahlerfolgen zerschlagen. Zeit, sich die Studentenverbindungen und ihre Rolle im Netzwerk der völkisch-autoritären Sammelbewegung näher anzuschauen.

In den Reihen der AfD-Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter finden sich viele Mitglieder von Studentenverbindungen, sie nehmen bereits seit der Gründung der Partei eine prägende Rolle ein. Sichtbar wurden sie spätestens 2015, als sich die Verbindungsstudenten in der *Facebook*-Gruppe *Korporierte in der AfD* organisierten. In der Presse wurde damals die These diskutiert, ob die AfD von Verbindungsstudenten unterwandert würde. Vielmehr stellt die AfD aber die neue politische Heimat jenes nationalistischen Milieus dar, das sich selbst gerne als Elite der Gesellschaft stilisiert. Die Partei ist für Verbindungsstudenten attraktiv: Sie rekrutiert ihr Führungspersonal vor allem aus akademischen Kreisen — Stichwort Professorenpartei. Damit spricht sie den Standesdünkel vieler Verbinder an. Ihre völkische und rassistische Ausrichtung sowie ihre neoliberale und elitenorientierte Wirtschaftspolitik entspricht dem Welt- und Gesellschaftsbild eines großen Teils dieses Spektrums. Auch bei anderen Themen überschneiden sich Interessen: Antifeminismus, die Diffamierung von Gender Studies, die Auslegung des Christentums und die Nähe zu den „Vertriebenen"-Verbänden stellen eine inhaltliche Schnittmenge dar. Falsch wäre es, allen Verbindungsstudent*innen qua ihrer Organisation eine Nähe zur AfD zu attestieren, dennoch ist die Häufung auffällig und die Rolle des gesamten Verbindungsmilieus komplexer.

Neue politische Heimat

Studentenverbindungen stellen nicht, wie oft von ihnen behauptet, einen Querschnitt der Gesellschaft dar, sondern sammeln vor allem Männer des konservativen bis extrem rechten Politikspektrums in ihren Reihen. Zwar gibt es auch in den Parteien links der Unionsparteien Verbindungsstudent*innen, wie den *Lassalle-Kreis* in der SPD. In ihm haben sich die Korporierten in der SPD organisiert, nachdem es in der Partei immer wieder Debatten um Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Mitgliedsschaften in der SPD und Studentenverbindungen gab. Die hauptsächliche politische Heimat der Verbindungsstudenten lag traditionell aber im konservativen Parteienspektrum, vor allem der Unionsparteien und der FDP.

Ähnlich wie in Österreich die FPÖ ist die AfD nun zur parteipolitischen Plattform geworden, in der nationalistische, strukturkonservative und offen rechte Politik betrieben werden kann. Die AfD ist nicht nur Betätigungsfeld der Verbinder, für die die NPD aus unterschiedlichen Gründen keine parteipolitische Option darstellt, sei es, weil sie mit ihren schlechten Wahlergebnissen keine Karriereoptionen bietet oder eine Mitgliedschaft oder ein Posten zur gesellschaftlichen Ächtung führen würde. Der Kurs, den die CDU/CSU in der Regierungsverant-

wortung in der großen Koalition eingeschlagen hatte, schien einen Teil der dort beheimateten Korporierten zum Wechsel in die AfD bewegt zu haben. Burschenschaften unterstützen am sichtbarsten die AfD in ihren Verbandsorganen und als Organisatoren von Veranstaltungen. Das liegt nicht daran, dass andere Verbindungstypen die AfD als uninteressant empfinden, sondern am politischen Anspruch der Burschenschaften. So schreibt die *Deutsche Burschenschaft* (DB) in ihren Leitmotiven: „Wir kämpfen für unsere Ideale als gesellschaftlich und politisch orientierte Akademiker und erheben Anspruch auf die Mitgestaltung der Zukunft unseres Volkes." Anders als die meisten Verbindungstypen, die sich selbst als unpolitisch definieren und das politische Engagement als Privatsache ihrer Mitglieder erklären, verstehen die Burschenschaften es als ihr Kerngeschäft, sich ins politische Geschehen einmischen zu wollen. Es äußern sich also nicht nur die einzelnen Mitglieder, sondern auch die Bünde und die Dachverbände. Damit sind vor allem die beiden großen Dachverbände *Deutsche Burschenschaft* (DB) und ihr Spaltprodukt, die *Allgemeine Deutsche Burschenschaft* (ADB) eine wichtige Stütze für die AfD.

Doch auch Mitglieder anderer Verbindungstypen finden sich in der AfD. Besonders deutlich konnte man die Bandbreite an Korporierten bei der Gründung des AfD-nahen *Deutschen Akademikerverbandes* (DAV!) sehen (siehe Seite 19). An seiner Entstehung und Gründung waren unter anderem Burschenschafter, Landmannschafter, Turnerschafter, Corpsstudenten und Mitglieder der *Vereine deutscher Studenten* (VVdSt) beteiligt, die auch in verschiedenen Kreis- und Landesverbänden aktiv sind, wie die *Autonome Antifa Freiburg* in ihrem ausführlichen Communique zum DAV! darlegte.

Die Gemeinschaft der Spaltpilze

Die AfD hat in ihrer jungen Parteigeschichte drei große interne Richtungsstreits hinter sich gebracht, bei denen sich der völkische Flügel um **Björn Höcke**, **Alexander Gauland** und **Alice Weidel** durchgesetzt hat. Diese Spaltungsprozesse waren immer mit dem Risiko verbunden, Mitglieder und Bedeutung zu verlieren. Um zu verstehen, warum es nicht zu einem Bedeutungsverlust gekommen ist, ist es hilfreich, den völkischen Flügel, der die Spaltungen vorangetrieben hat, als Teil eines Netzwerkes zu begreifen, das sich in diesen riskanten Prozessen gestützt hat. Teil dieses Netzwerkes ist auch die *Deutsche Burschenschaft*, die einen ebenso riskanten Spaltungsprozess vollzogen hat und mithilfe der AfD und anderen Akteuren die Risiken abmildern konnte.

Die Nachkriegsgeschichte der DB ist geprägt von internem Hegemoniekampf des völkischen Flügels, der sich seit 1956 in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) gegen die rechtskonservativen Bünde organisierte. Seit dem letzten öffentlich ausgetragenen Streit im Jahr 1996, als sich die *Neue Deutsche Burschenschaft* abspaltete, wurde jedoch der Burgfrieden innerhalb der Organisation höher gehalten als die Auseinandersetzungen mit den extrem rechten Positionen im Dachverband. Der größere Teil der rechtskonservativen Bünde verblieb im Dachverband und trug die zunehmend völkische Ausrichtung weiter mit.

Kurz vor dem Burschentag 2011 wurde dann aber ein rassistischer Antrag der Presse zugänglich gemacht. Der als „Ariernachweis" bekannt gewordene Antrag forderte, dass Mitglied eines DB-Bundes nur werden könne, wer eine „europäische Gesichts- und Körpermorphologie" aufweise. Der Antrag wurde zwar zurückgezogen, der völkische Flügel konnte seine Machtposition im Laufe der folgenden Burschentage weiter durchsetzen. Das gelang auch, weil 1971 die Aufnahme der deutschnationalen österreichischen Verbindungen beschlossen wurde und damit das Stimmgewicht zugunsten der BG verschoben wurde. Die rechtskonservativen Bünde haben sich nie in der Konsequenz gegen die BG organisiert. Zwar unternahmen sie mit der „Initiative Burschenschaftliche Zukunft" einen letzten Versuch, doch gelang es nicht, eine grundsätzlich andere Linie zu prägen als sie der völkische Flügel vertrat (siehe auch LOTTA #60, S. 33 ff.). Als Folge traten fast die Hälfte der Mitgliedsbünde aus dem Dachverband aus. Teile dieser ausgetretenen Bünde gründete 2016 die *Allgemeine Deutsche Burschenschaft*. Auch dieser neue Dachverband ist der AfD wohlgesonnen und gibt ihr viel Raum in ihrer Dachverbandszeitung, vertritt dabei aber weniger offen völkische Positionen. Dass die DB diesen immensen Einschnitt nicht nur im Personal, sondern auch in der Finanzierung auffangen konnte, lag vor allem auch daran, dass sie mit dem völkischen Flügel der AfD zu diesem Zeitpunkt bereits eng verzahnt war. Sie stand vor dem Problem, nun endgültig als die extrem rechte Organisation erkennbar zu sein, die sie seit langem ist, was die Karrierechancen ihrer Mitglieder gefährdete. In diesem Moment konnte die AfD durch ihre Wahlerfolge neue Perspektiven bieten. Durch den Einzug in die Landesparlamente und den Bundestag eröffneten sich immense Ressourcen und eine neue Sinnstiftung für die selbsternannten „Mitgestalter der Zukunft des Volkes".

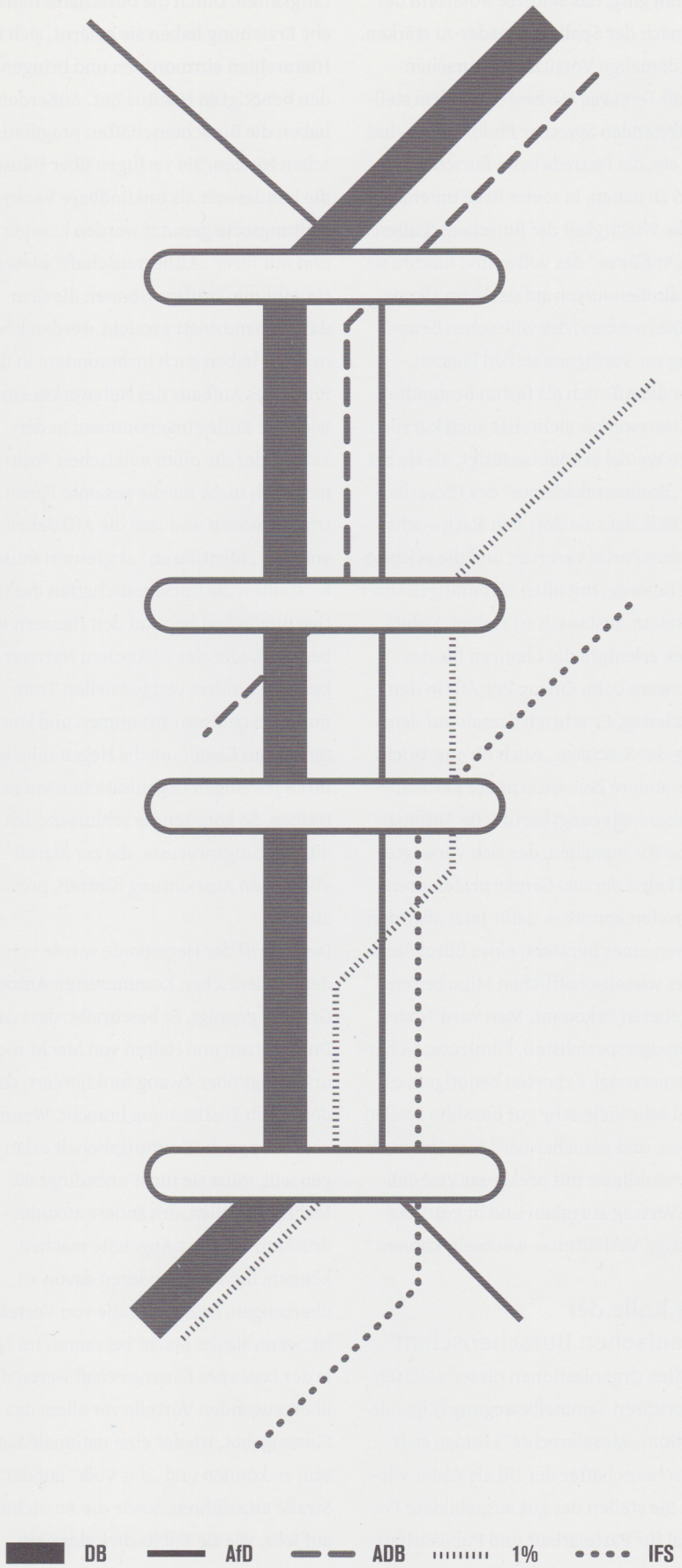
Völkische Hegemoniepolitik

Das oben skizzierte völkische Netzwerk besteht aus der AfD als parlamentarischem Arm, rechten „Thinktanks" wie dem *Institut für Staatspolitik* (IfS), Gruppen wie den „Identitären" und der Spendensammelorganisation *Ein Prozent*, Publikationsorganen wie *Compact*, *Sezes-*

sion und *Junge Freiheit*, der rassistischen Mobilisierung auf der Straße durch Gruppierungen wie PEGIDA sowie den Studentenverbindungen — allen voran die DB — als Kaderschmieden. Die einzelnen Teile des Netzwerkes können sich in ihrer Ausrichtung, Zielsetzung und Reichweite unterscheiden, wichtiger als tatsächliche Gemeinsamkeiten untereinander sind die gemeinsamen Feindbilder und Schlagworte, um sich gegenseitig zu stärken und zu stützen. Sie spielen sich rhetorische Bälle zu, springen auf die gleichen Themen auf, arbeiten an den gleichen Framing-Kampagnen und unterstützen einander materiell und personell.

Letzteres wurde besonders deutlich bei der Frage, wie die AfD schnell an das Personal für den Aufbau ihrer Landtagsfraktionen kam. Die *KONTEXT:Wochenzeitung* veröffentliche interne Chatprotokolle zwischen **Marcel Grauf** und **Philip Stein**, Pressesprecher der DB und Leiter der rechten Spendensammelorganisation *Ein Prozent*. Grauf war gerade fertig mit seinem Politikstudium in Marburg und bat Stein um Rat für seine Jobsuche. Kontext zitiert aus den Chatprotokollen. Stein: „Jetzt haben wir die Chance, da Leute zu platzieren." Grauf: „Parlamentarischer Berater ist im Prinzip für mich ideal". Stein: „Eben – Götz sagt, du sollst ihm Bewerbung schicken." Kurze Zeit darauf wurde das ehemalige NPD-Mitglied Grauf Mitarbeiter der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg. Er versuchte, gegen die Berichterstattung zu seiner Person vorzugehen, die *KONTEXT:Wochenzeitung* allerdings gewann den Prozess.

Bei „Götz" handelt es sich wohl um keinen Geringeren als **Götz Kubitschek**, Mitgründer des IfS und Inhaber des *Antaios-Verlags*. Er selbst ist kein AfD-Mitglied, dennoch scheint seine Stimme gewichtig bei der Personalverteilung in diesem völkischen Netzwerk zu sein. Kubitschek war auch zur Stelle, als es



darum ging, das Selbstbewusstsein der DB nach der Spaltung wieder zu stärken. Die damalige Vorsitzende Burschenschaft *Germania Marburg* — mit dem stellvertretenden Sprecher Philip Stein — lud ihn ein, die Festrede beim Burschentag 2015 zu halten. In seiner Rede unterstrich er die Wichtigkeit der Burschenschaften als „Anführer" des Volkes und machte sie auf die Ressourcen aufmerksam, die sie als Dachverband der völkischen Bewegung zur Verfügung stellen können.
Dass die AfD sich als festen Bestandteil des Netzwerkes sieht, hat auch kürzlich Alice Weidel erneut bestätigt, als sie bei der „Sommerakademie" des IfS verlauten ließ, dass sie dort den Nachwuchs für ihre Partei verortet, und die Wichtigkeit betonte, mit allen Strömungen ihrer Partei im Austausch zu stehen. Kubitschek erkannte die Chancen für das Netzwerk beim Einzug der AfD in den Bundestag. Er schrieb damals auf dem Blog der *Sezession*: „Auch für uns bricht eine andere Zeit an: erneute Resonanzraumerweiterung; berufliche Auffangnetze für manchen, der sich vorwagte und keine der 200 Genderprofessuren abgreifen konnte — dafür jetzt aber den Posten eines Beraters, eines Büroleiters, eines wissenschaftlichen Mitarbeiters angeboten bekommt. Man wird Texter, Computerspezialisten, Filmleute, Sicherheitspersonal, Experten benötigen, es wird sehr viele sehr gut bezahlte Stellen geben, und mancher wird sein Leben als Lehrstuhlhure mit prekärem Vier-Jahres-Vertrag aufgeben und in gesittete geistige Verhältnisse wechseln können."

Die Rolle der „Deutschen Burschenschaft"

In allen Organisationen dieser völkisch-autoritären Sammelbewegung (Eigendefinition: „Mosaikrechte") finden sich Burschenschafter der DB als Kader wieder. Sie stellen das gut ausgebildete Personal für Parteiarbeit und Publikationstätigkeiten. Durch die burschenschaftliche Erziehung haben sie gelernt, sich in Hierarchien einzuordnen und bringen den benötigten Habitus mit. Außerdem haben die Burschenschaften pragmatischen Nutzen. Sie verfügen über Häuser, die bundesweit als unkündbare Veranstaltungsorte genutzt werden können und mit ihrer „Altherrenschaft" bieten sie zahlungskräftige Gönner, die über das Verbandsblatt erreicht werden können. Sie haben auch insbesondere in der Phase des Aufbaus des Netzwerkes eine wichtige Rolle eingenommen: In der Zeit, in der die offen völkischen Positionen noch nicht für die gesamte Partei tragbar waren und sich die AfD daher von den „Identitären" abgrenzen musste, stellten die Burschenschaften das nötige Bindeglied her. Auf den Häusern leben die Kader des völkischen Netzwerkes ungehindert von formellen Trennungsbeschlüssen zusammen und konnten so den Kampf um die Hegemonie in ihren jeweiligen Organisationen vorantreiben. So konnten sie schlussendlich die Spaltungsprozesse, die zur klaren völkischen Ausrichtung führten, provozieren.
Der Begriff der Hegemonie wurde von dem italienischen Kommunisten **Antonio Gramsci** geprägt. Er beschreibt, dass das Durchsetzen und Halten von Macht nicht unbedingt über Zwang funktioniert, sondern auch Zustimmung braucht. Wenn eine Gruppe die Deutungshoheit erlangen will, muss sie nicht unbedingt die Mehrheit stellen, um andere zu unterdrücken. Sie muss Angebote machen können, um so die anderen davon zu überzeugen, dass es für alle von Vorteil ist, wenn sie die Macht bekommt. Im Falle der *Deutschen Burschenschaft* waren die überzeugenden Vorteile vor allem das Sinnangebot, wieder eine nationale Elite sein zu können und „das Volk" auf der Straße anzuführen, sowie die Aussichten auf Jobs, wie sie Kubitschek skizziert.

Radikalisierung des konservativen Milieus

Auch wenn die DB eine zentrale Rolle im Netzwerk der extremen Rechten einnimmt, wäre es fatal, nur sie ins Zentrum der Kritik zu stellen. Denn was sie tatsächlich eingebüßt hat für diese Rolle im rechten Netzwerk, ist der Einfluss auf das konservative Milieu. Hier sind andere Studentenverbindungen noch immer wesentlich besser verankert. Dem völkischen Netzwerk kommt in diesen Verbindungen das unpolitische Prinzip entgegen. Das führt in den meisten Dachverbänden dazu, dass sie sich nicht mit den rechten Umtrieben ihrer Bundesbrüder offen auseinandersetzen wollen — das ist schließlich deren Privatsache. Natürlich tragen aber die Verbinder, die sich in dem völkischen Netzwerk organisieren, die Politik in ihre Verbindung und ihren Dachverband. Damit normalisieren sie die Politik des völkischen Netzwerkes und erweitern den Raum des Sagbaren im konservativen Milieu. Solange sich die Dachverbände und Einzelbünde also als unpolitisch verstehen, machen sie sich — bewusst oder unwissend — zu Verbündeten der völkischen Kräfte, wie es das konservative Milieu historisch schon immer gemacht hat.
Die DB nimmt, so der Verbindungskritiker **Lucuis Teidelbaum**, die Funktion einer „Bad Bank" in der Debatte ein. Auf sie wird auch innerhalb der Verbinderszene alle Kritik ausgelagert, anstatt sich mit Rassismus, Sexismus und Antisemitismus vor der eigenen Haustür zu beschäftigen und Stellung dagegen zu beziehen.

Von Paul Krämer

Verwobene Seilschaften

Das Netzwerk der „Deutschen Burschenschaft“ in der extremen Rechten

Für die Frage, welche Rolle die „Deutsche Burschenschaft“ als Organisation innerhalb der extremen Rechten einnimmt, eignet sich am Besten ein analytischer Blick auf das Netzwerk. Dadurch können Effekte, komplexe Verbindung und Taktiken, aber auch Konflikte und Bruchlinien genau analysiert und Gegenstrategien entwickelt werden.

Allgemein gesprochen definiert sich ein Netzwerk durch verschiedene Elemente, die auf unterschiedliche Art und Weise miteinander verbunden sind. Manche Netzwerke sind um ein Element herum aufgebaut, andere haben ein Zentrum aus mehreren Elementen oder gar keines. Netzwerke brauchen eine gemeinsame Basis, Beziehungen zwischen den AkteurInnen und immer wieder aktuelle Anlässe, sich zu bilden und zu bestätigen. Wir gehen davon aus, dass sich die extreme Rechte am besten als Netzwerk analysieren lässt und es sich lohnt, die verschiedenen AkteurInnen und ihre Wechselwirkungen anzusehen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Analyse der Synergieffekte. Synergieeffekt bedeutet, dass sich die beteiligten AkteurInnen durch die Zusammenarbeit ergänzen, unterstützen und in ihrem Sinne effektiver werden, das heißt, sie können ressourcenschonender und personaleffektiver arbeiten und somit ihre Reichweite erhöhen. Unser Fokus liegt auf der *Deutschen Burschenschaft* (DB) mit ihrer Einbettung in das Netzwerk der extremen Rechten. Es gibt auch Verbindungen der DB ins konservative Milieu, diese sind jedoch nicht Teil dieses Artikels.

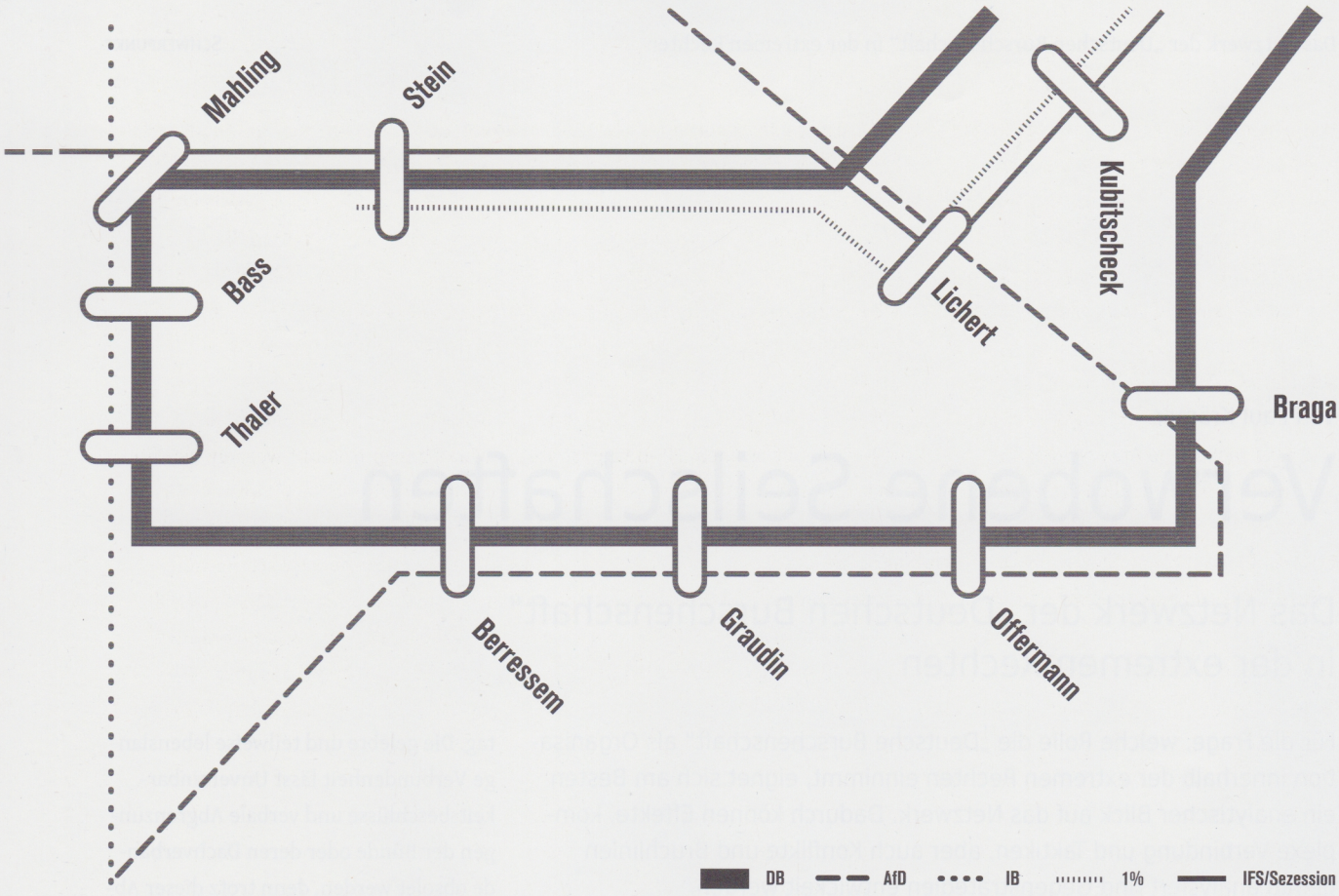
Für die Netzwerkeffekte der DB ist das Lebensbundprinzip von großer Relevanz. Die Männer sind nicht nur in ihrer Studienzeit, sondern tendenziell ihr Leben lang Mitglied der Verbindung. Auch in Zeiten, in denen sich ihr Wirkungskreis beruflich und privat teilweise sehr ausweitet.

Die „Alten Herren“ und die aktiven Burschenschafter verbindet dabei nicht nur ihr gemeinsames politisches Weltbild, sondern auch gemeinsame Sozialisationserfahrungen, wie zum Beispiel ritualisiertes Trinken und Singen in der Kneipe oder geschlagene Mensuren. Die „Alten Herren“ und die aktiven Burschen kommen neben sonstigen Besuchen auf dem Haus mindestens einmal im Jahr zusammen: beim jährlichen Burschentag. Die gelebte und teilweise lebenslange Verbundenheit lässt Unvereinbarkeitsbeschlüsse und verbale Abgrenzungen der Bünde oder deren Dachverbände obsolet werden, denn trotz dieser Abgrenzungen kommen die einzelnen Rechten in burschenschaftlichen Kontexten zusammen und tauschen sich aus. Durch das Gemeinschaftsgefühl wird nicht nur der Dachverband gestärkt, er sorgt auch dafür, dass der Zusammenhalt innerhalb des Netzwerkes über ihn hinaus zusammen wächst.

Ein Beispiel für die Vernetzung von Burschenschaften mit der extremen Rechten ist die Veranstaltung mit **Alain de Benoist** auf dem Haus der *Marburger Burschenschaft Germania*. Bei dieser Veranstaltung waren beispielsweise VertreterInnen der Partei *Der III. Weg*, der „Identitären“, NPD, AfD und *Jungen Alternativen* (JA) anwesend (Siehe Lotta# 73, S. 31 f.).

Spektren, Organisation und Personen des Netzwerkes

Die Verbindungen der DB bestehen in die „Neue Rechte“, den Neonazismus, die christliche Rechte und in Richtung Rechtsterrorismus. Dabei beschränkt sich das Netzwerk der DB nicht nur auf



den deutschsprachigen Raum, sondern ist international. Belege hierfür sind etwa Vorträge von **Philip Stein** und **Marcel Grauf** bei *Casa Pound* in Italien, über die die Informationsplattform *Sachsen-Anhalt rechtsaußen* (https://lsa-rechts-aussen.net) und *KONTEXT:Wochenzeitung* berichteten.

Die Vernetzung aus der DB in das Spektrum der „Neuen Rechten" lässt sich exemplarisch an **Patrick Bass**, Mitglied der *Burschenschaft Germania Marburg*, zeigen, der unter dem Pseudonym *Komplott* Rapmusik für die „Identitären" macht und etliche Male bei diesen auftrat. Bass ist auch ein Beispiel dafür, dass sich die „Neue Rechte" nur formal von der neonazistischen Rechten abgrenzen lässt: unter dem Pseudonym „Subverziv" produzierte er einen antisemitischen Mobitrack für den „Nationalen Antikriegstag" in Dortmund 2012 (vgl. Lotta #66, S. 21—23). In dem Track heißt es: „Und dieser Staat da am Toten Meer mit dem Hexagramm stecken für Macht und Geld die ganze Welt in Brand". Neben Patrick Bass sind mit **Heinrich Mahling** von der *Germania Marburg* und **Philip Thaler** von der *Halle-Leobener Burschenschaft Germania* (HLB Germania) weitere DB-Burschen hochrangige Kader bei den „Identitären". Philip Stein, Pressesprecher der DB, Inhaber des faschistischen *Jungeuropa Verlags* und Leiter der Spendensammelorganisation *Ein Prozent* kann wohl als einer der aktivsten Netzwerker der DB bezeichnet werden. Er sprach nicht nur bei PEGIDA, sondern auch 2017 auf der *Compact*-Konferenz, wo das who-is-who dieses Spektrums zusammen kam. Das *Institut für Staatspolitik* (IfS) und die Zeitschrift *Sezession* sind enge WegbegleiterInnen der DB, was sich etwa durch die Rede von **Götz Kubitschek** auf dem Burschentag 2015 (vgl. LOTTA #60, S. 33 ff.) sowie auf den Häusern der zum völkischen Flügel der DB gehörenden *Danubia München* und der *Germania Marburg* zeigte. Philip Stein schreibt regelmäßig in der *Sezession*, Heinrich Mahling war Praktikant des IfS in Schnellroda.

Auch in die AfD hat die *Deutsche Burschenschaft* zahlreiche Bezüge, allein aus der *Germania Marburg* sind mindestens fünf Mitglieder in leitenden Funktionen bundesweit aktiv: **Torben Braga**, Pressesprecher und Vorstandsmitglied der AfD Thüringen, Marcel Grauf, Mitarbeiter für die AfD im Landtag von Baden-Württemberg, **Robert Offermann**, Pressesprecher der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft sowie **Alexander Graudin** als stellvertretender Vorsitzender und **Ben Berressem** als Beisitzer im Vorstand der AfD-nahen *Friedrich-Friesen-Stiftung* sowie als Landtags-Referenten in Sachsen-Anhalt.

Das Netzwerk der DB reicht auch zu Organisationen mit offenem NS-Bezug. Zu nennen ist hier das *Der III.-Weg*-Mitglied **Till W.**, der bei den *Rheinfranken Marburg* und der *Germania Marburg* aktiv war, be-

vor er nach Halle zur *HLB Germania* zog. Bereits in jungen Jahren war er an einem Anschlag auf einen migrantischen Verein beteiligt, später reiste er nach Budapest, um dort am von *Blood & Honour* organisierten „Tag der Ehre“ teilzunehmen. In Halle kam es schließlich zum Eklat und Ausschluss aus der Burschenschaft, weil er entgegen vorheriger Absprachen die Adresse der Burschenschaft für offizielle Parteikommunikation genutzt haben soll. Auch zur NPD gibt es Kontakte, Marcel Grauf war vor seiner Tätigkeit bei der AfD dort Mitglied.

Zur christlichen Rechten kann ebenfalls eine Verbindung gezogen werden, auch wenn hier am Beispiel der *Germania Marburg* weniger Überschneidungen bekannt sind als bei der AfD. **Nils G.**, *Germania Marburg*, war 2013 Deutschlandsprecher der „Identitären“, an der Gründung der *Jungen Alternative Marburg-Biedenkopf* beteiligt und schloss sich nach seinem Studium der rechten katholischen *Piusbruderschaft* an.

Zuletzt weisen wir noch auf die aktuelle Verbindung eines DB-Burschenschafters in den rechtsterroristischen Bereich hin. Im Juli 2019 ging ein geplantes Attentat auf **Ursula von der Leyen** in München durch die Medien. Beschuldigt in dem Verfahren ist **Tobias L.**, der nicht nur JA-Funktionär, sondern aktuell auch Sprecher der *Burschenschaft Makromannia Wien zu Deggendorf* in Passau ist. Zuvor war er „Fux“ bei der *Münchner Burschenschaft Cimbria*.

Synergieeffekte

Beim Blick auf das extrem rechte Netzwerk rund um die *Deutsche Burschenschaft* fällt auf, dass verschiedene Elemente des Netzwerks verschiedene Aufgaben übernehmen und dabei Synergieeffekte zum Tragen kommen. Die AfD, die über Jobs, Infrastruktur und Geld verfügt, ist der parlamentarische Arm. Die *Deutsche Burschenschaft* bildet junges Personal aus, dem dort im Sinne der AfD Know-How und rechte Überzeugungen mit einem entsprechenden Demokratieverständnis vermittelt werden. Die „Identitären“ bieten ein Identifikations- und Mitmachangebot für ein jüngeres und aktiveres Publikum. *Ein Prozent* fungiert als wichtige Geldquelle. Die extreme Rechte mit offenem NS-Bezug ist attraktiv für jene, die die Camouflage-Taktik der „Neuen Rechten“ nicht mitgehen möchten. PEGIDA spricht ein älteres Protestpublikum an und ist als Imaginationsziel für Burschen nützlich, die mit ihrem elitären, avantgardistischen Selbstverständnis ein Volk brauchen, das sie anführen können. Für alle diese AkteurInnen ist die DB eine Kaderschmiede mit Häusern, einer Zeitschrift, wichtigen Kontakten, finanziellen Ressourcen und einer ausgearbeiteten völkischen Programmatik. Auf den Burschenhäusern wurde der gesellschaftliche Rechtsruck vorbereitet, jetzt wird er über das Netzwerk vorangetrieben. Dabei ist die DB in diesem Netzwerk nicht als ein weiterer Akteur unter vielen zu verstehen, sondern eher als Hintergrundrauschen. Die Organisation tritt relativ wenig als politischer Akteur in Erscheinung, ihre Personen sind jedoch — nach burschenschaftlicher Sozialisation — an zentralen Punkten im Netzwerk zu finden. Dem gesellschaftlichen Rechtsruck ging ein Rechtsruck der DB voran, bei dem der völkische Flügel seine Positionen innerhalb des Dachverbandes hegemonial durchsetzen konnte. Dabei sind Mehrfachmitgliedschaften von Burschen kein Zufall, sondern Taktik. Dadurch können sie in andere Organisationen hineinwirken, gemeinsam mit einem relativ kleinen Kreis von Leuten Projekte planen und dadurch einen relativ hohen Wirkungsgrad ihrer Arbeit erreichen. Außerdem kann so staatlicher Repression durch Verlagerung weg von der DB hin zu anderen Organisationen ausgewichen werden. Die extreme Rechte als Netzwerk mit *der Deutschen Burschenschaft* als Hintergrundakteur zu analysieren, eröffnet die Möglichkeit, ihre politischen Strategien und Projekte besser erkennen zu können. Ebenso können dadurch Konflikte, Widersprüche, Schwachstellen und Kerben des Netzwerks besser erkannt werden, was für antifaschistische Gegenstrategien äußerst relevant ist. Die wirkungsvollste Methode, das Netzwerk zu schwächen, ist es, dieses zu entzweien, Keile zwischen die Spektren, Organisationen und Personen zu treiben und die taktische Nutzung der verschiedenen Organisationen von den gleichen Personen zu benennen (siehe LOTTA #74, S. 62 f.). Dabei ist es ein Fehlschluss, sich auf den Staat zu verlassen, sondern wirkungsvoller, selber aktiv zu werden und die *Deutsche Burschenschaft* als wichtigen Bestandteil der extremen Rechten zu erkennen, zu analysieren und zu bekämpfen.

—

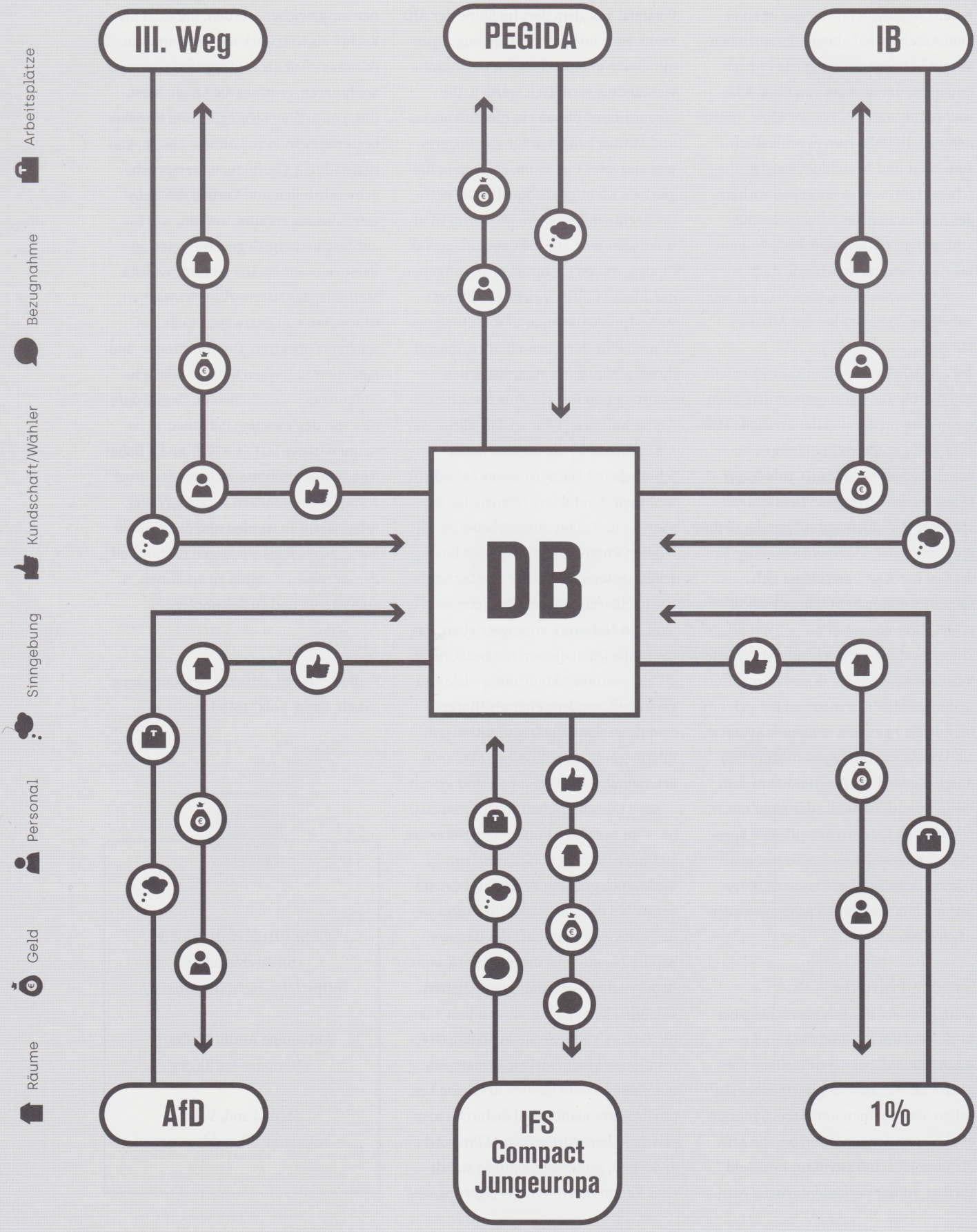
Paul Kramer ist aktiv bei der Kampagne „Stadt, Land, Volk“ (SLV).

Leseempfehlungen:

LSA-Rechtsaußen:
https://lsa-rechtsaussen.net/

Autonome Antifa Freiburg:
autonome-Antifa.org

Stadt, Land, Volk:
stadtlandvolk.noblogs.org


Arbeitsplätze
Bezugnahme
Kundschaft/Wähler
Sinngebung
Personal
Geld
Räume
III. Weg
PEGIDA
IB
DB
AfD
IFS
Compact
Jungeuropa
1%

Von Kilian Behrens

„Alte Herren“ für Deutschland

Die Rolle von Korporierten in den Parlamenten

Die Anzahl korporierter Bundestagsabgeordneter hat zugenommen. Vor allem in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) haben Verbindungsstudenten, allem voran Burschenschafter, ein Betätigungsfeld gefunden. Das Ziel einer Burschenschafterpartei ähnlich der österreichischen FPÖ ist zwar noch ein gutes Stück entfernt; die Möglichkeiten für Korporierte, Einfluss auf die Parlamente auszuüben, scheinen jedoch so gut zu sein wie lange nicht mehr.

Es ließe sich argumentieren, die Burschenschafter seien mit lediglich neun „Alten Herren“ bei 709 Abgeordneten im aktuellen Bundestag, einem Anteil von also nur 1,4 Prozent, weit davon entfernt, die Arbeit des Parlaments signifikant beeinflussen zu können. Dennoch scheinen die Bedingungen dafür derzeit erheblich besser als in den vergangenen Jahrzehnten. Das liegt vor allem an den Wahlerfolgen der AfD: Neben den Abgeordneten müssen dabei zunehmend auch die Mitarbeiter der Partei und deren Netzwerke betrachtet werden.
In der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags von 1953 bis 1957 war die Anzahl burschenschaftlicher Parlamentarier nach Angaben der Verbandszeitung der *Allgemeinen Deutschen Burschenschaft* (ADB), *Der Burschenschafter*, mit 14 Abgeordneten am höchsten. Dabei ist zu beachten, dass das Parlament damals deutlich weniger Mitglieder hatte als heute. Die umfassenden gesellschaftlichen und kulturellen Umwälzungen im Nachgang der 68er-Bewegung sorgten dafür, dass Burschenschaften in den folgenden Dekaden sowohl an den Hochschulen, als auch in den Parlamenten sukzessive an Einfluss verloren. In den 1990er und den 2000er Jahren waren sie dann, von Ausnahmen abgesehen, endgültig zur Randerscheinung verkommen und politisch kaum wahrnehmbar. In der jüngsten Vergangenheit hat die Anzahl der Burschenschafter im Bundestag wieder zugenommen. Unter den aktuell neun burschenschaftlichen Abgeordneten befinden sich fünf Mitglieder der Unionsparteien, darunter Ex-Verkehrsminister **Peter Ramsauer** (CSU, *Burschenschaft Franco-Bavaria München*). Die restlichen vier sind Mitglieder der AfD. In Bezug auf andere Korporationstypen ist nach Informationen der *taz* von rund 40 weiteren Abgeordneten auszugehen. Darunter seien vor allem Mitglieder konfessioneller Verbindungen.

AfD-MdB und -Mitarbeiter

„Der Aufstieg der AfD hat auch eine ganze Welle von Korporierten in die Parlamente getragen“, schrieb *Der Burschenschafter* Anfang 2018 sichtlich erfreut und gab den insgesamt neun burschenschaftlichen MdB, unabhängig von Partei oder burschenschaftlichem Dachverband, die Gelegenheit, sich vorzustellen. Darunter waren die AfD-Abgeordneten **Albrecht Glaser** (*Burschenschaft Alemannia Heidelberg*), **Enrico Komning** (*Greifswalder Burschenschaft Rugia*), **Jörg Schneider** (*Burschenschaft Germania Hamburg*) und **Christian Wirth** (*Burschenschaft Ghibellinia Prag zu Saarbrücken, Burschenschaft Normannia zu Heidelberg*). Wirth sieht seine Kompetenzen im Bereich Innere Sicherheit. Er sei „unter dem Eindruck der Grenzöffnung [...] in die AfD eingetreten“, da er sich „Sorgen um die Zukunft [seiner] vier Töchter und unseres Vaterlandes mache“, erklärte er. Damit gibt er bereits ein klassisches bur-

schenschaftliches Narrativ zum Besten: Das Bild des starken Mannes als Verteidiger von Familie und Vaterland ist in den Männerbünden omnipräsent. Gleichzeitig sagte Wirth der „links-grüne[n] Meinungshoheit im Bundestag und in den Medien" den Kampf an. Albrecht Glaser wiederum wettert, Deutschland solle „abgewickelt" werden. Die „Europäisierung" empfindet er als „Manie". Die Stoßrichtung der Burschenschafter in der AfD ist damit klar: Mehr Nationalstaat, weniger europäische Integration. Als Feindbilder werden Geflüchtete, Medien und Linke ausgemacht. Man selbst stellt die Elite, die es anpackt.

Zu den vier Burschenschaftern kommen vier weitere AfD-Fraktionsmitglieder hinzu, die Mitglied anderer Verbindungstypen sind. Zu nennen wären **Stephan Brandner** (*K.St.V. Agilolfia Regensburg*), **Jochen Haug** (*K.D.St.V. Rheno-Baltia Köln*), **Hansjörg Müller** (*Akademische Landsmannschaft der Salzburger zu Salzburg, Turnerschaft Germania Dresden*) und **Steffen Kotré** (*Corps Berlin*). Insgesamt acht der 91 AfD-Bundestagsabgeordneten kommen somit aus dem Korporierten-Milieu.

Die Zahl erhöht sich, nimmt man auch die Angestellten der Abgeordneten und der Fraktion in den Blick. Der Autor **Ernst Kovahl** geht diesbezüglich von mindestens 14 Burschenschaftern aus. Hinzu kämen weitere aus Landsmannschaften und Corps. Eine Recherche der *taz*, der Zeitschrift *Der Rechte Rand* und des *antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin* (apabiz) ergab, dass etwa die Fraktionskovorsitzende **Alice Weidel** sowohl ein Mitglied der *Berliner Burschenschaft Gothia* als auch eines der *Marburger Burschenschaft Rheinfranken* beschäftigt. Beide Verbindungen gehören zum extrem rechten Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB). Der Chefredakteur des extrem rechten Monatsmagazins *ZUERST!*, **Manuel Ochsenreiter** (*Berliner Burschenschaft der Märker*), hat zwischenzeitlich für den Bundestagsabgeordneten **Markus Frohnmaier** gearbeitet. Ochsenreiter wurde entlassen, nachdem im Zusammenhang mit einem Brandanschlag in der Ukraine wegen des Verdachts auf Anstiftung zu einer schweren Brandstiftung gegen ihn ermittelt wurde.

Zerstrittene Dachverbände

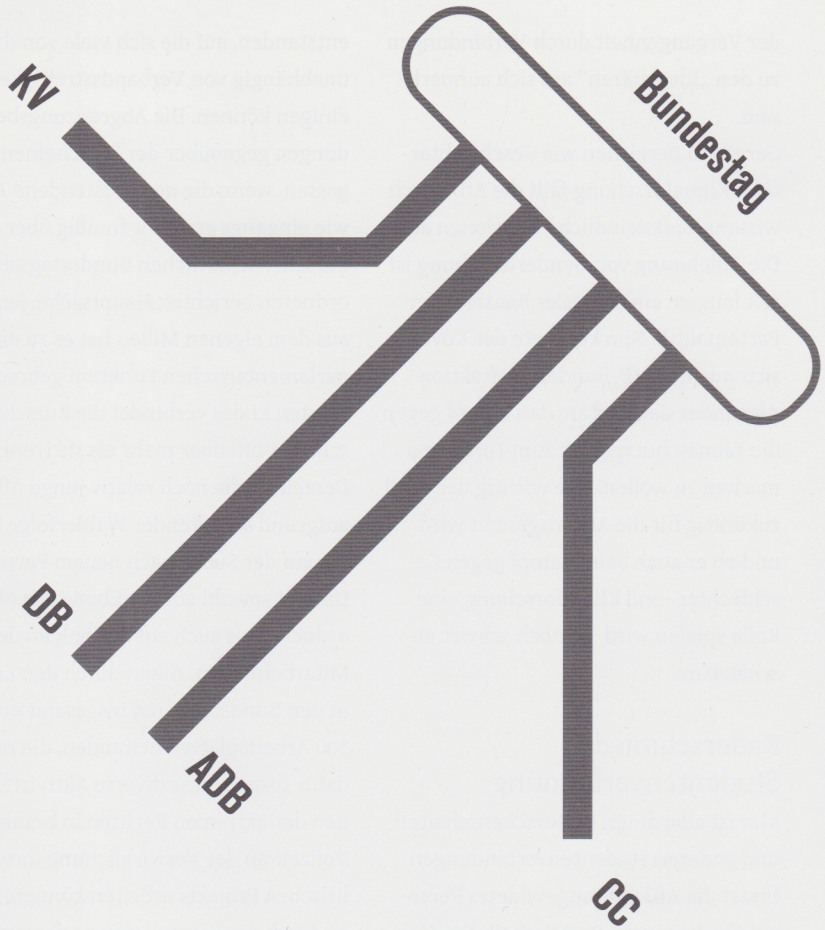
Was *Der Burschenschafter* verschweigt: Lediglich einer der insgesamt neun von ihm vorgestellten Bundestagsabgeordneten ist Mitglied einer ADB-Verbindung. Ursprünglich hatte sich die ADB 2016 als weitere Abspaltung von der DB gegründet. Zuvor war es zum verbandsinternen Streit über die Frage gekommen, wie offen völkisch-rassistisch man sich in Zukunft aufstellen solle. Beinahe die Hälfte der über 120 Verbindungen trat in der Folge aus. Bereits in den 1990er Jahren hatten ehemalige DB-Mitgliedsbünde aufgrund ähnlicher Konflikte die *Neue Deutsche Burschenschaft* (NDB) gegründet. Mit gerade einmal acht Mitgliedsbünden ist diese aber politisch kaum relevant. In der ADB sind derzeit immerhin 28 Bünde organisiert. In der DB verbleiben 67 Mitgliedsbünde. Diese gelten als harter Kern der völkischen Burschenschaften aus Deutschland und Österreich. Darunter befinden sich Bünde wie die *Hamburger Burschenschaft Germania* oder die *Münchener Burschenschaft Danubia*, deren Verbindungen in die Neonazi-Szene in der Vergangenheit derart offensichtlich waren, dass selbst der Verfassungsschutz auf sie aufmerksam wurde. Doch auch bei der neu gegründeten ADB handelt es sich nur auf den ersten Blick um einen gemäßigten Dachverband. In den bisherigen Ausgaben der Verbandszeitschrift kamen wiederholt AfD-Mitglieder zu Wort; extrem rechte Printmedien wie die *Junge Freiheit* oder *CATO* schalten dort Anzeigen, und auch eine „Studie" des *Instituts für Staatspolitik* um den früheren Gildenschafter **Götz Kubitschek** wurde positiv rezensiert.

Ein Blick auf die AfD-Landesverbände

Auch ein Blick in die Landesparlamente bestätigt den Eindruck, dass Burschenschafter in der AfD zunehmend an Einfluss gewinnen. Verschiedentlich haben sie es sogar in Führungspositionen der Partei geschafft. Der Brandenburger AfD-Landes- und -Fraktionsvorsitzende **Andreas Kalbitz**, dessen Verbindungen zu mehreren neonazistischen Organisationen mittlerweile bekannt sind, war bereits als Schüler in der *Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czernowitz* in München aktiv. Kalbitz sitzt zudem als Beisitzer im Bundesvorstand der Partei. In Hamburg führt mit **Alexander Wolf** ein Mitglied der *Münchener Burschenschaft Danubia* die AfD-Bürgerschaftsfraktion an, ihr Pressesprecher ist **Robert Offermann** von der *Marburger Burschenschaft Germania*. Die „Danuben" gehören seit Jahrzehnten selbst innerhalb der von jeher rechtslastigen DB zu den Rechtsaußenbünden. Zu den Hochzeiten der *Republikaner* stellten die Danuben 1989 ihr Verbindungshaus für die Gründung des *Republikanischen Hochschulverbandes* (RHV) zur Verfügung.

In Mecklenburg-Vorpommern sitzt mit **Nikolaus Kramer** ein Funktionär an der Spitze der Landtagsfraktion, der in Burschenschaften politisch sozialisiert wurde. Kramer trat in der Vergangenheit als Sprecher des *Allgemeinen Pennäler Rings* (APR) in Erscheinung und ist „Alter Herr" der *Burschenschaften Gothia Berlin* und *Markomannia Aachen Greifswald*. **Joachim Paul** von der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* schaffte es in Rheinland-Pfalz zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD. Die

Raczeks hatten im Jahr 2010 mit der Forderung, einen Burschenschafter eines anderen DB-Bundes aufgrund seiner chinesischen Eltern auszuschließen, die Spaltung des Verbandes angestoßen. Die Auseinandersetzung wurde damals in der Presse als Streit um einen „Arierparagraphen" kritisiert. Zu Pauls Waffenbrüdern bei den Razceks gehört **Nobert Weidner**. Weidner trat jahrelang als „Schriftleiter" der DB-Zeitschrift *Burschenschaftliche Blätter* in Erscheinung und hatte somit eine zentrale Rolle bei der Außendarstellung der DB inne. Stationen seiner politischen Laufbahn waren zuvor unter anderem verschiedene neonazistische Gruppierungen wie die 1994 verbotene *Wiking-Jugend*, die 1995 verbotene *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) sowie die 2011 verbotene *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige* (HNG).
In Thüringen ist **Torben Braga** Mitarbeiter der Landtagsfraktion und Beisitzer im Landesvorstand der AfD. Braga gehört der extrem rechten *Marburger Burschenschaft Germania* an. Sein Verbandsbruder **Philip Stein** (ebenfalls *Germania Marburg*) leitet derzeit die Finanzierungsplattform *Ein Prozent*. Nun kann man zwar davon ausgehen, dass es auch ohne die persönlichen Verbindungen zur Unterstützung der AfD und ihrer Klientel durch *Ein Prozent* gekommen wäre; die burschenschaftlich vermittelten Kontakte dürften allerdings durchaus von Vorteil sein.



KV: Kartellverbund Katholischer deutscher Studentenvereine

DB: Deutsche Burschenschaft

ADB: Allgemeine Deutsche Burschenschaft

CC: Coburger Convent

Innerparteiliche Vernetzung

Die Korporierten in der AfD vernetzen sich zunehmend. Im September 2018 wurde im zweiten Anlauf der *Deutsche Akademikerverband* (DAV!) gegründet. Der DAV! ist zwar offiziell keine Parteigliederung, beschreibt sich aber selbst explizit als AfD-nah. Mitglieder müssen nicht formell in der AfD organisiert sein, „dürfen aber keiner mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) konkurrierenden Partei angehören", „Die Wahrnehmung der Interessen deutscher Akademiker" soll einen Schwerpunkt der Arbeit des DAV! bilden. Der Zusammenschluss sieht sich „als Bindeglied zu gleichgesinnten akademischen Verbänden und Milieus in Deutschland und Europa". Damit dürfte vor allem der FPÖ-nahe *Freiheitliche Akademikerverband* aus Österreich gemeint sein. Wie AfD-nah der DAV! ist, zeigt ein Blick auf seine Webseite. Alle fünf Vorstandsmitglieder standen in der Vergangenheit auf Wahllisten der Partei. Mit **Christoph Birghan** steht ein Vertreter mehrerer extrem rechter Burschenschaften an der Spitze des Verbandes: Er ist nicht nur Alter Herr der *Berliner Burschenschaft Gothia* und der *Burschenschaft Markomannia Aachen Greiswald*, sondern war bereits in der *Schülerverbindung Iuvenis Gothia* und der *Pennalen Burschenschaft Ernst Moritz Arndt* aktiv. Sowohl *Gothia* als auch *Markomannia* machten in

der Vergangenheit durch Verbindungen zu den „Identitären" auf sich aufmerksam.

Gerade in Bereichen wie Geschlechter- oder Klimaforschung fällt die AfD durch wissenschaftsfeindliche Positionen auf. Die Ablehnung von Genderforschung ist seit langem ein zentraler Baustein der Parteipolitik. Nun kündigte der Kovorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion **Alexander Gauland** an, den Kampf gegen die Klimaschutzpolitik zum Topthema machen zu wollen. Wie wichtig der DAV! zukünftig für die AfD insgesamt wird und ob er auch beim Kampf gegen Geschlechter- und Klimaforschung eine Rolle spielen wird, ist noch schwer abschätzbar.

Kaderschmiede Studentenverbindung

Klar ist allerdings: In Burschenschaften und anderen Studentenverbindungen findet die AfD gut ausgebildetes Personal für die eigene Parteiarbeit. Die ideologischen Überschneidungen in puncto Nationalismus, völkischem Denken, Revisionismus und Antifeminismus sind offenkundig.

Zur Attraktivität von Verbindungsstudenten als Parteifunktionäre gehört zudem, dass sie in ihrer Aktiven-Zeit gelernt haben, sich in hierarchische Strukturen einzufinden. Viele bringen ein persönliches Netzwerk von Gleichgesinnten mit; zumindest einige Bünde haben gelernt, interne Skandale möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu klären. Ohnehin dürften zumindest die DB-Burschenschafter einiges an Erfahrung mitbringen, wenn es um interne Machtkämpfe geht. All das sind Softskills, die für die Parteiarbeit wertvoll sind.

Haben Burschenschaften in der Vergangenheit eher abseits parlamentarischer Gremien politisch gewirkt, so ist mit der AfD eine gemeinsame politische Bühne entstanden, auf die sich viele von ihnen unabhängig von Verbandsstreitigkeiten einigen können. Die Abgrenzungsbekundungen gegenüber der DB scheinen vergessen, wenn die neu entstandene ADB wie eingangs erwähnt freudig über die burschenschaftlichen Bundestagsabgeordneten berichtet: Hauptsache, jemand aus dem eigenen Milieu hat es zu einer parlamentarischen Funktion gebracht. Letzten Endes verbindet die Burschenschafter offenbar mehr als sie trennt. Derzeit ist die noch relativ junge AfD aufgrund anhaltender Wahlerfolge ständig auf der Suche nach neuem Personal. Das gilt sowohl auf der Ebene der Abgeordneten als auch auf derjenigen der Mitarbeitenden. Allein durch den Einzug in den Bundestag sind insgesamt etwa 300 Arbeitsplätze entstanden, die nun dafür sorgen, dass diverse Aktivist*innen der extremen Rechten in bezahlter Vollzeit an der Verwirklichung ihres politischen Projekts arbeiten können, sei es durch das Formulieren parlamentarischer Anfragen oder durch — nun auch steuerfinanziertes — Netzwerken. Die parlamentarische Repräsentanz dürfte langfristig zu einer gesellschaftlichen Aufwertung des verbindungsstudentischen Milieus führen. Der Anteil von Burschenschaftern in verantwortlichen AfD-Positionen könnte in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Joachim Paul gab im Interview mit den *Burschenschaftlichen Blättern* freimütig zu: „Für Korporierte ist die AfD doch längst erste Wahl, weil man sich gerade in der 'Jungen Alternative' einbringen kann, ohne seine Mitgliedschaft in einer schlagenden Verbindung verleugnen oder herunterspielen zu müssen." Der Autor Ernst Kovahl schrieb in der *taz* mit Verweis auf einen JA-Funktionär aus NRW, dieser gehe davon aus, dass etwa 20 Prozent der AfD-Parteijugend Mitglieder einer Studentenverbindung seien.

Schlüsselrolle?

Zahlenmäßig sind Burschenschafter und andere Korporierte weit davon entfernt, die AfD zu dominieren. Gerade rechte Burschenschafter haben aber in der Partei eine gemeinsame Bühne gefunden, die — auch über interne Streitigkeiten des Milieus hinweg — Integrationskraft besitzt. Verschiedentlich ist es ihnen bereits gelungen, wichtige Posten in der Partei zu besetzen. Verwundern kann das nicht, vertritt die Partei doch das, wovon rechtskonservative wie auch extrem rechte Korporierte seit langem träumen: Sie ist ein reaktionäres Projekt, das versucht, die emanzipatorischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte zu zerstören. Schließt die Union derzeit eine Zusammenarbeit mit der AfD noch aus, so greift diese Abgrenzung innerhalb der einzelnen Studentenverbindungen und ihrer Dachverbände häufig nicht. Langfristig könnte das Korporierten-Milieu eine Schlüsselrolle beim Zusammenwirken der unterschiedlichen Parteien einnehmen. Für die kritische Analyse der AfD und ihres Umfeldes wird der Blick auf die überwiegend männerbündischen Strukturen der Korporierten zukünftig unerlässlich sein.

Von Lucius Teidelbaum

Für Volk und Heimat

Die „Deutsche Gildenschaft“ (DG)

Weitgehend unbemerkt von einer kritischen Öffentlichkeit existiert neben der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) noch ein zweiter extrem rechts dominierter verbindungsstudentischer Dachverband im deutschsprachigen Raum: Die „Deutsche Gildenschaft“ (DG), deren Mitgliedsbünde sich „Deutsche Hochschulgilden“ (DHG) nennen. Im Gegensatz zur DB ist die DG kleiner, verschlossener, aber kein Männerbund: Seit 1958 nimmt sie auch Frauen auf.

Die DG bezieht sich, was ihre Herkunft angeht, auf die 1920 gegründete *Deutsche Akademische Gildenschaft*, die 1923 mit Gilden aus Deutschland, Österreich und einem Teil der Tschechoslowakei („Böhmen“) zur *Großdeutschen Gildenschaft* fusionierte. Aus ihren Reihen kamen mehrere NS-„Volkstums“-Vorkämpfer, etwa **Theodor Oberländer**.

In ihrer heutigen Form entstand die DG 1958 aus der *Deutschen Akademischen Gildenschaft*, dem *Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten* (ASST) und der *Altherrenschaft Bündischer Studentenverbände*. An ihrer Gründung war **Ernst Anrich** (1906-2001) beteiligt, der auf eine steile NS-Karriere zurückblicken konnte und von 1971 bis 1973 stellvertretender NPD-Vorsitzender war.

Die DG ist eine akademische Studentenverbindung, ist zugleich aber durch ein bündisches Selbstverständnis geprägt, verortet sich also auch in der jugendbewegten Szene außerhalb des akademischen Milieus. Deshalb bestehen personelle Überschneidungen zu bündisch-völkischen Organisationen, besonders zum *Freibund* und zum *Deutschen Mädelwanderbund*. Ähnlich wie der *Freibund* und andere bündische Vereinigungen ist die DG stark von Familienverbänden beeinflusst; völkisch orientierte Sippen stellen offenbar den Kern der DG. Die familiäre Bindung sorgt für einen Grundbestand an Mitgliedern und verhindert eine Abwendung vom Verband, die zugleich eine Abwendung von der Familie bedeuten würde.

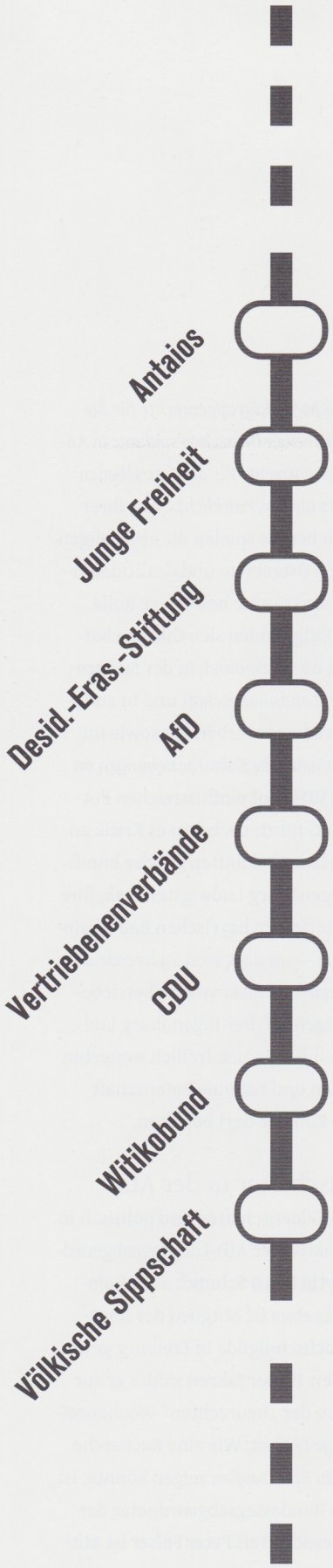
Im Jahr 2017 hatte die DG lediglich drei aktive „Altgilden“ (Hamburg, Hannover, Passau) und drei „Junggilden“ (Darmstadt, Göttingen, München). Insgesamt dürfte sie nicht einmal 500 Mitglieder haben. Nur die Gildenschaften in Darmstadt und in Göttingen verfügen über ein eigenes Haus. Andere in den 1990er und 2000er Jahren noch aktive Bünde sind wieder erloschen (Mainz, Freiburg, Kiel) oder wurden ausgeschlossen (Karlsruhe).

Blick nach Osten

In der „Salzburger Erklärung“ der DG von 1992 heißt es: *„Die deutsche Einheit wurde um den Preis des schmerzlichen Verzichtes auf die Ostgebiete und das Sudetenland erreicht. Volksgruppenrechte für die dort verbliebenen Deutschen sind nur in Ansätzen, Heimatrechte für die Vertriebenen überhaupt nicht verwirklicht.“* Aus ihrer Tradition heraus spielen die ehemaligen deutschen Ostgebiete und das Sudetenland für die DG eine besondere Rolle. Nicht zufällig finden sich GildenschafterInnen im *Witikobund*, in der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* und in anderen Vertriebenenverbänden sowie im *Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland* (VDA) auf einflussreichen Posten. Die DG führt, nachdem es Kritik an ihren Zusammenkünften auf der bündischen Jugendburg Ludwigstein gab, ihre Bundestreffen im bayrischen Bad Kissingen durch — im dort vom *Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerk* betriebenen Heiligenhof. Der Jugendburg Ludwigstein fühlt sie sich freilich weiterhin verbunden und hat eine Patenschaft über ein Zimmer dort behalten.

Gildenschafter in der AfD

Mehrere Gildenschafter sind politisch in der AfD aktiv. Der AfD-Landtagsabgeordnete **Martin Louis Schmidt** aus Rheinland-Pfalz etwa ist Mitglied der Deutschen Hochschulgilde in Freiburg gewesen; in den 1990er Jahren zählte er zur Redaktion der „neurechten“ Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Wie eine Recherche von *Allgäu Rechtsaußen* zeigen konnte, ist auch ein Bundestagsabgeordneter der AfD Gildenschafter: **Peter Felser** ist Mit-



glied der DHG *Heinrich der Löwe zu München*. Er sitzt seit 2017 für die AfD im Bundestag. Felser gab mit seinem damaligen Gildenbruder **Götz Kubitschek** im Jahr 2001 in dessen *Verlag Antaios* das Buch „Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr“ heraus und war Mitglied im *Freibund*.

Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.* ist **Karlheinz Weißmann** aus Bovenden bei Göttingen, ein Mitglied der DHG *Schwarzer Herzog zu Braunschweig*.

Akademisches Rückgrat der „Neuen Rechten“

Es ist ein Verdienst des *Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung* (DISS), die Gründung der *Jungen Freiheit* (JF) 1986 in Freiburg als gildenschaftliches Projekt kritisch nachgezeichnet zu haben. Noch im Jahr 1994 waren vier von zehn JF-Redaktionsmitgliedern Gildenschafter, darunter Chefredakteur **Dieter Stein** und der damalige JF-Haushistoriker Karlheinz Weißmann.

Ähnliches gilt für das „neurechte“ *Institut für Staatspolitik* (IfS), das im Jahr 2000 aus dem JF-Umfeld gegründet wurde, wenngleich sich seine Wege inzwischen von denen der JF getrennt haben. Der IfS-Mitgründer, Publizist und Verleger Götz Kubitschek hat einen gildenschaftlichen Hintergrund, auch wenn er nicht mehr Mitglied sein soll. Kubitschek war allerdings bis 2002 Aktivensprecher der DG. Die Bücher aus Kubitscheks *Antaios-Verlag* werden von der Buchbinderin **Irmgard Hanke** aus Langhagen gebunden. Sie gilt als völkische Siedlerin in der Tradition der „Artamanen“ und ist Mitglied der DHG *Theodor Storm zu Kiel*.

Kaum beachtet, aber beachtlich

Sowohl bezüglich ihrer Inhalte als auch bezüglich der Aktivitäten ihrer Mitglieder muss die DG der extremen Rechten bzw. der anliegenden Grauzone zwischen der extremen Rechten und dem Konservatismus zugeordnet werden. Sie steht bis heute in einer deutlich völkisch-nationalistischen Tradition. Immer noch gültig ist das Urteil, das der Kenner **Helmut Kellershohn** im Jahr 2001 fällte: „Obwohl sich die Gildenschaft heute offiziell zur demokratischen Verfassung bekennt, leisten Mitglieder der DG weiterhin signifikante ideologische und personelle Vermittlerdienste im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.“

Eine der seltenen öffentlichen Debatten um sie gab es, als das DG-Mitglied **Karl-Eckhard Hahn** im Juli 2013 Regierungssprecher in Thüringen wurde. Ein Gutachten schlussfolgerte damals, ein Mitglied der DG sei auf diesem Posten „nicht tragbar“. Hahn hatte für allerlei rechte Blätter wie *Phönix*, *Etappe* oder *Criticon* Beiträge verfasst und war von 1995 bis 2003 stellvertretender „Schriftleiter“ der *Blätter der Deutschen Gildenschaft*. In der Ausgabe 1/2018 des — von seinem „Gildenbruder“ Weißmann betreuten — Magazins *CATO* erschien ein Beitrag von Hahn, ebenso im Sammelband „Festschrift für Karlheinz Weißmann zum sechzigsten Geburtstag“, 2019 herausgegeben von Dieter Stein. Hahn ist bis heute Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag.

Insgesamt ist der Anteil von GildenschafterInnen in der extremen Rechten, insbesondere in der sogenannten „Neuen Rechten“ sowie am rechten Rand der Vertriebenenverbände, beachtlich. Allerdings ist es schwierig, dies öffentlich zu thematisieren: Im Gegensatz zur DB ist in der Öffentlichkeit kaum Wissen über die DG vorhanden, an das angeknüpft werden kann.

Von Alexandra Kurth

„Soldaten Adolf Hitlers“

Die korporationsstudentischen Verbände und der 30. Januar 1933

Der akademische Rechtsextremismus ist zwar ein aktuelles, aber kein neues Phänomen. Seine Ursprünge reichen, wie die der extremen Rechten insgesamt, zurück bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, geistes- und ideengeschichtlich sogar bis in die Zeit der politischen Romantik und der beginnenden deutschen Nationalbewegung ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 haben rechtsextreme Vorfälle an den Universitäten und anderenorts immer wieder für Schlagzeilen im In- und Ausland gesorgt und Kritik, aber auch Besorgnis ausgelöst. Ursächlich hierfür waren nicht zuletzt das Wissen um die realen Auswirkungen und die nach wie vor spürbaren Folgen der extremen Rechten an der Macht.

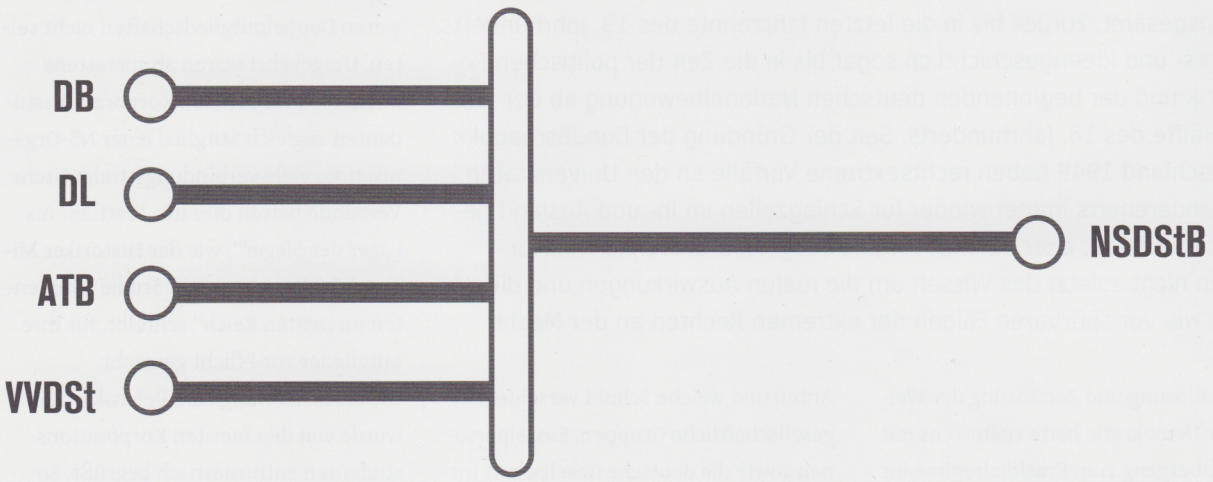
Die Auflösung und Zerstörung der Weimarer Demokratie hatte spätestens mit dem Übergang zum Präsidialregime im März 1930 begonnen; mit der Ernennung **Adolf Hitler**s (NSDAP) zum Reichskanzler durch den parteilosen Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg**. Am 30. Januar 1933 mündete sie in die Errichtung einer völkisch-nationalistischen totalitären, einer nationalsozialistischen Diktatur. In der Folge wurden (politische) Gegner/innen und alle, die nicht ins Weltbild der Nationalsozialisten passten, brutal verfolgt, inhaftiert, interniert oder ermordet. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg. Der Vernichtungsfeldzug gegen die europäischen Jüdinnen und Juden mit Millionen von Toten, die Shoah, gilt bis heute zu Recht als präzedenzlos. Immer wieder wurde gefragt, welchen Anteil und welche Schuld verschiedene gesellschaftliche Gruppen, Einzelpersonen sowie die deutsche Gesellschaft insgesamt an dieser Entwicklung hatten und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können. Ein wesentlicher Akteur auf universitärer Ebene war das traditionelle Korporationsstudententum, das 1929 mit 71.400 studentischen Mitgliedern mehr als die Hälfte der männlichen Studenten umfasste und mit seinen etwa 175.000 „Alten Herren“, die häufig einflussreiche Positionen in Staat und Gesellschaft innehatten, eine mächtige gesellschaftliche Interessenorganisation darstellte.

„Was wir ersehnt und erstrebt...“

1933 war die Mehrzahl der führenden Funktionäre des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds* (NSDStB) Mitglied in einer studentischen Korporation. Auch unterhalb der Führungsebene waren Doppelmitgliedschaften nicht selten. Umgekehrt waren ab spätestens Mitte 1933 die meisten Korporationsstudenten zugleich Mitglied einer NS-Organisation; viele verbindungsstudentische Verbände hatten dies im „Wettlauf ins Lager der Sieger“, wie der Historiker **Michael Grüttner** in seiner Studie „Studenten im Dritten Reich“ schreibt, für ihre Mitglieder zur Pflicht gemacht.
Hitlers Ernennung zum Reichskanzler wurde von den meisten Korporationsstudenten enthusiastisch begrüßt. So wandten sich der Vorsitzende des Hauptausschusses der *Deutschen Burschenschaft* (DB), **Max Droßbach** (*Germania Würzburg*), **Hans Heinrichs** für die Vorsitzende Burschenschaft *Franconia Münster* und **Werner Zintarra** im Namen des *Ausschusses für vaterländische Arbeit* in einem flammenden Aufruf an die „Burschenschafter“: „Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden. Das deutsche Volk hat bei der soeben abgeschlossenen Wahl zu den gesetzgebenden Körperschaften zum erstenmal seit der Schmach von 1918 bekannt, daß höchstes und oberstes Gut nationale Einheit und nationaler Freiheitswille ist.

[...] Wir sprechen das aus, was uns Burschenschaftern selbstverständlicher Grundsatz unseres ganzen Lebens ist: Einsatz und Kampfbereitschaft für Freiheit und Ehre und für ein großes, alle deutschen Stämme umfassendes Vaterland." (Herv. i. Orig.)

Der *Kösener Senioren-Convents-Verband* (KSCV), der *Miltenberger Ring* (MR), der *Naumburger Senioren-Convent* (NSC) und der *Rudolstädter Senioren-Convent* (RSC) schlossen sich zur *Nationalsozialistischen Gemeinschaft Corpsstudentischer Verbände* zusammen und bekannten: „Wir wollen fest und unerschütterlich an unseren großen Führer Adolf Hitler und sein Werk glauben und ihm als seine treuesten Soldaten folgen, jeder einzelne Mann mit dem Wunsch, in der Persönlichkeit des Führers aufzugehen, jeder Einzelführer aber im steten Bemühen, sein Führertum durch doppelte Treue, doppelte Arbeit und doppelte Verantwortlichkeit zu beweisen."



„Mit Gott für Hitler"

Der neue Führer der *Deutschen Landsmannschaft* (DL), deren Mitglieder heute im *Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen* (CC) organisiert sind, **Johannes/Hans Meinshausen** (*Hasso-Guestfalia Marburg*), erklärte 1933 im Anschluss an den Pfingstkongress in Coburg, die Gleichschaltung der DL sei „Befreiung der landsmannschaftlichen Idee von dem Schutt des gestürzten liberalistisch-demokratischen Systems und sieghafte Wiederauferstehung der Landsmannschaft im Geiste der durch sie von jeher gepflegten Wehrhaftigkeit und der von ihr stets ausgesprochenen Ablehnung jedes Standesdünkels": „Soldaten Adolf Hitlers wollen wir sein, sonst nichts."

Der Vorsitz des *Akademischen Turnbunds* (ATB), *ATV Suevia Stuttgart*, begrüßte in einem Brief an Hitler die „nationale Erhebung des deutschen Volkes aus vollem Herzen. Der Geist der Pflichterfüllung, der Treue, der Beharrlichkeit, die Pflege deutschen Volksbewußtsein, des wehrhaften Sinnes und der Rassereinheit sind Forderungen Jahns. Der Akademische Turnbund hat seine Mitglieder stets in diesem Geiste erzogen, er ist bestreibt gewesen, ihn in weitesten Kreise des deutschen Volkes zu tragen und bekennt sich auf neue zu seinen alten Idealen. Er gelobt der nationalen Regierung, mitzuhelfen, daß Gerechtigkeit, Sauberkeit und Ehrgefühl wieder im deutschen Vaterlande erstes Gebot werden, damit ihm Stolz und Freude nach glücklichem Aufstieg zur Freiheit beschieden sein möge."

Der *Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten* (VVDSt) wählte als neuen Wahlspruch den Slogan „Mit Gott für Hitler und deutschen nationalen Sozialismus", etwas später „Mit Gott für Adolf Hitler und den deutschen nationalen Sozialismus!", kurz darauf „Mit Gott für Adolf Hitler und das neue sozialistische Deutschland", 1934 „Mit Gott für Adolf Hitler und ein nationalsozialistisches Deutschland", 1935 schließlich „Mit Gott für Führer und Volk!"

Nachdem die deutschen Bischöfe auf der Fuldaer Bischofskonferenz ihre ablehnende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten aufgegeben und sich für die „Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit" ausgesprochen hatten, hieß es in einem Aufruf des *Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen* (CV), der Beschluss der 61. Cartell-Versammlung, der die Zugehörigkeit von CVern zur NSDAP verboten hatte, sei hinfällig. Auch der *Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands* (KV) hob seinen Unvereinbarkeitsbeschluss auf und ordnete sich in „freudiger Bejahung der nationalen Neugestaltung Deutschlands [...] in die Gesamtheit aller aufbauwilligen Kräfte der Nation ein."

Von Carl Steen

Von Werwölfen und dem Kult um das Blut

NS-Black Metal als Subgenre des RechtsRock

Die Szene um das Genre des „National Socialist Black Metal" (NSBM) verfügt vor allem in Ostdeutschland über ein dichtes Netzwerk. Doch auch im Westen des Landes finden sich einflussreiche Labels, MusikerInnen und Freundeskreise, die teils seit Jahrzehnten die extrem rechte Subkultur am Laufe halten. Der Versuch einer Übersicht.

„Es rumort in den Seelen, es brodeln die Gemüter. Zu den Waffen ihr Germanen, eures Blutes seid ihr die Hüter!", röhrt der 39-jährige **Norbert Noleppa** ins Mikrofon. Die Textzeile entstammt dem Song „Revolte" der NSBM-Band *Nordglanz* aus dem Rhein-Main-Gebiet. Ein Aufruf zur Gewalt gegen die „Entartung" und gegen die „Fremdkultur", von der im weiteren Verlauf des Songs die Rede ist. „Werwolf Revolte" heißt die kürzlich erschienene, mittlerweile elfte Veröffentlichung der Band, auf der dieser Song zu finden ist. Die Band wurde vor 20 Jahren, zunächst unter dem Namen *Hyperborean* als Ein-Mann-Projekt des Frankfurters Norbert „Njord" Noleppa gegründet und veröffentlichte neben zwei EPs 2002 das Album „Nordglanz". Erst ab 2004 und mit Erscheinen der EP „Steht auf und kämpft!" folgte die Umbenennung in *Nordglanz*. Mit *Ahnenerbe* unterhält Noleppa mit weiteren *Nordglanz*-Musikern zudem ein weiteres Projekt, welches bisher jedoch nur eine Split-CD veröffentlichte.

Vorreiter

Nordglanz begründete Anfang der 2000er Jahre ihren bis heute existenten Status als eine der ersten Bands, die NSBM für weite Teile der Neonazi-Szene öffnete. Es ist auch eine der wenigen Bands, die sich regelmäßig mit Bands aus dem klassischen RechtsRock die Bühne teilt und nicht hauptsächlich im Line-Up konspirativer Konzerte der extrem rechten Black-Metal-Szene zu finden ist. Musikalisch bietet die Band gewöhnlichen Black Metal, mit Anleihen aus dem Pagan Metal. Unterstützt wird Sänger und Gitarrist Noleppa von einer wechselnden Besetzung. Seit Jahren steht dabei **Johannes Hartrath** am Bass, der auch den Contra-Bass bei der nicht-rechten Mainzer Band *Lustkind* bedient. An der zweiten Gitarre fand man zeitweise **Danielo Mandel**. Darüber hinaus bedient sich *Nordglanz* einer Geige sowie eines Keyboards, welches zuletzt von **Manuel Hart** gespielt wurde.

Die Band kokettiert inhaltlich mit szenetypischer heidnischer Naturverbundenheit, stellt aber ebenso klare Bezüge zum Nationalsozialismus her. Darüber hinaus verarbeitet die Band auch aktuelle Diskurse der Neonazi-Szene. So wird etwa die von der SS ausgebildete Untergrundorganisation „Werwolf" in einem gleichnamigen Song glorifiziert, während bei „Volkstod" von einer angeblichen „Vernichtung der Rasse" die Rede ist.

Bestens vernetzt

Wie andere Bands des NSBM-Genres weist auch *Nordglanz* eine hohe personelle Schnittmenge zur RechtsRock-Szene auf. So sind Norbert Noleppa und Johannes Hartrath etwa bei der Neonazi-Band *Faust* aktiv. Das Milieu, in dem *Nordglanz* verankert ist, nimmt sich nicht viel, verglichen mit *Faust:* Während Noleppa 2016 mit seinem NSBM-Projekt an Konzerten im Netzwerk von *Blood & Honour* (B&H) in Frankreich mitwirkte, fand man *Faust* ein Jahr später im ausschließlich mit deutschen Bands gefüllten Line-Up eines Konzertes des

Foto: Facebook-Screenshot

Abhitlern beim „Hot Shower Fest" 2016: Auftritt der NSBM-Band „Goatmoon".

schwedischen *B&H/Combat 18*-Ablegers. Die international verknüpfte Organisation ist in Deutschland seit 2000 verboten und auch *Blood & Honour Hexagone*, die das Konzert mit *Nordglanz* im Dezember 2016 ausrichtete, wurde mittlerweile von den französischen Behörden verboten. In Deutschland bewies *Nordglanz* erst kürzlich ihre Nähe zu dem militanten Netzwerk. Schließlich war die Band für ein von *Combat 18* und deren UnterstützerInnen-Struktur *Brigade 8* veranstaltetes Konzert im März 2019 im sächsischen Mücka angekündigt.

Nordglanz ist kein Projekt, das mit musikalisch innovativen Ansätzen überzeugt, jedoch durch ihre Personalie als integer und „solide" gilt, wie man in Konzertberichten einschlägiger Fanzines nachlesen kann. So „solide", dass sie 2018 auch auf das aktuell wohl bedeutendste NSBM-Festival „Asgardsrei" nach Kiew (Ukraine) eingeladen wurden. Sowohl dort als auch in der Organisation des „Hot Shower Fests" in Mailand (Italien), ist **Hendrik Möbus** — Multifunktionär der NSBM-Szene — tonangebend. Dass die zahlreichen musikalischen Huldigungen von *Nordglanz* an Möbus' Band *Absurd* auch einer der Gründe ist, dass Norbert Noleppas Band erneut 2020 auf dem „Hot Shower Fest" spielen soll, scheint demnach nicht verwunderlich.

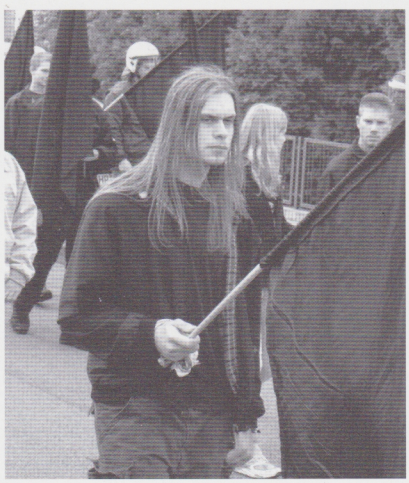
Rohheit als Geschäftsmodell

Auch **Timo Purper**s Projekt *Blutkult* konnte sich dank Möbus' Konzertmanagement „Totentanz Konzerte" im Oktober 2017 erstmals live auf der Bühne präsentierten. Viel eigenes Material hatte der aus dem Westerwald (Rheinland-Pfalz) stammende 37-jährige Purper, der 2005 unter anderem wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung *Kameradschaft Westerwald* verurteilt wurde, allem Anschein nach nicht zu bieten. Umso mehr dürfte es das Publikum des äußert konspirativ organisierten Konzertes gefreut haben, dass die Band „gegen Ende dann noch spontan einen Song vom Nebenprojekt vom ‚kalten Leder' gelassen" habe, wie ein Konzertbesucher in einem internen Forum zu berichten weiß. Ein klarer Bezug zur Band *Kaltes Judenleder* (KJL), für deren Inhalte sich Purper und zwei weitere Personen im Januar 2017 vor Gericht verantworten mussten. Neben Purper war unter anderem auch **Jens „Brand" Schöpfe** aus dem Siegerland angeklagt, der seit vielen Jahren in der NSBM-Szene aktiv ist und auch bis 2014 bei *Blutkult* als Schlagzeuger mitwirkte. Dass Gewaltphantasien innerhalb der NSBM-Szene nicht „nur" besungen, sondern auch praktisch ausgelebt werden, zeigte sich bei Schöpfe schon im Mai 2001. Mit einem weiteren Neonazi fiel Schöpfe damals durch antisemitische Parolen auf einer Heavy-Metal-Party in Mülheim-Kärlich (bei Koblenz) auf. Nach einer verbalen Auseinandersetzung schoss der Begleiter von Schöpfe, der ebenfalls aus der nordrhein-westfälischen NSBM-Szene stammt, einen Besucher der Party nieder und verletzte ihn lebensgefährlich.

Spiel mit dem Untergrund

Trotz mehrjähriger Ermittlungen wurden die Angeklagten im KJL-Prozess freigesprochen. Was folgte, war nicht nur der besagte erste offizielle Live-Auftritt Purpers mit *Blutkult* und die Darbietung von KJL-Material, sondern auch zwei Split-CDs in 2017 sowie ein Vollalbum in 2018 — veröffentlicht auf Hendrik Möbus *Darker Than Black Records* und *Satanation*. Im April 2019 ließ man *Blutkult* zudem vor hunderten Neonazis aus ganz Europa auf dem „Hot Shower Fest" im

italienischen Mailand auftreten. „Dass die Lieder öffentlich und einem großen Kreis zugänglich gemacht werden sollten, dieser Nachweis könne nicht erbracht werden", rechtfertigte noch im Januar 2017 das Amtsgericht Betzdorf den Freispruch von Purper in Bezug auf die Aktivitäten von KJL. „Allerdings wurde auch Material eines Nebenprojekts gespielt (...) hat sich, glaube ich auf alte Budenfeder gereimt", heißt es in einem internen Konzertbericht zum Auftritt von *Blutkult* 2019 in Mailand.
Die Szene weiß genau, in welchem Rahmen sich welche Möglichkeiten ergeben. Das „Hot Shower Fest" wie auch die „Totentanz Konzerte" von Möbus sind nur dem harten Kern vorbehalten. Der Kult um Purpers Hauptprojekt wäre längst nicht so groß, würde er nicht ständig auf seinen Bezug zu *Kaltes Judenleder* anspielen. „Da die meisten Bands aus dem NS-Untergrund heutzutage ‚legale' Musik machen, haben wir uns zum Ziel gesetzt, uns genau dieser Strömung entgegenzusetzen! Wir tragen den Hass in Form von Liedern in eure verschissene kleine heile Welt", hieß es schon 2011 in der Beschreibung von KJL im Booklet ihrer Demo-CD.
NSBM ist nicht unbedingt deswegen bei der Hörerschaft beliebt, weil Klang und Textwerk sonderlich harmonieren, sondern weil NS-Verherrlichung und Judenhass musikalisch primitiv produziert werden kann. Die dadurch entstehende Rohheit der Musik, gepaart mit einem „Untergrund-Dasein" der Bands, geben dem Ganzen einen authentischen Schliff. Ähnliches kann man schließlich im RechtsRock beobachten, etwa bei „Untergrund"-Projekten wie der Band *Landser* - Kultbands der extremen Rechten, die sich einzig aufgrund ihrer Menschenverachtung großer Beliebtheit erfreuen. Stumpf bleibt eben Trumpf.



Credits: Marek Peters

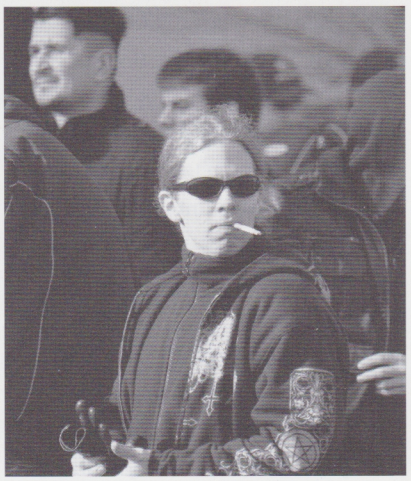
Norbert Noleppa auf einem Aufmarsch am 2. Oktober 2005 im südhessischen Lampertheim.

Straffreiheit durch Nicht-Verständnis der Texte?

Im Zusammenhang mit der Rohheit der Musik und der Produktion, die für das Genre Black Metal charakteristisch ist, kommt hinzu, dass sich Hassgesänge verdeckt verpacken lassen. Wer die Musik nicht regelmäßig hört, versteht selten die Texte. Besonders bei Untergrund-Produktionen fehlen oft Booklets, in denen man diese nachlesen kann. Heißt, solange man nicht auf Anhieb versteht oder nachlesen kann, was da gesungen wird, solange ist dies offenbar auch nicht strafbar. Dies wurde auch **Michael Jan Riepe** im Jahr 2017 vor Gericht zum Vorteil. Er war angeklagt, unter anderem über seinen damaligen Online-Shop *Supremacy Through Intolerance* (STI) volksverhetzende und mit NS-Symbolen gestaltete Tonträger vertrieben zu haben. Nur in zwölf Fällen wurde er letztlich in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt (vgl. LOTTA #66, S. 24). Sein Label, das er zum Zeitpunkt seiner Verurteilung nicht mehr offiziell betrieben habe, war Heimat zahlreicher einflussreicher NSBM-Bands aus ganz Europa.

Vertrieb

Auch das Label *Christhunt Productions* (CHP) geriet schon in den Fokus von Ermittlungsbehörden. Das seit den 1990er Jahren von **Marco Martin** in Leopoldshöhe nahe Bielefeld betriebene Label traf letztmalig 2005 eine Razzia, bei der hunderte CDs mit volksverhetzendem Inhalt sowie Merchandise einschlägiger NS-Bands beschlagnahmt wurden. Die Ermittlungen hinderten Martin offenbar nicht, auch Jahre später noch zum Produzenten-Stamm beliebter NSBM-Bands wie *Blutkult*, *Nachtfalke* oder *Ornaments Of Sin* zu gehören. Sein Online-Shop selbst beinhaltet bis heute alle relevanten Veröffentlichungen des Genres, extrem rechte wie auch nicht-rechte Verkaufs-



Timo Purper am 19. November 2011 beim Aufmarsch in Remagen.

schlager, die Martins Versand eine Position in der Top 5 der (NS)-Black-Metal-Versände in Deutschland sichern dürften. Ein bis noch vor einigen Jahren nutzbares *Christhunt Forum* diente der deutschen NSBM-Szene zudem als wichtigste Plattform, um sich auch virtuell über Neuigkeiten auszutauschen, sowie um Tonträger zu verkaufen oder zu tauschen. Mittlerweile wurde dieses vom *New Black Order*-Forum abgelöst.

Konzerte in „Neuschschwabenland"

Nicht nur für die international im NSBM aktiven MusikerInnen hat sich *Christhunt Productions* als attraktiver Vertrieb be-

währt. Auch lokale Projekte wie *Heimdalls Wacht* aus dem Münsterland werden von Marco Martin unterstützt. Zwei Vollalben veröffentlichten diese bereits vor zehn Jahren bei CHP. Auf der 2006 erschienenen CD „Westfälischer Schlachtenlärm" präsentierte die Band mit „Der Glanz der Schwarzen Sonne" einen völkisch-nationalsozialistischen Auferstehungsmythos. In den letzten Jahren trat sie jedoch kaum in Erscheinung.

„Die Band wusste genau, auf was sie sich einlässt", hieß es von einem der Veranstalter der konspirativ organisierten Reihe „Neuschwabenland Konzerte" bezüglich des Auftrittes von *Heimdalls Wacht* im Oktober 2017 in Ronneburg (Thüringen). Dort, in einer für Neonazi-Konzerte bekannten Location, hatte sich die Band die Bühne unter anderem mit der finnischen NSBM-Band *White Death* geteilt. Die Veranstalter von „Neuschwabenland Konzerte" sind bundesweit seit 2016 für Konzerte mit Bands wie *Nekrokrist SS*, *Stahlfront* oder *Goatmoon* in der Szene bekannt, spielen selbst in diversen NSBM-Bands und sind Betreiber einflussreicher Labels. Interne Distanzierungen von Seiten *Heimdalls Wacht* von diesem Auftritt sorgten für Wirbel und führten auch zu einer Diskussion, ob die Band überhaupt noch etwas in der Black- Metal-Szene zu suchen habe.

Neurechter „Wehrwolf"

Auch *Noxia*, die von **Sebastian „Ansuz" Rast** einst in Wuppertal ins Leben gerufen wurde, zog es die letzten Jahre in den Osten der Bundesrepublik. Nicht dem klassischen Black Metal, sondern dem Post-Punk verschrieben, bestritt die Band bis heute nur eine Handvoll Auftritte, etwa im Mai 2017 im Rahmen von Hendrik Möbus' „Totentanz Konzerte" im Erzgebirge, gemeinsam mit der polnischen NS-Band *Selbstmord*. Darüber hinaus erlangte Sebastian Rast Bekanntheit durch seine Aktivitäten in der sogenannten „Neuen Rechten". Bereits 2015 hielt er etwa einen Vortrag bei einem Stammtisch der *Identitären Bewegung Westfalen* und verfasste mehrere Artikel für die „neu-rechte" Publikation *Blaue Narzisse*.

Bisheriger Höhepunkt seines musikalischen Wirkens in der Neonazi-Szene, dürfte der Auftritt mit *Absurd* auf dem ukrainischen NSBM-Festival „Asgardsrei" im Dezember 2017 gewesen sein. Die Kultband der Szene wurde im selben Jahr von Hendrik Möbus neu besetzt, Rast übernahm die Live-Gitarre. Dazu passend erschien im selben Jahr bei Möbus' *Darker Than Black Records* die bisher letzte Veröffentlichung von *Noxia*. Mittlerweile soll Sebastian Rast nach Thüringen verzogen sein und ist auch nicht mehr Teil der Live-Besetzung von *Absurd*. Stattdessen wirkt er bei der Band *Harm Wulf* mit. Eine Anspielung auf den Protagonisten des Buches „Der Wehrwolf" des NS-Lyrikers **Herman Löns**.

(NS)-Heavy Metal-Clubs?

Mit der einer Kameradschaft ähnelnden Struktur *Metalwölfe Midgard*, die sich vor allem in den Städten Oberhausen, Dortmund und Essen bewegt, gibt es zudem eine rechte Black-Metal-„Bruderschaft" im Ruhrgebiet. Diese habe „sich der Förderung und dem Erhalt der Metalkultur verschrieben", während die Ausrichtung als „unpolitisch" beschrieben wird. Seit 2014 unterhält die knapp zehnköpfige Gruppierung ein eigenes „Clubhaus" — ein Garagenanbau auf einem Privatgrundstück — und trifft sich dort zu Stammtischen und feierte 2018 ihr fünfjähriges Bestehen. Ferner fungiert die Gruppierung selbst als Veranstalter von Konzerten in der „Billardhalle Walkabout" in Essen. Bislang wurden dort zwei Konzerte registriert, auf denen nicht nur die rechte Band *Noxia* spielen konnte, sondern zuletzt im November 2017 auch die NSBM-Band *Carpathian Wolves*. Deren Schlagzeuger **Sebastian „Ulvre" Matuszak** aus Alsdorf (Städteregion Aachen) ist regelmäßig auf Konzerten der Neonazi-Szene im In-und Ausland anzutreffen und unterhält Verbindungen in die extrem rechte Kampfsportszene. So nahm er etwa im März 2019 an einem vom *Kampf der Nibelungen* ausgerichteten „Selbstverteidigungsseminar" in Castrop-Rauxel teil. Mit *Carpathian Wolves* war Matuszak ebenfalls Teil der Veranstaltungsreihe „Neuschwabenland Konzerte" im Dezember 2017 in Ronneburg (Thüringen).

Die Band pflegt mit der „Bruderschaft" *Metalwölfe Midgard* freundschaftliche Beziehungen und kann als Haus-und Hofband der Gruppierung bezeichnet werden. „Unpolitisch" sind diese Verbindungen nicht, schließlich treten deren Mitglieder nicht nur in einschlägigem RechtsRock-und NSBM-Merchandise auf, sondern fahren auch selbst auf Events der Szene. Teile der „Bruderschaft" waren mit Matuszak 2016 und 2017 etwa auf dem NSBM-Festival „Hot Shower Fest" in Mailand zugegen.

Das Konzept, das sich rechte Freundeskreise, auch im Black- und Heavy Metal, zu „Bruderschaften" zusammenschließen, ist nicht neu. Aus losen Cliquen werden so Männerbünde, deren Kutten Identität schaffen und den Kreis zusammenhalten sollen. Nach innen schafft man(n) sich dadurch Status und Anerkennung, nach außen dient die Uniformierung zur Aufwertung. Wenn ein solcher Bund zudem extrem rechte Gesinnungen einschließt, kann getrost von einer Neonazi-Organisation gesprochen werden. Im Vergleich zur konventionellen Kameradschaft ist eine solche Bruderschaft wesentlich eingeschworener und unantastbarer. Ein Konzept, dem sich nicht ohne Grund kriminelle Milieus bedienen, um Außenstehenden wenig Einblick zu gewähren.

Credits: NSU-Watch

Stephan Ernst (2. von rechts) posiert mit schwedischen Neonazis am Rande des„Rudolf-Heß-Marsches“ 2002 im bayerischen Wunsiedel

Von Simon Tolvaj

Zwei Täter?

Aktuelle Erkenntnisse zur Ermordung von Walter Lübcke

Auch wenn der Neonazi Stephan Ernst sein Geständnis widerrufen hat, so bestehen kaum Zweifel, dass er am 2. Juni 2019 den nordhessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke erschossen hat. Sein engster politischer Weggefährte, der Kasseler Markus Hartmann, sitzt ebenfalls in U-Haft. Ihm wirft die Bundesanwaltschaft Beihilfe zum Mord vor. Und die Ermittler*innen verdächtigen Ernst, im Januar 2016 einen Geflüchteten niedergestochen zu haben.

Markus Hartmann und Stephan Ernst kennen sich aus der Kasseler Neonazi-Szene der frühen 2000er Jahre. Nach einer knapp sechsjährigen Haftzeit war Ernst 1999 aus dem Raum Wiesbaden nach Kassel gezogen. 1992 hatte er am Wiesbadener Hauptbahnhof aus rassistischen Gründen auf einen türkischen Iman eingestochen, der dabei fast gestorben wäre. 1993 hatte er zudem in Hohenstein bei Wiesbaden versucht, geflüchtete Menschen durch eine Rohrbombe zu töten. (vgl. LOTTA #75)
Die Kasseler Neonazi-Szene Anfang der 2000er Jahre war von der *Kameradschaft Gau Kurhessen* geprägt. Markus Hartmann, geboren 1976, soll dort Mitglied gewesen sein — ebenso wie in der Gruppe *Freier Widerstand Kassel*, die sich in den folgenden Jahren formierte. Bis Ende der 2000er Jahre nahmen Ernst und Hartmann zusammen an Aufmärschen teil, dann habe man sich nach den Angaben von Ernst aus den Augen verloren, 2014 jedoch wieder getroffen und sei zu engen Freunden geworden. Zusammen besuchten sie am 14. Oktober 2015 eine Informationsveranstaltung in Lohfelden bei Kassel, auf der es um die Einrichtung einer Unterkunft für Geflüchtete ging. Dort verteidigte der CDU-Politiker Walter Lübcke das Vorhaben. Er stellte sich gegen rassistische Pöbeleien im Saal und sagte jenen Satz, der letztlich seinen Tod bedeutete: „Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit

Credits: exif-recherche

Markus Hartmann (mit Schiebermütze und Bart) und Stephan Ernst (rechts) am 1. September 2018 in Chemnitz.

dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen." Markus Hartmann filmte dies. Auf dem Video sind Buhrufe und Beschimpfungen zu hören, ein Mann brüllt: „Ich glaub's nicht, verschwinde!" Stephan Ernst gibt an, diesen Satz gerufen zu haben. Nach polizeilichen Erkenntnissen hat Hartmann das Video auf *Facebook* und *YouTube* immer wieder hochgeladen. Vor allem Anhänger*innen des Kasseler PEGIDA-Ablegers KAGIDA nahmen es begierig auf, kommentierten es mit Hasstiraden und Gewaltfantasien und verbreiteten es weiter. Bisweilen verschwand das Video, doch jedes neue Hochladen setzte eine neue Dynamik frei und schürte den Zorn auf Lübcke aufs Neue. Noch 2019 ging die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige AfD-Anhängerin **Erika Steinbach** auf das Video ein und teilte ihren 80.000 Twitter-Follower*innen mit: „Zunächst sollten die Asylkritiker die CDU verlassen, bevor sie ihre Heimat aufgeben!".

Kein Schläfer-Typ

Nicht nur im virtuellen Raum erfuhr Stephan Ernst die Resonanz, die ihn in seinem Mordplan bestätigte. Zusammen mit Hartmann ging er auf rechte Demonstrationen wie beispielsweise am 1. September 2018 in Chemnitz, zu der die AfD aufgerufen hatte. Verfassungsschutz-Präsident **Thomas Haldenwang** mutmaßte, dass es sich bei Ernst um einen „Schläfer" handele. Doch das war er eben nicht.

Der aktuelle Ermittlungsstand besagt, dass Ernst am Abend des 2. Juni zum Haus der Familie Lübcke in Wolfhagen fuhr und dieses beobachtete. Das hatte er, wie er einräumt, schon mehrmals getan. Doch an diesem Abend trat Walter Lübcke kurz vor Mitternacht auf die Terrasse, um eine Zigarette zu rauchen. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass Ernst aus dem Dunkeln an Lübcke heran schlich und ihn aus ein bis zwei Metern Entfernung mit einem Kopfschuss ermordete — ohne ein einziges Wort an ihn zu richten.

Als ihn die Polizei am 15. Juni mit Haftbefehl abholte, hatte er offensichtlich keinen Plan B. Er legte ein Geständnis ab, gab Täterwissen preis, verriet sein Waffenlager und belastete Markus Hartmann und den in Nordrhein-Westfalen lebenden Waffenhändler **Elmar J.**. Dann wechselte er den Anwalt und widerrief sein Geständnis. Unterstützung erfährt Stephan Ernst aktuell offensichtlich nur von wenigen Freund*innen und von seiner Mutter. Die klagt auf einer eigens eingerichteten Website: „Ich hatte nach allem was ich so gelesen habe immer den Eindruck das das Wort Kameradschaft eine Bedeutung hat. Leider muss ich feststellen das jetzt wo er mal Hilfe bräuchte, in finanzieller Art für den anstehenden Prozess sich keiner mehr für ihn interessiert (sic!)."

Zurück zum Fall Halit Yozgat

Die Parallelen zwischen dem Mord an Walter Lübcke und dem Mord des NSU an **Halit Yozgat** in Kassel am 6. April 2006 sind auffallend. Es gab keine Bekennerschreiben oder ähnliches — der NSU bekannte sich erst 2011. Auch beim Mord an Yozgat geht man davon aus, dass seine Mörder wortlos auf den arglosen Yozgat zutraten und ihm aus kurzer Entfernung in den Kopf schossen. Es ist nach wie vor nicht bewiesen, dass die Tat von **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** begangen wurde. Die Morde an Lübcke und Yozgat sind noch durch mindestens eine weitere Begebenheit mitei-

nander verschränkt. Am 12. Juni 2006 wurde Markus Hartmann auf dem Polizeipräsidium in Kassel im Fall Yozgat befragt. Er hatte auffallend häufig die Fahndungsseite angeklickt, auf der die Polizei um Mithilfe bei der Aufklärung des Mordes bat, und die Polizei wollte wissen, warum. Hartmann erzählte in knappen Sätzen, dass er in dem Haus in Kassel, in dem er wohne, Kontakt zu einem Nachbarn habe. Der sei ein Freund von Halit Yozgat gewesen und habe mit diesem zusammen seinen Urlaub verbracht. Hartmann gab an, Halit Yozgat in einem Imbiss persönlich kennengelernt zu haben. Sein Nachbar habe ihm von dem Mord erzählt, und da er Halit Yozgat ja flüchtig gekannt habe, habe er den Fall über die Fahndungsseite verfolgt. Nach ein paar Routinefragen und wenigen Minuten war die Befragung beendet. Der Polizist, der diese durchgeführt hatte, notierte auf dem Spurenblatt: „Nicht weiter relevant, als abgeschlossen anzusehen."

Es ist nicht vorstellbar, dass der Kriminalbeamte nicht wusste, dass er einen organisierten Neonazi vor sich sitzen hatte. Just im Jahr 2006 war Hartmann angezeigt worden, weil er in einer Kneipe „Sieg Heil" gebrüllt und den Hitlergruß gezeigt hatte. Seit 2005 verbreitete er unter dem Pseudonym „Stadtreiniger" über öffentliche Internetforen rassistische Hetze, mehrere Medien berichteten im Jahr 2007 darüber. Ein hasserfüllter Rassist und Neonazi, der Halit Yozgat kannte — doch die Kasseler Polizei war offensichtlich nicht an ihm interessiert. In der Befragung von Hartmann gab es nicht die geringste Andeutung, die auf seine neonazistische Einstellung und seine Aktivitäten in der Szene abzielte. Es wirkt, als hätte man seine Personalie so schnell wie möglich abhaken wollen.

Auch in den Nachermittlungen nach der Selbstenttarnung des NSU ab 2011 wurde die Spur Markus Hartmann nicht wieder aufgegriffen. Ein weiterer Ermittlungsskandal im NSU-Komplex, der im von Polizeiskandalen übersättigten Hessen kaum noch als Aufreger taugt. Mit handwerklichem Ungeschick lässt sich ein derart gravierendes und fortgesetztes Versäumnis nicht erklären. Die Behörden müssen Auskunft geben, warum man Hartmann im Fall Halit Yozgat nicht weiter behelligte. Zur Erinnerung: Beim Mord an Halit Yozgat war der Verfassungsschutz-Mitarbeiter **Andreas Temme** am Tatort. Und der erzählt bis heute offensichtlich die Unwahrheit darüber, warum er dort war. Temme und eine Kollegin vom Verfassungsschutz führten insgesamt sieben Neonazis aus der Kasseler Szene als V-Personen. Von sechs von ihnen sind die Namen bis heute unbekannt.

Tatverdacht „Beihilfe zum Mord"

Markus Hartmann lebte unter anderem davon, dass er legal Waffen über das Internet verkaufte, darunter Gewehre und Pistolen. Die Waffenerlaubnis hatte er 2015 erhalten. Zwar hatte die Stadt Kassel ihm diese Erlaubnis zunächst wegen seiner politischen Betätigungen verweigert, doch Hartmann hatte gegen diese Entscheidung geklagt und vom Verwaltungsgericht Recht bekommen. Laut dem Investigativteam von WDR, NDR und *Süddeutscher Zeitung* hatte der Verfassungsschutz wichtige Erkenntnisse zu seinen neonazistischen Aktivitäten dem Gericht nicht mitgeteilt.

Bei der Wohnungsdurchsuchung bei Hartmann stellte die Polizei ein Buch des rechten Autors **Akif Pirinçci** sicher, in dem dieser auch über die Versammlung am 14. Oktober 2015 in Lohfelden schreibt. Darin hatte Hartmann den Namen Walter Lübcke gelb markiert. Die Bundesanwaltschaft wirft Hartmann nun „Beihilfe zum Mord" vor. Dies begründet sie in einer Stellungnahme zu einer Haftbeschwerde von ihm. Sie schreibt, dass die Gespräche von Hartmann und Ernst ab dem Jahr 2014 „in das Politische und Radikale abgedriftet" seien. Hartmann habe Stephan Ernst mit Schusswaffen und dem Schießen vertraut gemacht, auf seine Initiative hin sei Ernst dem *Schützenclub 1952 Sandershausen* beigetreten, in dem Hartmann Mitglied war. Auch habe er Ernst eine Schrotflinte und Munition gegeben und mit ihm Schießübungen in Wäldern und auf dem Vereinsgelände durchgeführt. Zudem soll Hartmann Ernst den Kontakt zu Elmar J. vermittelt haben, der die Pistole besorgt haben soll, mit der Walter Lübcke ermordet wurde. Konkret: Ohne den Rückhalt, den Zuspruch und die Kontakte von Hartmann hätte der Mord an Walter Lübcke wahrscheinlich nicht stattgefunden.

Schwer belastet wird Markus Hartmann durch seine ehemalige Lebensgefährtin **Lisa D.**, die ihn in ihrer polizeilichen Aussage als „Denker" und Stephan Ernst als „Macher" bezeichnet. Sie erzählte auch, dass Hartmann ihr einmal gesagt habe, dass er sich für den Fall der Diagnose einer schweren Erkrankung mit einem Sprengstoffgürtel in die Luft sprengen und möglichst viele Ausländer mit in den Tod nehmen werde.

Keine Panik in der CDU

Nachdem sich nach dem Mord an Walter Lübcke herauskristallisiert hatte, dass dieser offensichtlich in keine krummen Geschäfte verwickelt war, keinen Nachbarschaftsstreit führte, kein „dunkles Geheimnis" hatte und nichts auf einen geplanten Raub hindeutete, blieb nur noch der Neonazi-Mord als denkbares Motiv. Doch in seiner Partei und den meisten Medien blieb es merkwürdig still. Es schien, als wollte man nicht wahrhaben, dass es vermutlich ein Rechter war, der den Regierungspräsi-

denten erschossen hatte. Auch nach der Verhaftung von Stephan Ernst hielt sich die Aufregung in der CDU in Grenzen. Denn schnell war klar geworden, dass Lübcke nicht als CDU-Politiker und Repräsentant des Staates ausgesucht worden war, sondern als Verfechter der Willkommenskultur. Vor allem hatte Lübcke auf der Veranstaltung am 14. Oktober 2015 in Lohfelden klare Kante gegen die rassistischen Pöbeleien gezeigt. Dem rechten Mob, der es gewohnt ist, von konservativen Politiker*innen mit verständnisvollen Worten gepampert zu werden, hielt Lübcke entgegen, dass die Gesellschaft auf sie, die rechten Pöbler*innen, verzichten könne. Das war vermutlich der Knackpunkt, dabei sei Stephan Ernst — so soll es Markus Hartmann seiner Lebensgefährtin erzählt haben — „beinahe völlig ausgetickt".
Es gab eine Trauerfeier für Lübcke, an der mehrere tausend Personen teilnahmen, es gab Trauerbeflaggung an den Landesbehörden, und Ministerpräsident **Volker Bouffier** kündigte an, Lübcke posthum eine Medaille zu verleihen. Doch die Wut über die Ermordung von Walter Lübcke, der doch ein Konservativer war, wurde fast ausnahmslos von Linken auf die Straße getragen. Denn die wussten, auf wen der Schuss auf Lübcke zielte — auf alle, die sich für die Rechte und die Würde Geflüchteter einsetzen. Der hessische Landesverband der *Jungen Union* hatte zu keiner Demonstration aufgerufen, er veröffentlichte nicht einmal einen Nachruf auf Walter Lübcke.

Der Mordversuch an Ahmed I.

Im September gab die Staatsanwaltschaft bekannt, dass gegen Stephan Ernst auch wegen des Verdachts des versuchten Mordes an **Ahmed I.** ermittelt werde. Dem damals 22-Jährigen, der aus dem Irak geflüchtet war, wurde am 6. Januar 2016 in der Nähe einer Geflüchteten-Unterkunft in Lohfelden von einem vorbeifahrenden Radfahrer ein Messer in den Rücken gestoßen. Ahmed I. wurde lebensgefährlich verletzt und behielt schwere Schäden.[1] Worauf sich der Tatverdacht gegen Ernst in diesem Fall genau begründet, gibt die Staatsanwaltschaft „aus ermittlungstaktischen Gründen" nicht bekannt. Ahmed I. war sich von Anfang an sicher gewesen, Opfer eines rassistischen Angriffs geworden zu sein, doch er fühlte sich mit seinem Verdacht von der Polizei nicht ernst genommen.
Wohl hatte die Polizei auch nach Rechts ermittelt. So teilten Neonazis aus Lohfelden nach der Tat über Soziale Netzwerke mit, dass die Polizei in ihren Garagen nach dem Fahrrad gesucht hatte, das bei der Tat benutzt worden war. Nach neuesten Verlautbarungen der Kasseler Polizei soll damals auch Stefan Ernst, der nur 2,5 Kilometer vom Tatort entfernt lebte, überprüft und befragt worden sein. Die Suche nach dem Täter verlief jedoch im Sande. Die Unterkunft in Lohfelden, in der Ahmed I. wohnte und in deren Nähe die Tat geschah, war jene, für deren Einrichtung sich Walter Lübcke auf der Bürgerversammlung am 14. Oktober 2015 eingesetzt hatte.

Kein Land in Sicht

Die Umstände des Mordes an Walter Lübcke und des Beinahe-Mordes an Ahmed I. spiegeln die Probleme und Skandale, die in den vergangenen Jahren in Hessen in Bezug auf militante Rechte aufgekommen waren. Das Verhalten der Polizei nach dem Angriff auf Ahmed I. erinnert in fataler Weise an den NSU-Mord in Kassel 2006. Auch die Familie und die Freund*innen von Halit Yozgat waren sich damals sicher gewesen, dass er einem rassistischen Verbrechen zum Opfer gefallen war. Doch auch sie wurden nicht ernst genommen und fühlten sich in den Ermittlungen wie Kriminelle behandelt. An der Inkompetenz und dem Desinteresse der Polizei, Spuren nach rechts einzuordnen und konsequent zu verfolgen, scheint sich in Kassel nichts geändert zu haben. Markus Hartmann, der durch seine Fantasien als rassistischer „Stadtreiniger" stadtbekannt wurde, wird im Fall Yozgat als „nicht weiter relevant" bewertet, obwohl er das Mordopfer kannte. In den Folgejahren kann er legal mit Waffen handeln und — laut Bundesanwaltschaft — auf der Anlage seines Schützenvereins einem mutmaßlichen Neonazi-Killer das Schießen beibringen.
Noch ist nicht geklärt worden, wie beim Mordanschlag am 2. Juni 2019 die Hautpartikel von Stephan Ernst auf die Kleidung von Walter Lübcke gelangten. Nur durch die Analyse der DNA war man auf Ernst gekommen. Man mag sich nicht ausmalen, wie die Geschichte verlaufen wäre, wären diese winzigen Hautpartikel nicht gefunden worden.

1 *Interview mit Ahmed I., https://soundcloud.com/responsehessen*

Credits: Dennis Pesch

Die beiden „Die Rechte"-Kreisvorsitzenden Thomas Eckleder und Benny Berger bei einer Kundgebung am 23. Mai 2019.

Von Agit Clemens und Anna Berk

„Die Rechte" im westlichen Ruhrgebiet

Zur Gründung der DR-Kreisverbände Duisburg und Oberhausen

Nach dem Niedergang des „Nationalen Widerstands Duisburg" (NWDU) war es in Duisburg in Bezug auf organisierte Neonazi-Strukturen für eine Weile relativ ruhig. Als Wendepunkt kann der 14. April 2018 begriffen werden, an dem Duisburger Neonazis einen Anreisetreffpunkt zum „Europa Erwache"-Aufmarsch der „Die Rechte" (DR) in Dortmund organisierten. Inzwischen gibt es nun auch DR-Kreisverbände in Duisburg und Oberhausen.

Über 80 Neonazis fanden sich am 14. April 2018 am Duisburger Anreisetreffpunkt ein, unter ihnen auch Mitglieder der *Bruderschaft Deutschland* aus Düsseldorf, Neonazis aus den Regionen Aachen/Heinsberg, Köln und Wuppertal sowie eine größere Duisburger „Reisegruppe". Unter den Duisburgern befand sich auch der ehemalige FAP- und spätere NPD-Funktionär **Ralf Panek**, der derzeit wegen eines Angriffs auf linke Gegendemonstrant*innen während einer PEGIDA-NRW-Demo unter Bewährung steht, und seine damalige Ehefrau **Andrea Streyer**. Etwa fünf Wochen später, am 18. Mai 2018, gründete sich dann der *Die Rechte*-Kreisverband (KV) Duisburg, mit dem schon in NWDU-Zeiten federführenden **Thomas Eckleder** als Kreisvorsitzendem.

Demos und Gedenken

Die ersten Aktivitäten waren vor allem kleinere Banner- oder Zettelaktionen sowie die Teilnahme an demonstrativen Aktionen der DR und „Freien Kräfte". Zumeist mit unter den fünf bis zehn Teilnehmenden gesichtet wurden neben Eckleder und Streyer auch die Neonazis **Benny Berger** und **Daniela Bünnagel-Ueter**, heute **Daniela Berger-Ueter** aus Oberhausen sowie **Daniel Derksen** aus Duisburg. Eine der ersten gemeinsamen Anreisen zu einem Aufmarsch nach der KV-Gründung gab es am 10. November 2018 nach Bielefeld zu einer Solidaritätsdemonstration für die inhaftierte Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck**. Neben den bereits benannten Neonazis nahmen hieran unter anderem auch die ebenfalls altbekannten NWDU-Aktivisten **Adrian Albrecht** und **Marcel Schmuck** sowie der HoGeSa-Mitbegründer **Mario Leisering** aus Oberhausen teil.

Beim jährlichen Täter-Opfer-Umkehr-„Trauermarsch" in Remagen (Rheinland-Pfalz) betätigten sich am 17. November 2018 unter anderem Derksen, Eckleder und die Mönchengladbacherin **Simone Hohensee** als gemeinsame Transparentträger*innen. Zu den Aktionen der DR Duisburg zählen auch „Heldengedenken", eine Aktionsform, die nahtlos an alte NWDU-Zeiten anknüpft. Im Europawahlkampf veranstaltete der KV in Duisburg und Oberhausen mehrere Infostände, verteilte Flyer und sammelte Unterstützungsunterschriften, etwa in der Duisburger Innenstadt, den Duisburger Stadtteilen Meiderich, Ruhrort, Neumühl und Walsum sowie in Oberhausen-Sterkrade. Bei den meisten dieser Aktionen erhielt die örtliche DR Unterstützung von Dortmunder DR-Aktivist*innen, wie beispielsweise **Michael Brück** oder der aus Duisburg stammenden **Damiana Glied**. Auch die zeitweise inaktive **Carina Hasselbach**, geborene Dudel, die früher im NWDU und der rechten MSV-Fangruppe *Sektion Friemersheim* organisiert war, ist seit Anfang 2019 wieder in Duisburg aktiv.

Der DR-KV Oberhausen

Wohl aufgrund interner Verwerfungen gründete sich am 30. April 2019 dann der DR-Kreisverband Oberhausen. Als Kreisvorsitzender fungiert Benjamin Berger, als seine Stellvertreterin seine heutige Ehefrau Daniela Berger-Ueter. Zum Aktivist*innenstamm zählen unter anderem **André May**, **Sven Wiesner** und **Ramona Kunert**. Der aus Brandenburg an der Havel stammende, hafterprobte und gewaltbereite Tätowierer Berger, der seine Gesinnung mit einem „Rassist"-Tattoo im Gesicht und einem Hitler-Porträt-Tattoo auf dem Unterarm offen zur Schau stellt, ist erst vor wenigen Jahren von Koblenz nach Oberhausen gezogen. Neben seiner „Partei"-Arbeit und aktivistischen Straßenaktionen wie dem Anbringen antisemitischer Sticker an jüdischen Gemeinden betätigt er sich als „YouTuber" und mit seinem Medienprojekt „Jugend bewegt!".

Der 1. Mai 2019 und die Entwicklung danach

Auch wenn die Gründung des Duisburger DR-KV noch nicht lange zurückliegt, so scheint dieser doch das Vertrauen des Parteivorstands zu genießen. Darauf deutet nicht zuletzt die Austragung des diesjährigen 1.-Mai-Aufmarsches der DR in Duisburg hin. Gegen das Vorhaben, den Internationalen Kampftag der Arbeiter*innen für neonazistische Hetze zu vereinnahmen, formierte sich vor Ort breiter Gegenprotest. Alleine das antifaschistische Bündnis *RiseUp* mobilisierte über 1.000 Menschen, die ihr eigenes Verständnis von Solidarität auf die Straßen trugen und versuchten, den Aufmarsch zu blockieren, was aber durch ein martialisches Polizeiaufgebot verhindert wurde. Letztendlich konnten am 1. Mai etwa 280 Neonazis ihre offen volksverhetzenden und antisemitischen Redebeiträge und Parolen im Stadtteil Wanheimerort verbreiten, die Zahl der Teilnehmenden blieb jedoch weit hinter den Erwartungen des Veranstalters zurück.

In der Zeit nach dem Aufmarsch wurde es dann etwas ruhiger um den DR-KV Duisburg, sieht man einmal von einer Mini-Kundgebungstour der Partei durch NRW ab, die am 23. Mai auch in Duisburg-Meiderich Station machte — erneut konfrontiert mit Gegenprotest. Ein ungeschickter Neonazi rempelte hierbei versehentlich eine ältere Teilnehmerin der eigenen Kundgebung eine Treppe hinunter, was seitens der DR Duisburg im Anschluss im klassischen Opfermythos-Duktus beklagt wurde. Besonders zufrieden mit der Aktion jedoch konnten weder die Dortmunder Reisekader noch die örtlichen Aktivist*innen sein.

Einschätzung

Auch wenn der Aufbau neuer Neonazi-Strukturen unter dem Deckmantel einer Partei bisher eher schleppend vorangeht und die KV Duisburg und Oberhausen kaum eigenständig handlungsfähig sind, ist die Entwicklung doch als besorgniserregend zu bezeichnen. Durch die Gründung wurden ältere Neonazis reaktiviert und bisher nicht aktive zum Mitmachen motiviert. Zudem ist eine zunehmende Vernetzung mit rechten Milieus außerhalb des eigenen Spektrums zu beobachten, insbesondere mit Bezug auf das rechte Hooligan-Spektrum und deren rassistische „Bürgerwehren", was für von Rassismus Betroffene oder als politische Feinde markierte Menschen mit einer zunehmenden Bedrohung einhergeht. Ebenso wie in einigen anderen NRW-Kommunen präsentiert sich *Die Rechte* als wichtigstes Sammelbecken militanter Neonazis, rassistischer Hooligans und anderer rechter Gewalttäter*innen — vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Rechtsrucks und einer stetigen Normalisierung rassistischer und faschistischer Rhetorik durch AfD und Konsorten. Auch die bis vor kurzem noch um Distanzierung bemühte *Identitäre Bewegung* scheint den Kontakt zur *Die Rechte* nicht mehr zu scheuen, wie sich zuletzt bei der 700-köpfigen *MG steht auf*-Demonstration am 8. September 2019 in Mönchengladbach beobachten ließ. Dort suchte der Ex-NWDUler und heutige IB-Aktivist **Dominic Müller** das Gespräch mit Michael Brück aus Dortmund.

—

Die Autor*innen dieses Artikels sind aktiv bei „Riseup — Duisburger Jugendbündnis gegen rechts" (*https://www.facebook.com/riseupduisburg/*).

Credits: @infozentrale

Rüdiger Lucassen (m.) mit Martin Renner (l.) und Berengar Elsner von Gronow bei einem AfD-„Bürgerdialog" am 18. September 2019 in Dortmund.

Von Rainer Roeser

Mit gestutztem Flügel

Die NRW-AfD nach dem Landesparteitag in Kalkar

Die nordrhein-westfälische AfD hat Anfang Oktober einen neuen Vorstand gewählt — ganz ohne die Anhänger des „Flügels". Kaum weniger radikal, aber „gemäßigter" im Tonfall und nicht so „ostig" und völkisch-nationalistisch wie Björn Höcke. Zumindest vorläufig könnte etwas mehr Ruhe einkehren im größten Landesverband. Doch diese Ruhe könnte trügerisch sein.

In der AfD zieht es immer, wenn Parteitagsredner ihr Deutschland vor den Unbilden von Migration, Europa und „Klimawahn" bewahren wollen. An einem Samstag im Oktober versuchen sich in einer düsteren Messehalle in Kalkar **Rüdiger Lucassen** und **Thomas Röckemann** an dieser Übung. „Die AfD ist die größte Chance, Deutschland zu retten", ruft Lucassen den knapp 550 Delegierten zu. Die Anwesenden applaudieren tüchtig. „Wenn wir erfolgreich sind, werden wir Deutschland retten", sagt ein paar Minuten später Röckemann ins Mikrofon. Auch er erntet Beifall. Doch viel weiter reichen die Gemeinsamkeiten der beiden an diesem Tag nicht.

Der 68-jährige Bundestagsabgeordnete aus Euskirchen und das 54-jährige Landtagsmitglied aus Minden sind Konkurrenten beim Parteitag der nordrhein-westfälischen AfD. Hier der Ex-Oberst Lucassen, der nach dem Willen der sich „gemäßigt" wähnenden AfDler das Kommando übernehmen soll. Dort der Rechtsanwalt und „Flügel"-Anhänger Röckemann. Am Ende stimmen 321 Delegierte für Lucassen, nur 215 für Röckemann. Zumindest vorerst ist der Machtkampf entschieden, den manche fälschlich für einen Richtungskampf gehalten hatten. Überraschend kommt das Ergebnis nicht. Überraschend ist eher, dass es ohne Tumult und gegenseitige Beschimpfungen zustande kam.

Warburger Chaos

Rückblende: Drei Monate zuvor kommen die Delegierten in Warburg, am anderen Ende des Bundeslandes, zusammen. Nordrhein-Westfalens AfD bevorzugt Parteitage an der Peripherie. Dort sind Hallen preisgünstiger zu mieten, und von größeren De-

monstrationen bleibt man auch verschont. In Warburg erlebt Nordrhein-Westfalens AfD am 6. Juli ihr bisher größtes Debakel. Nach und nach gehen an jenem Samstagabend neun der zwölf Mitglieder des NRW-Vorstands, darunter mit **Helmut Seifen** einer der Landessprecher, ans Rednerpult, um ihren Rücktritt zu verkünden. Nicht etwa, weil sie amtsmüde geworden wären. Im Gegenteil. Mit ihrem Abgang wollen sie erzwingen, dass auch das Resttrio hinwirft. Doch Röckemann und **Christian Blex**, Ko-Landessprecher der eine, Landesvize der andere und beide zusammen die wichtigsten Vertreter des „Flügels" in NRW, tun nicht wie gewünscht. Mit **Jürgen Spenrath** haben sie noch einen Dritten im Bunde gefunden, der sein Amt partout nicht aufgeben will. Auch das Manöver, sie per Abwahl loszuwerden, misslingt. 290 Delegierte stimmen dafür, 183 dagegen. Zu wenig für die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Warburg liefert Einblicke in das Seelenleben eines AfD-Landesverbandes, von dem man nicht vermuten würde, dass seine knapp 5.400 Mitglieder tatsächlich ein und derselben Partei angehören. Da wird Seifen in der Diskussion vorgeworfen, „eine Schande für die AfD" zu sein. „Heuchler"-Rufe schallen ihm entgegen. Ein anderer Teil der Delegierten stimmt „Haut ab!"-Sprechchöre gegen den Restvorstand an. Die Verachtung ist abgrundtief und gegenseitig.

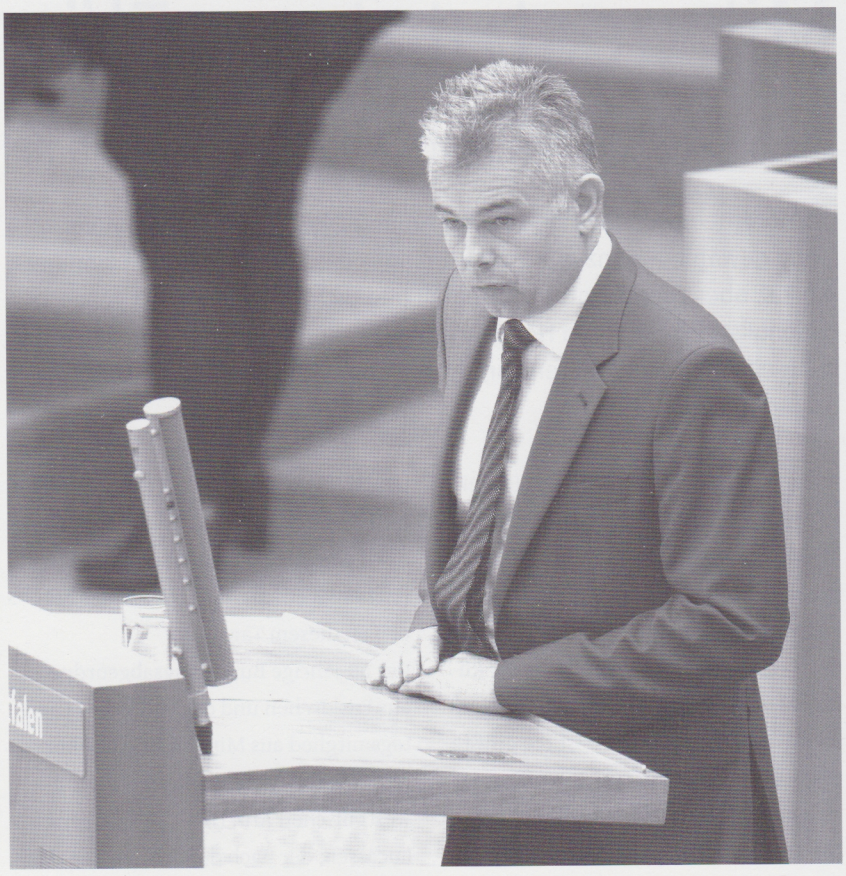
Ihr Experiment mit der Doppelspitze Seifen/Röckemann hatte die NRW-AfD Ende 2017 gestartet. Die beiden Landtagsabgeordneten sollten Ruhe in einen Verband bringen, der zu diesem Zeitpunkt schon vier Jahre Streit hinter sich hatte. Dass der Versuch gelingen könnte, schien nicht ausgeschlossen. Nach dem Abgang von **Marcus Pretzell** waren auch die Töne aus den Reihen der Düsseldorfer Fraktion schärfer geworden. Sogar der „gemäßigte" Seifen war rhetorisch in Vorleistung gegangen. Die Bundesrepublik sei nicht mehr demokratisch und die AfD eine „bürgerliche Widerstandsbewegung", ließ er wissen und wetterte gegen eine „despotische Eurokratie".

Höcke-Festspiele

Hinter den Kulissen freilich war es schon bald nicht mehr weit her mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Das Fass zum Überlaufen brachte schließlich im vorigen Jahr eine Serie von Veranstaltungen mit Björn Höcke. Zunächst trat der „Flügel"-Vormann Mitte April in Ahlen auf. Den dortigen Kreisverband Warendorf hat Blex zu einer Hochburg der Parteirechten gemacht.

Noch bewahrten Seifen und seine Anhänger öffentlich Ruhe. Das sollte sich bei Höckes zweiter NRW-Visite, Anfang November in Bottrop, ändern. Eingeladen hatte der AfD-Bezirksverband Münster. Unter seinem Vorsitzenden **Steffen Christ** ist er fest zum „Flügel"-Revier geworden. Seifen schlug Alarm. Intern klagte er, es werde „immer deutlicher, dass der Flügel als eigenständige Partei in der Partei agiert und damit jeden beliebigen Einfluss auf die verschiedenen Landesverbände ausüben will". Dass auch der Landesvorstand auf Distanz ging, bekümmerte Röckemann wenig. Er wechselte gleich zum Gegenangriff: „Mit Befremden muss ich feststellen, dass über ein Jahr nach dem verräterischen Austritt von Marcus Pretzell aus der AfD dessen spalterischer Ungeist noch immer durch Nordrhein-Westfalen schwebt."

Ende November folgte der dritte Streich. Höcke war Stargast bei einem „Hermanns-Treffen" in Ostwestfalen. Seifen hatte intern längst alle Zurückhaltung abgelegt. In einem Chat klagte er, er sei



Bernd Schälte/Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen

Thomas Röckemann spricht im Landtag.

gewählt worden, ohne wirklich Macht haben zu sollen. „Deshalb hat man aus einer anderen Strömung mir einen anderen Sprecher zur Seite gestellt, der mich kontrolliert und an allem hindert, was ich tun könnte, z.B. kleine AfD-Nazis abzumahnen und sie aus der Partei heraus zu komplimentieren." Röckemann verhindere „jede Maßnahme gegen disziplinlose Vollpfosten". Blex wolle „jeden Nazifreund aufnehmen".
Für Röckemann war Seifens Wutausbruch eine Steilvorlage — konnte er sich selbst doch einmal mehr als Vertreter von „Mäßigung und Einigung" und seinen Ko-Sprecher als Außenseiter präsentieren: „Zutiefst erschüttert lese ich, was Herr Helmut Seifen wirklich von der Partei hält, die mit zu vertreten er vor einem Jahr gewählt worden ist." Seinem Kontrahenten legte er den Rückzug nahe: „Als ein Mann der Ehre, für den ich ihn bislang stets gehalten habe, müsste auf diese Enthüllungen eigentlich sein Rücktritt als Landessprecher folgen."

„Flügelanten"

Röckemann ist der höchstrangige „Flügel"-Anhänger in NRW. Höckes Thüringer AfD rühmte er einmal als „Keimzelle des Widerstands gegen das System Merkel". *Compact*-Magazin-Chef **Jürgen Elsässer** lobte ihn nach einem Auftritt als „eloquent, witzig, sympathisch, jugendlich — hat ein bisschen eine Ausstrahlung wie JFK". Diese Einschätzung hat er vermutlich höchst exklusiv.
Treibende Kraft bei der „Flügel"-Bildung in NRW ist dessen Landes-„Koordinator" Blex. Pretzell sagte einmal über ihn, er sei „zu feige zum Eintritt in die NPD", jedoch „verschlagen genug", um Leute, die offiziell auf Unvereinbarkeitslisten stünden, bei der „Infiltration" der AfD zu beraten. Auf der *Facebook*-Seite des „Flügels" durfte Blex gegen die Bundesregierung als „Vasall der US-Amerikaner" wettern und gegen Kanzlerin Merkel, die dem „Tiefen Staat" hörig sei und deren „Regime uns zum Schlachten freigegeben" hat. Aufbrausend und leicht erregbar ist er. Seine Gegner in der eigenen Partei nennen ihn mal „Rumpelstilzchen", mal „Ritalin-Verweigerer". Dritter im Bunde war im vorigen Jahr Christ. „Ohne einen Bürgerkrieg light wie bei Erdogan wird's nicht laufen. Nur wenn das linksgrün versiffte 68er Krebsgeschwür restlos aus den Institutionen entsorgt wird, ist ein Wechsel drin", schrieb er einst in einem Chat. Mittlerweile ist es etwas stiller um Christ geworden. Europaabgeordneter hatte er werden wollen. Doch die Delegierten eines Bundesparteitags in Magdeburg erteilten ihm eine Abfuhr.

Streit auf offener Bühne

Bei jenem Parteitag ein paar Tage vor dem ostwestfälischen „Flügelkongress" war auf der großen Bühne deutlich geworden, in welch desolatem Zustand sich die NRW-AfD befand. Munter kandidierten ihre Vertreter gegeneinander. Am Ende schaffte es nur **Guido Reil** auf einen vorderen Listenplatz. Zu verdanken hatte er das freilich nicht der Stärke des auf dem Papier größten Landesverbandes, sondern vor allem der Protektion durch Bundessprecher **Jörg Meuthen**. Seifen nutzte derweil jedes erreichbare Mikrofon, um gegen den „Flügel" zu wettern. „Der ‚Flügel' in der Art und Weise, wie er im letzten Jahr agiert hat, kann so nicht existieren", sagte er im ZDF. Die WAZ zitierte ihn mit den Worten: „Björn Höcke verfolgt eine andere Agenda als die bürgerlichen Kräfte in der Partei. Dieser Mann hat vor, die Partei zu kapern, und er hat sie in Teilen bereits gekapert." Im WDR ließ er wissen, der Landesvorstand werde sich „jetzt voll auf meine Linie einstellen müssen".
Für den internen Gebrauch verfasste er eine „Denkschrift zum Zustand der NRW-AfD". Mit den mittlerweile bekannten Vorwürfen: Der „Flügel" habe eine Struktur aufgebaut, die an den Vorständen vorbei eine „eigene Personal-, Organisations- und Sachpolitik betreiben" könne. Seifen: „‚Der Flügel' scheint also die Partei lediglich als Vehikel zur Beförderung der eigenen Agenda und des eigenen Personals zu benutzen."
Der Boden für den Showdown in Warburg war damit bereitet. Dabei spielte Röckemann auf Zeit. Seinen Gegnern unterstellte er, dass sie so früh eine neue Parteispitze wählen lassen wollten, weil ihnen sonst die Felle davonschwimmen würden. Röckemann: „Die reguläre Vorstandswahl fände nach den Wahlen in Mitteldeutschland statt. Gerade diese Verbände eilen von Wahlerfolg zu Wahlerfolg." Die AfD gehe dort „forscher zur Sache. Sie scheint auch patriotischer und volksnäher ausgerichtet zu sein. Wohl zu forsch, patriotisch, volksnah und erfolgreich für alte Seilschaften."

Vom Osten lernen...

Die „Gemäßigten" hatten derweil einen neuen Hoffnungsträger gefunden: MdB Lucassen sollte es richten. Rasch machte er deutlich, dass es mit ihm künftig nicht mehr zwei, sondern nur noch einen Landessprecher geben werde. Verantwortung sei nicht teilbar, betonte der Ex-Soldat. Der Landesverband habe es bisher nicht geschafft, so klagte er kasernenhofgeschult, „die eigenen Reihen zu schließen und unsere gesamte Energie auf den politischen Gegner zu werfen".
Röckemann fühlte sich derweil „wie entfesselt", seit die neun gegnerischen Vorstandsmitglieder das Weite gesucht hatten. Sein Rumpfvorstand — den die andere Seite ein wenig despektierlich „Resterampe" nannte — lud zu einer Reihe von Werbeveranstaltungen ein.

„Wende West! Wie gewinnen wir NRW?" war der Titel eines solchen Treffens in Hürth im Rhein-Erft-Kreis. Während die AfD in den neuen Bundesländern längst „zur legitimen Volkspartei" avanciert sei, liege sie im Westen bei rund zehn Prozent, konstatierten die Organisatoren in ihrer Einladung, um die Frage anzuschließen: „Was können wir also von den mitteldeutschen Landesverbänden lernen, um ähnliche Erfolge zu erzielen?" Vom Osten lernen, heißt siegen lernen, hoffte der „Flügel".
In den Wochen vor dem Kalkarer Parteitag rüsteten beide Lager zum Kampf um die Macht. Auch der Bundesvorstand schaltete sich ein. Unter Androhung der Amtsenthebung verlangte er statt der satzungsrechtlich zulässigen Nachwahl nur für die vakant gewordenen Positionen eine komplette Neuwahl. Röckemann und Lucassen tingelten fortan durchs Land, um Unterstützer zu sammeln. Veranstaltungen des Landesverbandes gerieten unübersehbar zu Werbeevents für Röckemann & Co.. Hochglanzbroschüren des Vorstands sahen aus, als seien sie Teil einer Imagekampagne.

Fingerzeig aus Berlin

Andererseits wirkten „Bürgerdialoge", zu denen Abgeordnete aus Bund und Land eingeladen hatten, wie Werbeveranstaltungen für den Oberst a. D. Bei einem dieser „Dialoge" mit Lucassen war sogar Meuthen zu Gast. Es war ein deutlicher Fingerzeig, wen sich die Parteiführung in Berlin an der Spitze in NRW wünschte — zumal sich der AfD-Chef ohnehin um optischen Abstand zu Höcke bemüht.
Dessen „Flügel" ist in einer komplizierten Situation. Einerseits haben es seine Organisatoren verstanden, die eigenen Strukturen in den Westen auszudehnen. Andererseits schadet es ihm enorm, dass der Verfassungsschutz den „Flügel" zum „Verdachtsfall" und die gesamte Partei zum „Prüffall" erklärt hat. Sogar Partei- und Fraktionschef **Alexander Gauland** empfiehlt mittlerweile die rhetorische Abrüstung. Die Partei sei nicht gegründet worden, um „einen Raum zu schaffen, in dem jeder alles sagen kann", mahnte er. Man müsse sich auch mal „auf die Lippe beißen".
Am Ende des parteiinternen Wahlkampfs zeigte sich in Kalkar, dass sich trotz aller Anstrengungen an den Mehrheitsverhältnissen im letzten Vierteljahr kaum etwas geändert hat. In Warburg hatten 61,3 Prozent der Delegierten gegen den Restvorstand votiert. Nur 38,7 Prozent hatten ihn unterstützt. Als drei Monate später nun in Kalkar der neue Vorsitzende gewählt wurde, votierten knapp 60 Prozent für Lucassen, knapp 40 Prozent für Röckemann.

Durchmarsch

Etwas hat sich freilich geändert in NRW. Seit 2015 war es dort üblich, dass auch Vertreter der quantitativ nicht eben unbeachtlichen Minderheit in die engere Parteispitze gewählt wurden. Diesmal aber wurde von der Mehrheit „durchgewählt". Neben Lucassen amtieren als stellvertretende Sprecher **Matthias Helferich** aus Dortmund, das Münsteraner Ratsmitglied **Martin Schiller** sowie der Unnaer Kreisvorsitzende **Michael Schild**. Sie alle hatten auf der Liste gestanden, die im Vorfeld als Wunschriege der „Gemäßigten" verbreitet wurde. Mit **Verena Wester**, Jürgen Spenrath und **Daniel Zerbin** unterlagen die drei Vize-Kandidaten aus Röckemanns Truppe. Auch die anderen Mitglieder der neuen Landesspitze, Schatzmeister **Heinz Burghaus**, seine Stellvertreterin **Nicole Scheer**, Schriftführer **Michael Schlembach** sowie die Beisitzer **Heliane Ostwald**, **Fabian Jacobi**, **Petra Schneider**, **Knuth Meyer-Soltau** und **Andreas Keith**, hatten allesamt zum „Team Lucassen" gehört.
Nur verbal und sehr dosiert versuchte Lucassen die Distanz zu den „Flügel"-Kräften in NRW nicht allzu groß werden zu lassen. „Der sogenannte Flügel ist nicht das Problem", betonte er in seiner Bewerbungsrede, schränkte aber ein: Der Versuch, den Osten zu kopieren, sei falsch und zeuge von Naivität. Er wolle „alle berechtigten Strömungen" vertreten, sagte er, ohne weiter auszuführen, wann genau aus seiner Sicht Strömungen ihre Berechtigung verlieren.
Dabei könnte der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion eigentlich auch „Flügel"-Leuten gefallen. Vor einigen Monaten stellte der AfD-„Arbeitskreis Verteidigung" mit dem Oberst a. D. an der Spitze seine militärpolitischen Vorstellungen vor. Dazu zählen eine kräftige Vergrößerung der Bundeswehr, die auch im Inland eingesetzt werden könnte, ein neues Reservistenkorps mit 50.000 Soldaten, unter anderem zum Grenzschutz, ein Generalstab und eine eigene Militärjustiz. „Deutschland erhebt Anspruch auf eine militärische Führungsrolle in Europa", heißt es in dem Papier, in dem man die Stichworte Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung vergeblich sucht. Stattdessen geht es den AfD-Militärs um die „Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld" und eine alljährliche „Hauptstadt-Parade". Hochrüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft: In der AfD haben sie — auch dank Lucassen — eine neue Heimstatt gefunden.
Zur innerparteilichen Befriedung dürfte sein neuer Vorstand gleichwohl nicht beitragen können. Lucassen habe nun hundert Tage Zeit, sagte Röckemann nach der Wahl. „Dann fragen Sie mich nochmal." Es klingt so, als würde er dem neuen Vorsitzenden nur eine Schonfrist einräumen, ehe der Streit dann doch weitergeht.

Credits: Frank Egel

Von Florian Schubert

Denunziation und Einschüchterung

Schulen im Fokus der AfD

Die AfD führt einen Kulturkampf von rechts, bei dem alles angegriffen und bekämpft wird, was dem politischen Gegner zugeordnet wird. Neben Einrichtungen der Sozialen Arbeit, Theatern und Stadteilkulturläden sollen vor allem Schulen unter Druck gesetzt werden. Ziel der AfD ist es, ihre Gegner_innen zum Schweigen zu bringen.

Die AfD vertritt eine elitär ausgerichtete Bildungspolitik. In Rheinland-Pfalz forderte sie im September beispielsweise, das dreigliedrige Schulsystem wiederherzustellen. In wenigen europäischen Ländern bestimmt die soziale Herkunft so stark über den späteren Bildungsabschluss wie in Deutschland. Ein dreigliedriges Schulsystem zementiert die soziale Undurchlässigkeit. Die Partei lehnt auch die Inklusion von Kindern mit Behinderungen an Regelschulen ab. Viele die Schulen betreffende parlamentarische Initiativen der AfD haben aber nicht die großen bildungspolitischen Fragen zum Thema. In NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen fragte die AfD nach der Höhe des Anteils von Schüler_innen mit Migrationshintergrund und verknüpfte dies zum Teil mit der Frage nach bekannten Vorfällen von gewalttätigem Verhalten. In NRW brachte die Partei sogar einen Antrag in den Landtag ein, der forderte, den „Migrantenanteil" in Schulkassen zu begrenzen.

Vor allem nutzt die AfD aber die parlamentarischen Möglichkeiten, um Druck auf diejenigen Schulen, Lehrer_innen und Schüler_innen auszuüben, die sich kritisch mit der AfD auseinandersetzen oder antirassistische Positionen offen vertreten. So forderte der AfD Kreisverband Alzey-Worms, auf Landes- und Bundesebene die Zusammenarbeit mit dem Verein *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* aufzukündigen. Für sie sei „Schule ohne Rassismus" in Wahrheit „Schule gegen Demokratie". Aus Sicht der AfD in Sachsen-Anhalt betreibe das Schulnetzwerk „linke Indoktrination, Meinungs- und Gesinnungsdiktatur". Der dortige AfD-Fraktionschef **Oliver Kirchner** ist der Meinung: „Politik hat an

den Schulen wenig zu suchen. " Er sagt: „Wir verwehren uns gegen eine Vermischung von Politik und Schule."
Ziel der Anfragen ist Verunsicherung. Schulen und Lehrer_innen, die sich gegen die AfD stellen, sollen fürchten, dass die Anfragen Konsequenzen nach sich ziehen. So sind aus Nordrhein-Westfalen und Bremen Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrer_innen bekannt, die sich im Unterricht kritisch mit den Positionen der AfD auseinandergesetzt haben sollen.

Vorreiterrolle Hamburg

Im September 2018 schaltete die AfD Hamburg die bundesweit erste Plattform zur Denunziation unliebsamer Lehrer_innen frei. Mehrere Landesverbände folgten dem Vorbild aus Hamburg, zeitweilig gab es neun Portale. Zuletzt ging in Mecklenburg-Vorpommern eines mit dem Namen „Neutrale Schule" an den Start, das aber kurze Zeit später vom Landesdatenschutzbeauftragten verboten wurde. Es war das erste Verbot einer solchen Meldeplattform.
Auf den Plattformen sollen angebliche Verstöße gegen die „politische Neutralität" anonym gemeldet werden können. Darüber hinaus sollen Schulen und Lehrer_innen denunziert werden, die sich (im Unterricht) kritisch mit der AfD auseinandersetzen: Es geht auch hier um Einschüchterung. Die AfD stellt Lehrer_innen unter den Generalverdacht der „politischen Indoktrination".
In Hamburg hat die AfD seit ihrem Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft mittlerweile mehrere Dutzend kleine und große Anfragen mit ähnlicher Stoßrichtung gestellt. Schulen werden angegangen, die bei politischen Veranstaltungen die AfD nicht eingeladen haben. Auch Veranstaltungen in Schulen, in denen sich kritisch oder gar ablehnend mit von der AfD vertretenen Positionen auseinandergesetzt wird, stehen im Fokus. Der Vorwurf ist stets fehlende „politische Neutralität". Zuletzt traf es im September eine Schule, an der auf einer Veranstaltung einer GEW-Betriebsgruppe die Notwendigkeit antifaschistischer Politik betont wurde.
Die Anfragen der AfD wurden in Hamburg von der Schulbehörde lange Zeit ablehnend und einsilbig beantwortet. Diese Praxis hat sich 2019 verändert. Am 1. März wurde von der AfD eine Anfrage mit dem Titel „Verfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten an der Ida Ehre Schule unter Duldung des Lehrerkollegiums und der Schulleitung" gestellt. Die Schulbehörde antwortete eine Woche später, dass es Schüler_innen freistehe, ihre politischen Ansichten im Unterricht zu äußern. Gleichzeitig sei jedoch politische Werbung an Schulen unzulässig. Diese Sichtweise nahm die Schulbehörde zum Anlass, eine Begehung des Schulgebäudes vorzunehmen. Es wurde angeordnet, antifaschistische Aufkleber entfernen zu lassen und das Kollegium der Schule verdonnert, sich mit der Thematik auf Konferenzen zu befassen. Interessanterweise fand die Begehung in den Hamburger Frühjahresferien statt, so dass Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern erst nach den Ferien von dem Vorgehen der Schulbehörde, zumeist aus der Presse, erfuhren. Tatsachen wurden geschaffen, ohne dass das Kollegium eine Chance zu reagieren hatte.
Die AfD erklärte einen Tag nach Schulbeginn triumphierend, ein „linksextremistisches Netzwerk an der Stadtteilschule" aufgedeckt zu haben. Zeitgleich titelte das *Hamburger Abendblatt*: „Linksextremisten agieren ungestört an Schule". Im Artikel wurden Schüler_innen als gewaltverherrlichend und Lehrer_innen als naiv oder als Extremismus-Befürworter_innen dargestellt: „Extremismus für eine gute Sache." Die Zeitung übernahm damit die Rhetorik der AfD, ohne mit der Schule, Lehrer_innen oder Schüler_innen im Vorfeld Kontakt aufgenommen zu haben. Über mehrere Tage beherrschte denunziatorische Berichterstattung im Sinne der AfD die Medien und setzte die Schule massiv unter Druck. Die Schulbehörde wiederum schwieg. Erst eine breite Solidaritätskampagne von Schulen, Schüler_innen, Lehrer_innen und diversen anderen Personen und Organisationen sowie eine Demonstration mit 3.000 Menschen waren in der Lage, das Bild in der Öffentlichkeit wieder zugunsten der Schule zu verändern.

Normalisierungsgewinne

Die AfD versucht mit ihren Angriffen und Grenzüberschreitungen bundesweit das diskursive Klima in ihrem Sinne zu verändern. Die AfD-Fraktion in Hamburg übernahm beim Meldeportal eine Vorreiterrolle. Mit der Hilfe von Kleinen und Großen Anfragen sowie mit Dienstaufsichtsbeschwerden will die AfD Einfluss auf den Unterricht und die politische Meinungsbildung an Schulen nehmen. Dies scheint momentan der erfolgreichere Weg als die Meldeportale zu sein. Bei einem Treffen aller Landtagsfraktionen der AfD im September 2018 wurde daher beschlossen, dieses Vorgehen zukünftig verstärken zu wollen. Vorreiter sollten die Landesverbände Sachsen-Anhalt und Brandenburg sein. Erschreckend sind die Normalisierungsgewinne, die die AfD mit ihrer Strategie erzielt. Die Einschüchterungsversuche wirken gerade auf Behörden und Verwaltung: Um Ärger zu vermeiden, macht man sich selbst zum Erfüllungsgehilfen der AfD. Das Ziel der AfD ist klar: Was ihr nicht gefällt, soll einfach verboten werden.

Von Felix Blankenstein

Timm K. — „YouTube"-Star

Ein stets bemühter rechter Medienmacher

2010 schied der ehemalige Polizist aus dem aktiven Dienst aus, seitdem versucht er sich als Publizist. Timm Kellner aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe, NRW) ist ein rechter Medienaktivist, relativ erfolgreicher „YouTuber" und Präsident seines eigenen Motorradclubs.

Nachdem Kellner nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016 eine wachsende Anhänger_innenschaft auf *Facebook* gesammelt hatte, startete er Mitte 2016 als „Tim K." seinen *YouTube*-Kanal. Veröffentlichte er in den ersten anderthalb Jahren nur acht Videos, erhöhte sich ab 2018 die Schlagzahl stark. Im Schnitt lädt er jeden zweiten Tag einen Beitrag hoch, manchmal sogar bis zu drei Videos am Tag. Jedes Video hat um die 130.000 Klicks, sein Kanal derzeit 170.000 Abonnent_innen. Im Vergleich mit anderen rechten *YouTuber*_innen ist das eine enorme Reichweite (vgl. LOTTA #73, S. 14—16).

Timm Kellners Perspektive auf die Welt ist einfach. Er reproduziert die von antisemitischen Verschwörungstheorien, Rassismus und der Ablehnung der repräsentativen Demokratie geprägten Basisnarrative der extremen Rechten: Deutschland sei bedroht und befinde sich im Kriegszustand. Regierung und „Altparteien" mit **Angela Merkel** an der Spitze forcierten dies, gelenkt durch dunkle Mächte im Hintergrund. Und das „deutsche Volk" setze sich, gelähmt durch den „Schuldkult", nicht zur Wehr gegen eine „Invasionsarmee" aus Flüchtlingen. Kellners Ziel ist die „Rückabwicklung des Systems Merkel". Dazu brauche es Druck von der Straße, an Wahlen glaubt er nicht.

Verantwortlich für Kellners Reichweite dürfte sein Konzept sein: Er kommentiert tagespolitische Themen und liefert eine hohe Publikationsfrequenz. Seine Ansprache ist weder empört noch aggressiv. Kellner spricht ruhig, transportiert seine menschenverachtenden Inhalte aber mit zynischem Unterton, den er selbst wohl als Satire bezeichnen würde. Ein Erfolgsfaktor dürfte außerdem in seiner „schillernden" Biografie als Ex-Polizist und Rocker-„Outlaw" liegen.

Kellner arbeitete lange als Polizist im Kreis Lippe, wies aber eine Nähe zum Rocker- und Rotlichtmilieu auf, was schließlich zu seiner Suspendierung und einer Verurteilung wegen Körperverletzung führte. Doch Kellner sah sich als Opfer und veröffentlichte 2011 seine hollywood-artig inszenierte Sicht der Dinge in einem Buch, was ihm kurzzeitig mediale Aufmerksamkeit bescherte. Vier Jahre später schrieb er ein zweites Buch, in dem er eine Verschwörung in den Reihen der Polizei aufgedeckt haben will. Inzwischen ist sein zehntes Buch erschienen, das er als dritten Teil seiner Autobiographie versteht. Stilistisch erreichen seine Bücher kaum die Qualität von Manuskripten pathetischer Hobbyautor_innen, was sich auch in den Bewertungen des inhaltlich zugeneigten Publikums niederschlägt.

2015 gründete Kellner den 1%-Motorradclub *Brothers MC Germany* mit. Sein eigenes Chapter, der *Brothers MC Salt City*, benannt in Anlehnung an den Gründungsort Bad Salzuflen, wurde 2017 aus dem bundesweit organisierten Club ausgeschlossen. Das Verhältnis zu seinen ehemaligen Club-Kollegen ist angespannt. Nach Angaben Kellners sollen mehrere Dutzend Rocker im Herbst 2017 versucht haben, das Clubhaus des *Brothers MC Salt City* in Horn-Bad Meinberg zu überfallen. Politisch positioniert

Screeshot „YouTube“

Timm Kellner inszeniert sich als patriotischer Outlaw.

sich Kellners Motorrad-Club eindeutig rechts. Mitglieder des Clubs begleiten ihn auf öffentlichen Veranstaltungen, wo sie wie seine Bodyguards auftreten.

Vom Netz auf die Straße?

Im Juli 2018 kündigte Kellner in einem Video die Gründung einer Organisation namens *Für die Eigenen* an. In einer Rede bezeichnete er sie als „außerparlamentarische Sammelbewegung“, deren Ziel es sei, die AfD zu unterstützen. Auf der offiziellen Homepage steht nichts von diesem Ziel, dort wird vom Einsatz für „echte Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit“ gesprochen. Tatsächlich handelt es sich bei Kellners „Liste“ lediglich um einen E-Mail-Verteiler und ein Label, das nur er selbst benutzt.

Nachdem Kellner 2018 zweimal als Gastredner auf rechten Demonstrationen aufgetreten war, organisierte er im Frühjahr 2019 drei Mahnwachen in Paderborn, an denen jeweils zwischen 50 und 120 Personen teilnahmen. Unter den Teilnehmenden befanden sich am 1. Juni 2019 auch der ehemalige HDJ-Kader **Gerd Ulrich**, seine Frau **Anna-Marie Ulrich** sowie der völkische Kleinverleger **Burkhart Weecke**. Kellner sieht sich und seine Mahnwachen in einer Leuchtturmfunktion für eine deutschlandweite Bewegung. Tatsächlich ist Gegenteiliges der Fall: Nach wenigen Veranstaltungen, die keinen relevanten Zuwachs verzeichnen konnten, scheint Kellner das Projekt begraben zu haben.

Verhältnis zur AfD

Kellners Verbindungen zur ostwestfälischen AfD hingegen gehen über Lippenbekenntnisse hinaus. Engen Kontakt hat er zu **Matthias Tegethoff**, dem stellvertretenden Sprecher des AfD-Kreisverbandes Paderborn. Tegethoff ist Vorsitzender des AfD-nahen Vereins *Alternativer Kulturkongress* (vgl. LOTTA #72), der bislang gut ein Dutzend Veranstaltungen in Ostwestfalen-Lippe durchführte, bei denen Vertreter des „Flügels“ wie **Björn Höcke** oder **Andreas Kalbitz** zu Gast waren. Bei einer Podiumsdiskussion im Juni mit dem Titel „Medienkrieg — Feldzug gegen die Meinungsfreiheit“ saß auch Kellner auf dem Podium. Mit ihm diskutierten **Christian Blex**, AfD-Landtagsabgeordneter und „Flügel“-Vertreter, der Medienanwalt **Christian Stahl** und **Michael Stürzenberger** (*Pax Europa*). Außerdem hat Kellner Anfang des Jahres drei Videos mit Tegethoff unter dem Reihentitel „Polit-Talk“ veröffentlicht. Bemerkenswert ist, dass mindestens eines der Videos von **Pierre Jung**, Sprecher der AfD Hamm, produziert wurde und dass das dafür notwendige Equipment zumindest teilweise mit Geldern aus der AfD finanziert wurde. Jung kündigte zudem an, Videos auf Kellners Medienplattform *Profortis Deutschland* zu veröffentlichen.

„Profortis Deutschland“

Profortis Deutschland soll die Veröffentlichung von Inhalten ermöglichen, die auf anderen Plattformen Gefahr laufen, gelöscht zu werden. Nachdem Kellner über Monate den Start des Projekts angekündigt und massiv Spenden eingeworben hatte, ging die bis heute stark improvisiert und unübersichtlich wirkende Seite im August 2019 als *Prometheus Deutschland* online. Den Namen änderte er im September nach einer Klageandrohung in *Profortis*. Von großen Ankündigungen wie der Entwicklung einer App oder der täglichen Produktion von Nachrichtensendungen ist bisher nichts realisiert. Auch wenn es inzwischen mehrere hundert Profile geben dürfte, stammen die meisten Beiträge von Kellner selbst und einer Handvoll „Poweruser_innen“, darunter die Nutzerin „Marsi“, deren Account schon einen Monat, bevor *Profortis* online ging, erstellt wurde und deren Inhalte und Sprache denen Kellners ähneln. Bislang kann *Profortis Deutschland* nicht an die Reichweite von Kellners *YouTube*-Kanal anknüpfen und bietet keine Inhalte, die nicht auch über soziale Netzwerke abzurufen wären. Die Plattform könnte eine ähnliche Zukunft haben, wie andere Projekte von Kellner. Diese verliefen im Sand, weil sie konzeptlos waren oder es ihnen an Vernetzung mangelte.

Credits: geisheimer/attenzione-photo.com

Besorgte Hooligans gegen Gewalt am 8. September 2019 in Mönchengladbach.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2019

Nachgereicht aus dem zweiten Quartal 2019

Vier seiner wie gewohnt „glorreichen" Minikundgebungen mit einstelliger TeilnehmerInnenzahl führte der Kreisverband Rhein-Erft der Partei *Die Rechte* im Vorfeld der Europawahlen im **Rhein-Erft-Kreis (NRW)** durch: am **13. April 2019** in **Kerpen**, am **3. Mai 2019** in **Elsdorf**, am **11. Mai 2019** in **Bedburg** und am **18. Mai 2019** in **Bergheim**.

Währenddessen offenbar wieder aufgegeben haben Dominik Roeseler (*Mönchengladbach steht auf e.V.*) und seine MitstreiterInnen das Aktionsformat *Gelbe Westen Mönchengladbach*.

Zum fünften und einstweilig letzten Mal gingen die *Gelben Westen* am **5. Mai 2019** mit etwa 30 Personen in **Mönchengladbach** auf die Straße.

An einer Kundgebung von *NRW stellt sich quer* und *NRW schaut nicht weg* vor der „Facebook-Löschzentrale" in **Essen (NRW)** beteiligten sich am **25. Mai 2019** etwa 15 bis 20 Personen.

Am **18. Mai 2019** veranstaltete die AfD in **Gütersloh (Kreis Gütersloh/NRW)** als „Wahlkampffinale OWL" eine Kundgebung mit etwa 180 Personen.

Am **14. Juni 2019** führte der AfD-Kreisverband Paderborn eine etwa 100-köpfige Kundgebung unter dem Motto „Alle reden vom Wetter — wir gestalten Politik" in **Paderborn (Kreis Paderborn/NRW)** durch.

„Abendlandretter" und Hooligans „gegen Gewalt"

Das *Frauenbündnis Kandel*, zumeist vertreten durch Marco Kurz, hat seine monatlichen Aktionen nach **Landau (RLP)** verlegt. Dort führte es am **6. Juli 2019**, **3. August 2019** und **7. September 2019** Demonstrationen durch, mobilisiert werden konnten zwischen 80 und 110 Personen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt im Nachhinein der Redner Klaus Hochscheid, der als aktiver Bundespolizist beschäftigt ist.

Von der Polizei gestoppt wurde am **24. Juli 2019** eine nicht angemeldete, etwa 100-köpfige Demonstration „besorgter Bürger" und rechter Hooligans in **Mülheim an der Ruhr (NRW)**. Anlass

der Aktion war eine Vergewaltigung einer jungen Frau durch fünf Jugendliche mit Migrationshintergrund.
Seit Mitte August 2019 führen nun auch in **Herne (NRW)** wöchentlich „besorgte Bürger", darunter auch Neonazis und viele rechte Hools, nach Essener Vorbild „Spaziergänge" durch. Am **6. August 2019** waren es um die 25, am **13. August 2019** etwa 60, am **20. August 2019** etwa 140, am **27. August 2019** etwa 135, am **3. September 2019** und **10. September 2019** jeweils etwa 80, am **17. September 2019** etwa 70 und am **24. September 2019** etwa 65 Personen.
Am **8. September 2019** demonstrierten in **Mönchengladbach (NRW)** um die 700 extrem Rechte unter dem Motto „Stoppt die Gewalt!" (anfangs „Fremde Täter. Einheimische Opfer. Stoppt die Gewalt!"). Anlass war die bundesweit Entsetzen auslösende Tat eines psychisch kranken Mannes, der am 29. Juli 2019 im Frankfurter Hauptbahnhof eine Frau und deren Kind vor einen Zug gestoßen hatte. Aufgerufen hatte mit fünf Wochen Vorlauf der Verein *Mönchengladbach steht auf e.V.* um Dominik Roeseler. 22 weitere mehr oder weniger real existierende Gruppierungen schlossen sich an. Etwa die Hälfte der Teilnehmenden war der rechten Hooligan-Szene zuzurechnen.
In den Wochen zuvor hatte es aus gleichem Anlass eine Vielzahl kleinerer demonstrativer Aktionen gegeben: Am **30. Juli 2019** gingen in **Essen (NRW)** die zur *First Class Crew* gehörenden *Huttroper Jungs* aus „Solidarität mit dem kleinen 8-jährigen Jungen aus Frankfurt" mit etwa 50 Personen auf die Straße. Am selben Tag fand eine rechte „Mahnwache" mit etwa 25 Personen, darunter Heidi Mund, Henryk Stöckl sowie Personen aus NPD, AfD und dem extrem rechten Gießener „Gelbe Westen"-Spektrum, am Hauptbahnhof **Frankfurt (Hessen)** statt.
Am **1. August 2019** („Trauerzug für den getöteten 8-jährigen Jungen aus Frankfurt") erhöhte sich die Zahl der Teilnehmenden am seit April 2018 wöchentlich stattfindenden „Spaziergang" der *Steeler Jungs* durch **Essen**-Steele auf ungefähr 350, unter ihnen auch Parteifunktionäre der *Die Rechte*.
Am **2. August 2019** wurde in **Köln (NRW)** — organisiert von Personen aus dem Umfeld des *Begleitschutzes Köln* — eine Kundgebung mit um die 200 Personen durchgeführt. In **Aachen (NRW)** blieb es am selben Tag bei unter zehn Teilnehmenden. Am Abend des **3. August 2019** führte der NRW-Landesverband der NPD eine etwa 25-köpfige Kundgebung in **Neuss (Rheinkreis Neuss/NRW)** durch, am selben Tag hatte bereits *NRW schaut nicht weg* eine „Mahnwache" mit etwa 60 TeilnehmerInnen in **Düsseldorf (NRW)** durchgeführt. Am **4. August 2019** folgten dann weitere Mahnwachen/Kundgebungen in **Duisburg (NRW)** mit etwa 25, **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein)** mit etwa 80 sowie **Frankfurt** — von der NPD veranstaltet — mit etwa 15 Personen. Mit etwas Verzögerung schafften es dann am **6. August 2019** auch noch 15 Personen vor den Hauptbahnhof **Gießen**, aufgerufen hatte eine Einzelperson aus dem lokalen „Gelbe Westen"-Spektrum.
Am **25. August 2019** trauerte *NRW schaut nicht weg* in **Iserlohn (Märkischer Kreis/NRW)** im Rahmen einer „Mahnwache" mit etwa 25 Personen „um die zwei Menschen, die von einem Mann mit Messer am Bahnhof getötet wurden".
Eine weitere Trauerversammlung fand anlässlich des ersten Todestags des HoGeSa-Mitbegründers „Captain Flubber" mit etwa 40 Personen am **22. September 2019** in **Mönchengladbach (NRW)** statt, organisiert vom Verein *Mönchengladbach steht auf e.V.* um Dominik Roeseler.

„Der III. Weg", „Die Rechte" und die NPD

Eine „Kundgebung gegen den CSD" und „für den Erhalt der Familie" führte zum wiederholten Male die Partei *Der III. Weg* am **27. Juli 2019** in **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein/NRW)** durch. Es nahmen etwa 15 Personen teil. Die Neonazi-Partei vermeldete zudem, sie habe am **6. August 2019** in **Kreuztal (Kreis Siegen-Wittgenstein)** eine Kundgebung durchgeführt, um „allen Bürgern in Kreuztal zum wiederholten Male eine Anlaufstelle" zu bieten, „um sich über die Ziele und Standpunkte unserer jungen Partei zu informieren". Es nahmen weniger als zehn Personen teil. Nicht mehr waren es am **25. August 2019** in **Olpe (Kreis Olpe/NRW)** unter dem Motto „Multikulti tötet" aus Anlass einer zeitgleichen interkulturellen Veranstaltung von *Willkommen in Olpe* und am **19. September 2019** in **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein/NRW)**, wo *Der III. Weg* Präsenz zeigen wollte: „Trotz der Tatsache, dass nationale Politik zumeist eher im ländlichen Raum auf fruchtbaren Boden trifft, gilt es im konsequenten Kampf um unsere Heimat auch immer wieder in größere Städte vorzustoßen."
Am **20. Juli 2019** folgten ungefähr 120 Neonazis dem Aufruf der Partei *Die Rechte* nach **Kassel (Hessen)**. Anlässlich der Berichterstattung über den Mordfall Lübcke demonstrierte die Partei hier unter dem Motto „Schluss mit Pressehetze und Verbotsphantasien". Anlässlich des 32. Todestages von Rudolf Heß mobilisierte *Die Rechte* am **17. August 2019** exakt 39 Neonazis nach **Ingelheim (Landkreis Mainz-Bin-**

gen/RLP), um dort unter dem Motto „Mord verjährt nicht! Gebt die Akten frei!“ zu demonstrieren. Am **23. August 2019** versammelten sich etwa 80 Neonazis in **Dortmund** zu einer Kundgebung der *Die Rechte* anlässlich des Jahrestags des Verbots des *Nationalen Widerstands Dortmund* 2012. Zu einer antiziganistischen „Kundgebung für die Wiederherstellung der Sicherheit in Horn-Bad Meinberg“ lud der ostwestfälische Kreisverband der *Die Rechte* für den **24. August 2019** nach **Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe/NRW)**. Es nahmen etwa 15 Neonazis teil.

Nachdem sechs Tage zuvor das „Nazi-Kiez“-Graffito in Dortmund-Dorstfeld unter Polizeischutz übermalt worden war, führte der Dortmunder Kreisverband *Die Rechte* gleich mehrere Kundgebungen unter dem Motto „Sicherheit für Dortmund — statt billiger PR in Dorstfeld“ durch. Etwa 50 Neonazis versammelten sich am **12. September 2019** vor dem **Dortmund**er Hauptbahnhof, am **13. September 2019** fanden sich um die 50 Teilnehmende auf dem **Dortmund**er Nordmarkt ein, und etwa 40 Personen beteiligten sich am **14. September 2019** an einer Kundgebung am **Dortmund**er Sonnenplatz. Unter dem Motto „Jetzt erst recht! Nordstadt-Demo!“ führte *Die Rechte* in **Dortmund** dann am **20. September 2019** eine Demonstration gegen „Überfremdung und Polizeiwillkür“ mit etwa 80 Personen durch die Nordstadt durch. Eine Minikundgebung, bei der eine „ansteigende Ausländerkriminalität“ und die „Inhaftierung der 90-jährigen Dissidentin Ursula Haverbeck“ thematisiert wurden, führte der Kreisverband Rhein-Erft der *Die Rechte* mit weniger als zehn Teilnehmenden am **21. September 2019** in **Bergheim (Rhein-Erft-Kreis/NRW)** durch. „Für Recht und Ordnung“ und erneut „gegen den Zuzug mehrerer hundert Roma (im Volksmund oft als ‚Zigeuner‘ bezeichnet)“ demonstrierte *Die Rechte* am **28. September 2019** in **Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe/NRW)** — dieses Mal mit etwa 30 Teilnehmenden. Mit einer etwa 15-köpfigen Kundgebung demonstrierte *Die Rechte* am **29. September 2019** in **Kerpen (Rhein-Erft-Kreis/NRW)** unter dem Motto „Keine Freiräume für Linksextremisten“ gegen das Stattfinden einer Informationsveranstaltung („Hetzvortrag“) über die extreme Rechte im Kreis Rhein-Erft. Am **30. September 2019** demonstrierte der **Dortmund**er Kreisverband der *Die Rechte* unter dem Motto: „Dran bleiben: Nordstadt-Demo — Unsere Solidarität gegen ihre Repression“ mit zirka 70 Teilnehmenden durch die Nordstadt. Angekündigt war die Demonstration als „erste Dortmunder Montagsdemo“. Bis Weihnachten sind an allen Montagen weitere Aktionen angemeldet.

Als „unglaubliche Provokation“ empfand die hessische NPD die Ankündigung, dass der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Michel Friedman, als Ehrengast zur „Demokratiekonferenz“ am **12. September 2019** in **Büdingen (Wetteraukreis/Hessen)** eingeladen wurde. Deshalb führte die Partei an diesem Tag mit zehn Personen eine Kundgebung „gegen linke Meinungsdiktatur“ durch.

Alles weitere

Seit dem **14. August 2019** finden in **Seligenstadt (Landkreis Offenbach/Hessen)** jeweils mittwochs rechte Kundgebungen gegen die örtlichen Seebrücke-Kundgebungen statt. Waren es in den ersten beiden Wochen nur jeweils etwa zwölf Personen, so wuchs die Zahl der Teilnehmenden, die sich unter dem Titel „Seligenstadt ist bunt genug“ versammeln, bis Ende September auf etwa 80 Personen an.

Am **24. August 2019** kamen etwa 120 Personen nach **Fulda (Hessen)** zum „1000 Kreuze für das Leben“-Marsch. Aufgerufen hatte *EuroProLife* („Europäische Stimme der ungeborenen Kinder“), dessen Vorsitzender Wolfgang Hering auch als einziger Redner auftrat. Zwei Wochen später war **Fulda** dann Ziel der „Nationalwallfahrt“ der *Piusbruderschaft*, in deren Rahmen am **7. September 2019** ein etwa 450-köpfiger Marsch stattfand.

Ihre „Deutschland-Tour zur Aufklärung über Politischen Islam“ („den großen Teil des Gesamt-Islams“) startete der Verein *Bürgerbewegung Pax Europa e.V.* (BPE) um Michael Stürzenberger am **29. August 2019** mit einer Kundgebung unter dem Motto „Widerstand gegen Moscheebau“ in **Neuenrade (Märkischer Kreis/NRW)**. Am **30. und 31. August 2019** folgten weitere Kundgebungen in **Solingen (NRW)** und **Bochum (NRW)**, in Solingen in Kooperation mit dem dortigen AfD-Stadtverband. Bei derartigen One-Man-Shows sucht der redegewandte Stürzenberger, begleitet von in der Regel nicht mehr als zehn Personen (aufgrund der Kooperation mit der AfD waren es in Solingen etwa 30), teilweise nicht ohne Erfolg, über mehrere Stunden den offenen verbalen Schlagabtausch („Diskussion“) mit teilweise zahlreichen Neugierigen, auch mit Kritikerinnen und Kritikern, während der organisierte Gegenprotest von der Polizei auf Abstand gehalten wird.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf der Bühne

Im Rahmen der von der NPD organisierten „Tage der Nationalen Bewegung" am 5. und 6. Juli traten 2019 unter anderem *Oidoxie* und *Sturmwehr* vor etwa 1.000 Teilnehmenden im thüringischen Themar auf. Da *Sturmwehr* schon am Freitag Lieder mit verbotenem Inhalt spielte, brach die Polizei deren Auftritt ab. Bei einem vom NPD-Kreisverband Westpfalz organisierten Liederabend am 18. Juli 2019 trat **Frank Rennicke** im rheinland-pfälzischen Pirmasens auf. Das Geburtstagskonzert für **Philipp Neumann**, den Sänger von *Flak*, mit *Frontalkraft* und *Flatlanden* (NL), das ursprünglich im *Goldenen Löwen* in Kloster Veßra stattfinden sollte, fand am 20. Juli 2019 im *Flieder Volkshaus* in Eisenach statt. Für den 3. August 2019 war eine „Geburtstagsfeier" mit *Kriegstreiber, Frontfeuer, Fylgien* und *Renitenz* im Ruhrgebiet angekündigt. **Martin Böhne** von *Sturmwehr* trat am 24. August 2019 in Eisenach auf einem Liederabend zugunsten krebskranker Kinder auf. Ein zuerst für den Raum Frankfurt angekündigter Liederabend mit *Kategorie C* am 31. August 2019 fand nach einer Verlegung des Events schließlich in Hungen-Villingen im Landkreis Gießen statt. Am gleichen Tag spielte **Marko Gottschalk** als *Oidoxie solo* beim Sommerfest der NPD MV in Grevesmühlen. Am 8. September 2019 trat **Michael Regener** aka *Lunikoff* in Köln, am Tag danach im Raum Dortmund auf. Der Neonazi-Rapper *Makss Damage* und der Liedermacher *Studio 3* aus dem Siegerland traten am 28. September 2019 im Rahmenprogramm des Parteitags des Der *III. Weg* in Kirchheim (Thüringen) auf. Nachdem die für den 14. September 2019 in Themar groß angekündigte „Kundgebung" mit bekannten Rechts-Rock-Bands wie *Kraftschlag, Sturmwehr, Mistreat* (FIN), *Unbeliebte Jungs* und *Burning Hate* abgesagt wurde, fand als Ersatz ein Liederabend mit *Flak* und **Axel Schlimper** in der Gaststätte von **Tommy Frenck** in Kloster Veßra statt. Die Kölner Band *Combat BC* spielte am 27. September 2019 mit *Tenderisers* im belgischen Brügge. Am 28. September spielte *Flak* ein Konzert in Sachsen-Anhalt, zusammen mit *Renitenz* war ein Konzert für den 5. Oktober in der Pfalz angekündigt. *Sleipnir* spielte am 28. September im italienischen Perugia beim „Hobbit Fest".

Parteien (NRW)

Deyda auf Reisen

Am 30. Juli nahmen **Sascha Krolzig** und **Matthias Deyda** an einem geschichtsrevisionistischen „Soldatengedenken" in Sinimäe (Estland) teil. Deyda, der als „Auslandsbeauftragter" der Partei *Die Rechte* fungiert, nahm zudem am 10. August 2019 an einer europäischen Konferenz von Neonazis in Lissabon teil, Gastgeber waren die portugiesischen Faschisten von *Nova Ordem Social*. Am 31. August 2019 folgte ein Vernetzungstreffen des bereits im April 2019 gegründeten Bündnisses *Festung Europa* in Horice (Tschechien).

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf dem Plattenteller

Die Black-Metal-Band *Nordglanz* veröffentlichte zusammen mit der mexikanischen Band *Yaocuicatl* eine Split-CD mit dem programmatischen Titel „Revolt against a modern world". Auf dem anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens produzierten Sampler „50 Jahre Widerstand für Deutschland" der Jugendorganisation der NPD, den *Jungen Nationalisten*, ist auch *N'Socialist Soundsystem* mit einem Lied vertreten. In den letzten Monaten wurden mehrere CDs von *Oidoxie* und *Weisse Wölfe* auf Vinyl veröffentlicht. Beim Untergrundlabel *FAP-Records* erschienen „Weiß + Rein" und „Ein Lied für Leipzig" von *Oidoxie*, das italienische Label *Little Car of Hate Records* brachte „Weisse Wut" von *Weisse Wölfe* und „Terrormachine" von *Oidoxie* heraus.
Beim Label *Das Zeughaus* veröffentlichte *Randgruppe Deutsch* die CD „Genozid".

Bedrohungen und Rechte Gewalt (NRW)

Naziangriffe in Aachen

In Aachen wurden Mitte Mai 2019 einige Jugendliche mit einem Messer bedroht und verfolgt. In der Nacht vom 31. August auf den 1. September 2019 wurde eine Gruppe von Besucher_innen des Autonomen Zentrums von drei Neonazis mit einem Gegenstand angegriffen. Zwei Tage später folgte ein körperlicher Übergriff durch eine Neonazi-Gruppe in der Innenstadt. Antifaschist_innen aus Aachen ordnen alle Übergriffe einem Zusammenhang sehr junger Neonazis zu, die in der Gruppierung *Syndikat 52* organisiert sind.

Bedrohungen und Rechte Gewalt (NRW)

Angriffe auf Dortmunder Antifaschisten

Am 7. September 2019 wurde ein 25- jähriger Antifaschist in der Dortmunder U-Bahn-Haltestelle Unionstraße von drei Neonazis angegriffen. Beteiligt an dem Angriff war **Siegfried Borchardt**, der dem Opfer mit seinem Gehstock mehrfach ins Gesicht schlug. Die Täter wurden kurz nach dem Angriff von der Polizei an ihrem Stammplatz auf dem Wilhelmplatz im Stadtteil Dorstfeld festgenommen. Zu einem weiteren Angriff kam es am 12. September 2019 in der S-Bahn-Haltestelle Dortmund-Dorstfeld. Dort wurde ein 20-Jähriger von einem Neonazi, der sich zuvor an der Kundgebung von *Die Rechte* vor dem Dortmunder Hbf beteiligt hatte, mit Schlägen und Tritten attackiert. Abermals konnte einer der Tatverdächtigen am Wilhelmplatz festgenommen werden. Am 17. September 2019 löste ein mit weißem Pulver gefüllter Brief, der per Post an den Journalisten **Robert Rutkowski** geschickt wurde, einen Großeinsatz der Feuerwehr aus, da zunächst unklar war, worum es sich bei dem Pulver handelte und ob es gefährlich sei. Der Staatsschutz ermittelt.

Vor Gericht (NRW)

„Persilschein" für Marko Gottschalk?

Seit nunmehr fast 20 Jahren tritt der Dortmunder Neonazi **Marko Gottschalk** lautstark als Propagandist von *Combat 18* (C18), dem selbsterklärten „bewaffneten Arm von Blood & Honour", auf. Auch auf dem jüngst veröffentlichten Sampler von *Combat 18 Deutschland* ist seine Band *Oidoxie* vertreten. Nach dem Mord an **Walter Lübcke** deutete Innenminister **Horst Seehofer** erstmals ein Verbot von C18 an. Kurz darauf verklagte Gottschalk BILD wegen eines schlampig recherchierten Berichtes, das Landgericht Dortmund gab ihm am 30. Juli 2019 Recht. Die Zeitung darf nicht behaupten, dass Gottschalk ein „Führungskader" von C18 sei. Gottschalk behauptet, nie Mitglied von C18 gewesen zu sein. Zwei Monate später sprang ihm der NRW-Verfassungsschutz zur Seite. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage hieß es, kein nordrhein-westfälisches Mitglied von C18 sei zugleich aktives Mitglied einer RechtsRock-Band. Folglich zählt Gottschalk aus Sicht der Behörden nicht zu C18, anders als vier Neonazis aus Dortmund und je ein Neonazi aus Hamm, Köln, Mönchengladbach und Waltrop. Eine eigene C18-Sektion hätten diese Neonazis aus Sicht des NRW-Verfassungsschutzes nicht gebildet. Was in der Antwort der Landesregierung verschwiegen wird: Seit einiger Zeit tritt Gottschalk mit einer Gruppe namens *Brothers of Honour* in Erscheinung. Seit Anfang 2019 tragen Personen, die der Gruppe zugerechnet werden können, schwarze Lederwesten („Kutten") im Stile eines Rockerclubs, auf denen ein Gruppenlogo mit der Zahl 28 (dem Szene-Code für BH, also *Blood & Honour*) sowie Patches mit dem Code „28FF28" und dem C18-Leitspruch „Whatever it takes" angebracht sind. Zu *Brothers of Honour* haben sich die Behörden bislang nicht geäußert. *NSU-Watch NRW* schrieb daraufhin, der Verfassungsschutz NRW stelle Gottschalk eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung" aus: „Kommt das C18-Verbot von Seehofer dann doch, wird der Neonazi aus Dortmund nicht betroffen sein."

Credits: Pixelarchiv

Marko Gottschalk am 5. Juli 2019 beim „Tage der nationalen Bewegung" in Themar.

RechtsRock (NRW)

„Nationales Sommerfest“ in Hamm

Am 17. August fand in den von Neonazis angemieteten Räumlichkeiten am Kentroper Weg 18 in Hamm ein Konzert mit den Bands *Sturmwehr*, *Blutlinie* und *Snöfrid* aus Schweden statt. Gegen das im Internet beworbene „Sommerfest“ (Eintrittspreis: 20 Euro) hatte die Stadt Hamm nach öffentlichem Druck eine Verbotsverfügung erlassen, die von den Neonazis aber ignoriert wurde. Vor den Augen des Ordnungsamtsleiters versammelten sich die Neonazis, *Die Rechte* dokumentierte es im Anschluss. Die Verantwortlichen der Stadt erklärten, sie hätten keine rechtliche Handhabe gehabt, das Gelände zu betreten. Man ging offenbar weiter davon aus, dass es sich bei dem Konzert um eine „Privatveranstaltung“ gehandelt habe und zweifelte an, dass die Konzerteinladung tatsächlich öffentlich zugänglich war. Die NRW-Landesregierung erklärte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage, es habe „keine Ersuchen um Amtshilfe oder anderweitige Unterstützung von Landesbehörden seitens der Stadt Hamm“ gegeben.

Henry Hafenmayer am Front-Transparent bei der Haverbeck-Solidaritätsdemonstration am 10. Mai 2018 in Bielefeld.

Vor Gericht (NRW)

Holocaust-Leugnung im Gerichtssaal

Im Berufungsprozess vor dem Duisburger Landgericht wurde der Oberhausener Holocaust-Leugner **Henry Hafenmayer** Mitte September 2019 nach sieben Prozesstagen zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. In den Sitzungen hat Hafenmayer in fünf Anträgen unzählige Male den Holocaust geleugnet. In seinem Schlusswort drohte er dem Gericht einen Prozess an, wenn der Nationalsozialismus wieder durchgesetzt sei: „Es wird viele Prozesse in diesem anständigen Staat geben, weil es eine Menge aufzuarbeiten gibt.“ Zudem kündigte er eine globale „Endlösung der Judenfrage“ an. Auf Hafenmayer kommen weitere Verfahren wegen verschiedener Volksverhetzungen zu. Im Prozess erhielt er Unterstützung aus dem „Reichsbürger“-Spektrum und von führenden Neonazis der Partei *Die Rechte* aus Dortmund. Dass die Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, begründete die Kammer damit, dass sie „trotz des Verhaltens in der Hauptverhandlung hoffe, dass der Warnschuss ankommt“.

Parteien (NRW)

JA-Vorstand mit Verbindungen zur IB

Am 17. August wählte der Bezirksverband Arnsberg der *Jungen Alternative* (JA) **Nils Sören Hartwig** zum neuen Sprecher. Der 27-Jährige ist Mitglied der extrem rechten *Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld*, Beisitzer im Kreisvorstand der AfD Unna und arbeitet für die AfD-Landtagsfraktion NRW. Hartwig hat auch enge Verbindungen zur *Identitären Bewegung* (IB) in Ostwestfalen, für die er noch 2017 in einem Zeitungsinterview als Sprecher auftrat. Auch auf dem Landeskongress der JA am 22. September 2019 in Bottrop wurde ein neuer Vorstand gewählt. **Carlo Clemens** wurde als Vorsitzender wiedergewählt, seine Stellvertreter sind **Nils Wallmeyer** und **Tim Csehan**. Außerdem sind **Laurenz Peter** als Schatzmeister, **Marco Gräber** als Schriftführer sowie als Beisitzer **Maximilian Kneller**, **Luca Leitterstorf** und **Lisa Kristin Radke** Teil des Vorstandes.

Sonstiges (Hessen)

Combat 18-Mitglied in Haft

Das Combat 18-Mitglied **Tobias Vohl** wurde am 5. Juli in seinem Wohnort Homberg (Efze) verhaftet. Er wurde bereits im April verurteilt, da er nach einem Schießtraining in Tschechien illegal Munition über die Grenze einfuhr und somit gegen das Waffengesetz verstieß. Die Strafe wurde damals zur Bewährung ausgesetzt. Da Vohl jedoch der Auflage, 2.000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen, nicht nachgekommen sei, wurde die Bewährung widerrufen.

Sonstiges (Hessen und NRW)

Razzia gegen „Wolfsbrigade“

Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wurden am 30. Juli 2019 Wohnungen in vier Bundesländern durchsucht. Sechs Beschuldigte stünden im Verdacht, im vergangenen Jahr innerhalb der *Wolfsbrigade* die Untergruppierung *Sturmbrigade* als „bewaffneten Arm“ gebildet zu haben, teilte die Bundesanwaltschaft mit. In diesem Zusammenhang wurden zwei Wohnungen im nordhessischen Korbach und Twistetal durchsucht. Auch in NRW wurde eine Wohnung Ziel einer Durchsuchung. Der Kern der Gruppe wird allerdings in Sachsen-Anhalt verortet, wo neben Niedersachsen ebenfalls Razzien durchgeführt wurden. Außerdem habe es Durchsuchungen bei vier nicht tatverdächtigen Personen gegeben. Festgenommen wurde allerdings niemand. Erklärtes Ziel der Gruppe sei das „Wiedererstarken eines freien Vaterlandes“ nach dem „germanischen Sittengesetz“. Seit 2018 hatten Mitglieder in T-Shirts mit dem Symbol der Gruppierung an mehreren Aufmärschen teilgenommen.

Vor Gericht (Hessen)

Urteil gegen Helfer von Franco Albrecht

Am 16. September 2019 wurde **Mathias F.** vor dem Landgericht Gießen wegen Verstößen gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt, welche zur Bewährung ausgesetzt wurde. Ihm wurde vorgeworfen, Munition, Übungshandgranaten und Waffenteile bei sich verwahrt zu haben, die der extrem rechte Soldat **Franco Albrecht** ihm gab (siehe LOTTA #71, S. 12). Außerdem muss er 2.500 Euro Strafe an eine gemeinnützige Organisation zahlen. Die Verteidigung hat Revision eingelegt.

Parteien (Hessen)

Eklat im hessischen Landtag

Die hessische AfD-Fraktion hatte den „politischen Umgang mit Gewalttaten in Hessen“ auf die Tagesordnung der Sitzung am 5. September 2019 setzen lassen. Hintergrund war der gewaltsame Tod eines Achtjährigen am Frankfurter Hauptbahnhof. Die bisher vergleichsweise zurückhaltend auftretende Fraktion (siehe LOTTA #75, S. 19) instrumentalisierte das Ereignis hemmungslos. Der Co-Landesvorsitzende **Klaus Herrmann** attackierte unter anderem Ministerpräsident **Volker Bouffier** (CDU) und machte diesen mitverantwortlich für „zunehmende gewalttätige Angriffe auf AfD-Politiker“. Bouffier entgegnete, dass Herrmanns Rede eine Inszenierung gewesen sei, bei der nur noch der Schaum vorm Mund gefehlt habe: „Das war der nackte Hass.“ Die weiteren Sprecher_innen von CDU, Grünen, SPD, FDP und Linken waren sich ungewohnt einig und bewerteten die Rede Herrmanns als „schäbig“, „verwerflich“, „unmenschlich“, „rassistisch“ und „menschenverachtend“.

Parteien (Hessen)

„Republikaner“ erhält Landesehrenbrief

Im August 2019 erhielt der „Republikaner“ **Bert-Rüdiger Förster** auf Initiative des Hanauer Oberbürgermeisters **Claus Kaminsky (SPD)** für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement den Ehrenbrief des Landes Hessen. Förster ist geschäftsführender Landesvorsitzender sowie Fraktionsvorsitzender der *Die Republikaner* im Hanauer Stadtparlament. Im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises bildet er mit dem NPDler **Frank Ullmann** die Fraktion „Kommunale Allianz“. Kaminsky, der nach einem Bürgervorschlag aktiv wurde, betonte, er teile die Ansichten des REP-Fraktionschefs zwar nicht, doch dieser sei ein „Kümmerer“, der die Ehrung verdiene. In einer Pressemitteilung schrieb er außerdem, dass das Stadtparlament ärmer wäre ohne Försters „Humor, seine langjährige kommunalpolitische Erfahrung und seine Hartnäckigkeit in der Sache“. *Die Republikaner* erlangten bei der Kommunalwahl 2016 in Hanau beziehungsweise dem Main-Kinzig-Kreis Ergebnisse um die zehn Prozent, auch weil weder AfD noch NPD antraten.

Vor Gericht (RLP)

ABM-Prozess gescheitert

Am 3. September 2019 wurden die Verfahren gegen **Sven Skoda** (BuVo *Die Rechte*) und **Christian Häger** (BuVo *Junge Nationalisten*) eingestellt. Nachdem bereits in der Woche zuvor mehrere Verfahren eingestellt worden waren und ein weiterer Angeklagter (**Paul Breuer**) verstarb, sind damit die letzten Verfahren gegen Angeklagte des *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM) beendet. Ein abgetrenntes Verfahren soll im November verhandelt werden. Dennoch endet damit die Ermittlung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Verantwortlichen werden damit nicht für die organisierte Gewalt des ABM verurteilt werden.

Bedrohungen (Hessen)

Erneute Drohschreiben

Die Frankfurter Anwältin **Seda Başay-Yıldız** erhielt am 5. Juli 2019 ein weiteres mit „NSU 2.0" unterzeichnetes Drohschreiben. Bereits in den vergangenen Monaten hatte sie mehrfach Drohschreiben erhalten. Dieses Schreiben ging nur drei Tage nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten **Walter Lübcke** bei ihr ein, nimmt Bezug auf die Tat und droht ihr, dass ihr das Gleiche widerfahren werde. Zu diesem Zeitpunkt war der neonazistische Hintergrund der Tat noch unklar, ob der oder die Verfasser allerdings wirklich über Tatwissen verfügen, wird aus dem Fax nicht ersichtlich. Laut *Hessischem Rundfunk* erhielt Başay-Yıldız am 10. Juli 2019 ein weiteres Droh-Fax. Zwei Tage danach soll im „Darknet" zum Mord an ihr aufgerufen worden sein. Per Mail wurden einige Journalisten darüber informiert. Unterschrieben war die Mail mit „Sieg Heil und Heil Hitler! Mit freundlichen Grüßen Die Musiker des Staatsstreichorchesters".

Rechte Gewalt (RLP)

Übergriffsserie in der Westpfalz

Anfang Juli 2019 häuften sich Übergriffe auf Geflüchtete in der Westpfalz. Zunächst griffen am 30. Juni vier Personen zwei Geflüchtete in Dahn an. Am 6. Juli schlugen drei Männer, die nur mit Militärhosen bekleidet waren, in Pirmasens spontan auf zwei Geflüchtete ein und raubten eine Halskette. Die Täter waren vorher schon durch rechte Straftaten in Erscheinung getreten. Am 10. Juli griffen am Bahnhofsplatz in Kaiserslautern drei stark alkoholisierte Männer und eine Frau einen minderjährigen Geflüchteten an. Zuvor wurde er aus der Gruppe rassistisch beleidigt. Ebenfalls am 10. Juli eskalierte ein Streit zwischen einer Gruppe Geflüchteter und zwei Brüdern, die die Anwesenden rassistisch beleidigten und einen Gastronomen angriffen. Unklar ist, weshalb sich gerade in dieser Zeitspanne die Übergriffe häuften. Teilweise prüft die Polizei „fremdenfeindliche" Hintergründe.

Sonstiges (RLP)

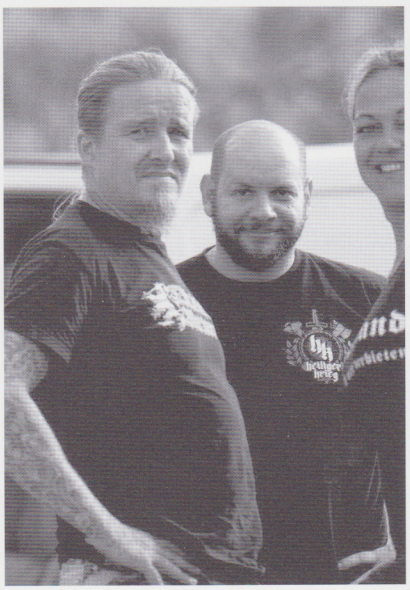
Sommerfest in Ruschberg

Ein Sommerfest mit Wikingerspielen kündigte der n. e.V. *Freikorps Deutschland* für den 13. und 14. Juli 2019 in Ruschberg (Landkreis Birkenfeld) an. Die Veranstaltung wurde von der *Kameradschaft Rheinhessen*, *Die Rechte Südwest* und dem *Nationalen Widerstand Zweibrücken* unterstützt. Bürgermeister **Alfred Heu** (SPD) stellte kurzfristig einen Pachtvertrag für eine Schutzhütte aus. Die *Freien Wähler* (FWG) veröffentlichten Informationen über die Neonazi-Organisationen und wurden daraufhin vom Präsidenten der „Freikorps" bedroht.

Parteien (Hessen)

NPDler wird zum Ortsvorsteher gewählt

Am 5. September 2019 wurde der stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen NPD, **Stefan Jagsch**, im Altenstädter Ortsteil Waldsiedlung zum Ortsvorsitzenden gewählt. Die anwesenden Mitglieder des Ortsbeirates von CDU, SPD und FDP wählten den NPDler einstimmig, mit der Begründung, dass Jagsch ein netter Kerl und imstande sei, E-Mails zu beantworten. Nach heftiger Kritik und medialer Aufmerksamkeit ist nun für den 22. Oktober die Abwahl von Jagsch geplant.



Stefan Jagsch (Mitte) am 21. Juni 2019 beim „Schild und Schwert"-Festival im sächsischen Ostritz.

Bedrohungen (RLP, NRW)

Bombendrohungen

Am 22. Juli 2019 ging in der Mainzer *Ditib-Moschee* eine Bombendrohung ein. Nachdem die Polizei das Gebäude ergebnislos durchsucht hatte, konnten die Räume wieder geöffnet werden. Zur selben Zeit gingen weitere Drohungen gegen Moscheen in Duisburg und Mannheim ein. Auch die Parteizentrale der *Die Linke* in Berlin erhielt ein Schreiben. Die Schreiben waren unterzeichnet mit *Combat18*. Dennoch verneinte eine Polizeisprecherin die Ernsthaftigkeit der Schreiben.

Sonstiges (Hessen)

Polizei in Mühlheim

Weitere Ermittlungen gegen Polizist_innen in Hessen (siehe LOTTA #74, S. 35): Unter anderem soll ein Dienstgruppenleiter aus Mühlheim (Landkreis Offenbach) in Chatgruppen neonazistische und rassistische Bilder verschickt haben. Des Weiteren wurde gegen eine komplette Studiengruppe derselben Dienststelle Ermittlungen eingeleitet. Auch sie sollen in einer Chatgruppe Bilder mit rassistischen und antisemitischen Inhalten untereinander geteilt haben. Unter anderem wurde ein Bild in der Gruppe verbreitet, das jüdische Menschen in einem Deportationszug zeigt, mit der Botschaft: „Genieß das Leben in vollen Zügen." Laut FAZ wurde mittlerweile sechs Polizeianwärter_innen mitgeteilt, dass sie nach ihrer Ausbildung nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen würden. Im März 2019 berichtete der hessische Innenminister **Peter Beuth**, dass aktuell gegen 38 hessische Polizeibeamte ermittelt würde.

Parteien (RLP)

Personalkarussell AfD

Uwe Junge, Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen AfD, will nicht erneut kandidieren. Er plant, sich für den Bundesvorstand aufstellen zu lassen. Seinen Sitz in der Mainzer Landtagsfraktion möchte er jedoch behalten. Als Nachfolger kandidiert beim Landesparteitag am 16. und 17. November 2019 **Joachim Paul**. Eine Gegenkandidatin könnte **Gabriele Bublies-Leifert** werden. Diese kritisierte Junge, als er den „Aufstand der Generale" forderte und warf ihm vor, sich nicht um extrem rechte Vorkommnisse in den eigenen Reihen zu kümmern: Die AfD beschäftigt mit **Christian W.** ein ehemaliges NPD-Mitglied. Auch der Vorwurf, Paul habe als „Karl-Ludwig Sand" für die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* geschrieben, bleibe intern folgenlos. Eine Abstimmung zur Abwahl Junges als Fraktionsspitze verlor sie zehn zu eins. Damit wird sie nach **Jens Ahnemüller** das zweite fraktionslose AfD-Mitglied im Landtag. Ahnemüller musste die Fraktion verlassen, eben weil er Kontakte zu einem ehemaligen NPD-Mitglied hatte.

Sonstiges (RLP)

Reichsbürger verhaftet

Am 17. Juli 2019 nahm die Polizei in Landstuhl (Westpfalz) einen Mann fest, den sie der „Reichsbürger"-Bewegung zuordnet. Der Mann hatte bereits im Juni einen Polizisten mit einem Faustschlag angegriffen. Als er nun festgenommen werden sollte, bedrohte er die Polizist_innen mit einem Beil. Einen weiteren politischen Zusammenhang sieht die Polizei nicht. Es gebe keine „Reichsbürger"-Szene in Landstuhl, es handele sich um einen Einzelfall.

Rechte Gewalt (RLP)

Rechte Straftaten gestiegen

Im Jahr 2018 sind politisch rechts motivierte Straftaten in Rheinland-Pfalz um zehn Prozent gestiegen. Das ergab eine kleine Anfrage der Grünen Landtagsabgeordneten **Pia Schellhammer**. Von 635 Straftaten im Jahr 2017 ist die Zahl auf 698 in 2018 gestiegen. Die maßgeblichen Straftaten sind Propagandadelikte (417), Volksverhetzung (82), Körperverletzung (40) sowie andere Straftaten (121) wie Beleidigungen oder Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Schwerpunkte sind Germersheim, Trier und Ludwigshafen.

Von Oliver Peters

Monolog statt Dialog

Verschwörungsideologien in Koblenz

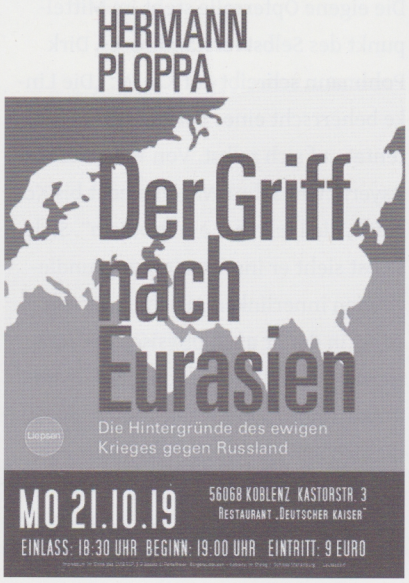
In Koblenz sucht man seit über eineinhalb Jahren nach dem richtigen Umgang mit einer kleinen, aber aktiven verschwörungsideologischen Szene. Das Veranstaltungsformat „Koblenz: im Dialog" lädt regelmäßig zu Vortragsveranstaltungen mit Vertreter*innen rund um das Medium „KenFM" ein. Zwischen Putin-Verehrung und Israelhass findet sich eine Mischszene aus „linken" Friedensbewegten und antisemitischen Welterklärern.

Anfang 2018 wurde ein neues Veranstaltungskonzept in Koblenz präsentiert. Unter dem Motto „Koblenz: im Dialog" sollte zukünftig ein demokratischer Dialog in der Stadt entstehen: „Vernunftbasiert. Parteifrei. Bürgernah". Dass dieser Anspruch von Beginn an nicht realisiert werden konnte, machte bereits ein Blick auf die Auftaktveranstaltung deutlich: Als Referenten luden die Organisator*innen **Hermann Ploppa** ein. Angekündigt wurde ein Vortrag über „[d]ie Macht hinter den Kulissen" und „die diskreten, feinmaschigen Netzwerke, oder auch Seilschaften, die in aller Stille Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft durchdrungen haben. Namen wie Bilderberger oder Atlantikbrücke sind im Gespräch." Hermann Ploppa schreibt regelmäßig für die verschwörungsideologische Plattform *KenFM* und veröffentlichte 2008 das Buch „Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer des Nationalsozialismus".

Die offene Flanke der Friedensbewegung

Dass sich unter dem Deckmantel von Frieden und Demokratie ein antiamerikanisches und verschwörungsideologisches Milieu sammelte, wundert nicht, stammt doch das personelle Umfeld von „Koblenz: im Dialog" aus dem Dunstkreis der „Montagsmahnwachen für den Frieden", die 2014 deutschlandweit entstanden. Auch in Koblenz sammelten sich Friedensbewegte zu sogenannten Friedenspartys. Die politische Stoßrichtung wurde damals relativ schnell deutlich. Ein Mitveranstalter ergriff auf einer Kundgebung im Sommer 2014 das Mikrofon und erklärte den Zuhörer*innen, wo sie den Plan zur Versklavung der Menschheit nachlesen könnten: In den „Protokollen der Weisen von Zion". Der Redner wurde im Anschluss wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die aus diesem Milieu heraus entstandene „Friedensbewegung 2.0" und die mit ihr einhergehenden bundesweiten Diskussionen und Konflikte hatten für Rheinland-Pfalz längerfristige Folgen. Hier versuchte die selbsternannte „neue Friedensbewegung" Einfluss auf Proteste gegen US-Militärbasen im Land zu nehmen, die seit Jahrzehnten einen Fixpunkt der Friedensbewegung darstellen. Der Kampagne „Stop Air Base Ramstein" wurde selbst von Teilen der klassischen Friedensbewegung eine Offenheit zu einem antisemitisch, antiamerikanisch und verschwörungsideologisch beeinflussten Spektrum vorgeworfen. Auf der Homepage zeigt sich ein Abgrenzungsbedürfnis der Kampagne: „Wir sagen Nein zu Antisemitismus, Reichsbürgern, Rassismus, Nationalismus und Faschismus". Darin spiegeln sich die offenen Flanken der deutschen Friedensbewegung. Auch das Umfeld der Organisator*innen von „Koblenz: im Dialog" nimmt an den Demonstrationen von „Stop Air Base Ramstein" teil.



Werbeplakate für „Koblenz: im Dialog".

„Wikipedia" als zionistische Verschwörung

Antiamerikanismus ist ein starkes Motiv in Teilen der Friedensbewegung. Anstatt einen demokratischen Dialog zu initiieren, wie es „Koblenz: im Dialog" vorgibt, steht das Feindbild auf Grundlage des eigenen Schwarz-Weiß-Weltbildes von Beginn an fest. Offen sind allenfalls die verschiedenen Verschwörungserzählungen rund um dieses Feindbild. Bei einer Veranstaltung im Oktober 2018 widmete sich der Referent **Dirk Pohlmann** dem „Wikipedia-Monopol". Auch Pohlmann ist Teil des Autoren-Netzwerkes rund um *KenFM*, Interviewgast bei *RT Deutsch* und *Sputnik News*. Pohlmann versucht in seinen Recherchen ein vermeintliches Politbüro zu entlarven, das *Wikipedia* unterwandert habe und für seine Interessen missbrauche. Vor allem Artikel zu Israel und innerlinke Debatten über Antisemitismus würden hier manipuliert, glaubt Pohlmann. Gemeint sind Personen, die seinen und ähnlichen Welterklärungen widersprechen und *Wikipedia*-Artikel entsprechend bearbeiten. In Koblenz nannte Pohlmann konkret 47 *Wikipedia*-Autoren, die manipulativ vorgingen und als „Junta" die Online-Enzyklopädie manipulierten.

Von Koblenz auf die Krim

Ein weiteres wichtiges Themenfeld von „Koblenz: im Dialog" ist ganz in der Tradition der Friedensmahnwachen der Schulterschluss mit **Putin**-Russland und den pro-russischen Kräften auf der Krim. **Sabine Jahn**, Hauptakteurin von „Koblenz: im Dialog", reiste 2018 mit einer Reisegruppe nach Russland und auf die Krim. In Moskau traf man sich mit Vertretern der staatsnahen Rocker *Nachtwölfe*. Die größte russische Rockergruppe bezieht öffentlichkeitswirksam Stellung und gilt als nationalistisch, antiwestlich und homophob.

Ein auf *Facebook* veröffentlichtes Foto zeigt Vertreter*innen der Reisegruppe und Sabine Jahn an einem Tisch mit **Alexander Sachartschenkow**, Anführer der prorussischen Rebellen, der einige Monate später bei einem Anschlag starb. In ähnlicher Mission ist auch **Owe Schattauer** unterwegs. Schattauer war ebenfalls Referent in Koblenz und gehört zum engeren Umfeld des Netzwerkes. Er gehört zum Personenkreis von *druschba*, eine Initiative aus dem Umfeld der Montagsmahnwachen, die „Friedensfahrten" von Berlin nach Moskau organisieren. Auch er tritt in Russland gerne als Botschafter deutscher Friedensinteressen auf.

Sich als politischer Repräsentant aus Deutschland aufzuwerten, scheint eine Gemeinsamkeit vieler Protagonist*innen in diesem Milieu zu sein. Auch ein weiterer Redner bei „Koblenz: im Dialog" versucht sich als Vermittler in der Weltpolitik. **Christoph Hörstel**, Gründer der Kleinstpartei *Deutsche Mitte* und mittlerweile Vorsitzender der *Neuen Mitte*, traf sich im Dezember 2018 in Istanbul mit **Ghazi Hamad**, dem stellvertretenden Außenminister der *Hamas*. Nach Eigenangaben unterbreitete Hörstel ihm seine eigenen Vorstellungen für die politische Zukunft des Nahen Ostens. Hörstel trat schon in Vergangenheit gemeinsam mit islamistischen Kräften auf: Bis 2018 war er jährlicher Redner beim Berliner Al-Quds-Tag. Im Juni 2019 referierte Hörstel in Koblenz. Thema: „Brennpunkte der Innen- und Außenpolitik — wie geht wirksame Opposition?" Hörstels Hauptfeind ist der in seinem Weltbild zionistische „Unrechtsstaat" Israel. Hierbei spart Hörstel nicht an Vergleichen mit dem Nationalsozialismus: Der Gazastreifen sei durch Israel zu einem „Konzentrationslager mit gelegentlicher

Bombardierung der Bevölkerung" verwandelt worden. Hitler sei als zionistischer Agent installiert worden, damit die zionistische Bewegung einen Vorwand für die israelische Staatengründung erhalte.
Bei den Veranstaltungen fast immer mit dabei: Personen der Kölner Gruppe *Arbeiterfotografie* und der mit dieser eng verwobenen *Neuen Rheinischen Zeitung*. Unter dem *YouTube*-Kanal der *Arbeiterfotografie* werden regelmäßig Mitschnitte der Veranstaltungen in Koblenz hochgeladen. So auch von der Veranstaltung mit Christoph Hörstel. Die Kölner *Arbeiterfotografie* bilanziert Hörstels Vortrag wohlwollend: „Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es einem weltweit operierenden Geldadel darum geht, die 'Nationalstaaten zu entmachten', um so den Zugriff im Sinne der Neuen Welt-Ordnung (NWO: New World Order) zu steuern".

Innerlinke Opferrolle?

„Koblenz: im Dialog" ist als ein lokales Phänomen zu betrachten. Nicht zu vernachlässigen ist allerdings der Netzwerkcharakter, den das Format für die verschwörungsideologische Szene rund um *KenFM* und die aus den Friedensmahnwachen entstandene politische Mischszene bietet. Das Milieu bestätigt sich in seiner eigenen medialen Blase bei Protestveranstaltungen gegen „Koblenz: im Dialog" und dessen Referent*innen in der eigenen Opferrolle. Getrieben von der Vorstellung, in Koblenz gäbe es eine „antideutsche Verschwörung", steigerte sich das sich selbst als links verstehende Spektrum in eine aggressive Auseinandersetzung hinein. Dazu gehören Anzeigen gegen Gegendemonstrant*innen, Drohungen, penetrante und aggressive Rundmails an Parteien, Stadt, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen sowie Verleumdungsklagen.

Die eigene Opferrolle steht im Mittelpunkt des Selbstverständnisses. Dirk Pohlmann schreibt auf *KenFM*: „Die Linke beherrscht eines perfekt: das Säureattentat auf sich selbst. Von Wikipedia bis Bayern, von Sahra Wagenknecht bis Koblenz, die Linke hat ein Problem". Sich selbst sieht er inmitten einer grundlegenden innerlinken Auseinandersetzung, in der er auch physisch bedroht werde. So ist die Rede von einer „paramilitärischen, uniformierten Truppe [...] die sich zur Wehrsport-Ausbildung in Lagern trifft, dabei bedrohlich, aber immer gerade so satirisch agiert, dass sie unter dem Schutz der Kunstfreiheit bleibt". Gemeint ist die Partei *Die Partei*, die regelmäßig zusammen mit dem Bündnis *Aufstehen gegen Rassismus Koblenz* Kundgebungen gegen die Veranstaltungen von „Koblenz: im Dialog" durchführte.
Aufgegeben haben die Organisator*innen von „Koblenz: im Dialog" noch nicht. Ihr politischer Wirkungskreis beschränkt sich aber auf monatliche Vortragsveranstaltungen.

Gegenstrategien?

Aber auch antifaschistische Gegenstrategien scheinen sich in ihren Möglichkeiten im Umgang mit solchen verschwörungsideologischen und mehr oder weniger offen antisemitischen Veranstaltungen erschöpft zu haben. Das Bündnis *Aufstehen gegen Rassismus Koblenz* mobilisierte regelmäßig zu kleineren Gegenkundgebungen. Unter dem Slogan „Koblenz bleibt bunt — Kein Platz für Antisemitismus" gab es gegen die Veranstaltung mit dem Al-Quds-Tag-Redner Christoph Hörstel eine politisch breiter aufgestellte Gegenkundgebung. Stellenweise scheint man allerdings in eine für die Auseinandersetzung mit Verschwörungsideolog*innen typische Falle geraten zu sein: Satirische Aktionen, gepaart mit oftmals pauschalen Rassismus-, Querfront- und Antisemitismuszuschreibungen, wurden in der rückwirkenden Betrachtung eher als Selbstbestätigung eigener Positionen betrieben. Eine politische Auseinandersetzung innerhalb der Stadtgesellschaft über diese Themen fand nur marginal statt. Das liegt allerdings auch am mangelnden Interesse und am Wegducken politischer Akteure. Dieses Wegducken ist wohl auch mit der Sorge darüber verbunden, in den Sog der als „Spinner" wahrgenommenen Verschwörungsszene zu geraten.
In der Kritik am dualistischen Weltbild von „Koblenz: im Dialog", das als Einfallstor für verschiedenste ressentimentgeladene Feindbilder dient, scheint man sich selbst in ein Schwarz-Weiß-Agieren verheddert zu haben. Wünschenswert wäre eine erneute Politisierung des Konfliktes, eine kritische und konsequente Auseinandersetzung über Antisemitismus, Verschwörungsdenken und autoritäre Welterklärungen innerhalb der regionalen Linken mit diesem Thema. Das müsste auch das Ziel einer gesellschaftlich wirksamen Debatte sein, anstatt selbst in einen Monolog oder einen sinnfreien Dialog mit der verschwörungsideologischen Szene zu treten.

Von Franziska Bruder

Fluchten aus Deportationszügen

Ein wichtiger Aspekt jüdischen Widerstandes

Von März 1942 bis Herbst 1943 wurden anderthalb Millionen Juden und Jüdinnen, die meisten ehemalige polnische Staatsangehörige, in die NS-Vernichtungslager Treblinka,Belzec und Sobibor deportiert und dort ermordet. Nachdem die Funktion der Lager bekannt geworden war, bereiteten sich viele Jüdinnen und Juden auf eine Flucht vor und sprangen unter Lebensgefahr aus den schnell fahrenden schwer bewachten Todeszügen.

„Vor dem Fenster — wie in Warschau 1939 — Belagerung wie vor einer Bäckerei, die Menschen stehen in der Schlange. Diese Menschen zögern in keiner Weise, einer nach dem anderen springt aus dem fahrenden Zug. Auf jeder Seite [des Fensters] steht ein junger Mann, der jedem hilft, sich zur Höhe der Öffnung hochzuziehen. Zuerst streckt die Person die Beine hinaus, als nächstes greift sie mit den Händen das Fensterbrett, einen Moment lang hängt sie in der Dunkelheit, lässt dann los und verschwindet. [...] Die Menschen fliegen hinaus wie Bälle und Bereitwillige zur Flucht rücken ständig nach. Es springen Männer, es springen Frauen. Einer steckt den anderen an. Die Epidemie des Fliehens nimmt einen massenhaften Charakter an. Die Schlange wird länger. Neben mir im Waggon wird es immer leerer, man kann schon drei Schritte frei tun. [...] Das Fieber erfasst alle. Fliehen! Selbst alte Leute stellen sich in die Schlange. Wenn es so weitergeht, wird der ganze Waggon leer sein.“ So beschrieb **Marian Berland**, der mit 21 Jahren am 30. April 1943 aus dem Warschauer Ghetto Richtung Majdanek deportiert wurde, die Flucht aus einem Waggon.

Die „Aktionen“ im Warschauer Ghetto

Im größten Ghetto Europas, dem Warschauer Ghetto, lebten im Herbst 1940 etwa 380.000 Jüdinnen und Juden. Während der „Großen Aktion“ zwischen dem

Deportation aus dem Ghetto Siedlce nach Treblinka 1942.

22. Juni 1942 und dem 24. September 1942 wurden etwa 300.000 Menschen von dort nach Treblinka deportiert und vergast. Zu diesem Zeitpunkt war vielen noch nicht bekannt, wohin die Deportationszüge fuhren. Doch schon bald erreichten die ersten Berichte über die Massenmorde die noch im Ghetto verbliebenen Jüdinnen und Juden. Die organisierten Gruppen im Ghetto verbreiteten die Nachrichten und forderten die Menschen auf, sich gegen die Deportation zu wehren. Doch auch im Ghetto hielten viele Menschen die Wahrheit für unglaubwürdig und sahen zudem keine Möglichkeiten, ihre ganze Familie zu retten. Dennoch versuchte die Mehrheit, wenn es irgend ging, sich der Deportation zu entziehen.

Nach der „Großen Aktion" waren viele der 60.000 bis 70.000 im Ghetto verbliebenen Menschen im Schockzustand. Aufgrund der Selektionskriterien der Nationalsozialisten während der „Großen Aktion" handelte es sich um überdurchschnittlich viele junge Menschen und deutlich mehr Männer, die vor allem über handwerkliche oder andere wichtige Fertigkeiten und Kompetenzen verfügten, etwa Ärzte oder Krankenpfleger.

Insgesamt baute sich im Ghetto eine Stimmung auf, dass man sich gegen die Vernichtungspolitik der Nazis zur Wehr setzen müsse. Die Untergrundgruppierungen reorganisierten sich. Bereits seit der Einrichtung des Ghettos hatten sie Strukturen außerhalb des Ghettos aufgebaut und die Ghettos verschiedener Städte miteinander vernetzt. Sie organisierten Waffen, und es gründete sich die *Żydowska Organizacja Bojowa* (ŻOB, „Jüdische Kampforganisation"). Die ŻOB setzte sich unter anderem aus *Hashomer Hatzair, Dror, Akiba,* PPR und *Bund* zusammen. Zur Vorbereitung auf die nächste „Aktion" trainierten Aktivist*innen der ŻOB die Flucht aus den Zügen und besorgten sich Sägeblätter, die sie immer in ihren Stiefeln bei sich trugen, um nötigenfalls die Gitter vor den Fenstern oder Luken der Waggons zu durchtrennen.

Aufstand im Warschauer Ghetto

Als im Januar 1943 die nächste größere Deportation aus dem Warschauer Ghetto durchgeführt werden sollte, stießen die Nazis auf bewaffneten Widerstand. Bei den Deportationen im Januar sprangen bereits deutlich mehr Menschen aus dem Zug: sowohl Mitglieder des Widerstandes als auch einzelne Personen, die sich selbst um Werkzeug gekümmert hatten und zum Teil mit ihren kleinen Kindern sprangen. Die „Januaraktion" wurde von den Nazis aufgrund der Gegenwehr vorzeitig abgebrochen. Dieser Erfolg beflügelte die Menschen im Ghetto — die Autorität der Organisierten stieg: Alle wussten nun, wer die ŻOB war — viele nannten sie nur „Die Partei". Es wurden Bunker und Verbindungstunnel zwischen den Häusern gebaut sowie Verstecke auf der „arischen Seite" Warschaus gesucht. Die ŻOB hatte großen Zulauf, konnte jedoch nicht alle Aktivist*innen bewaffnen. Am 19. April 1943 begann die finale Vernichtungs-„Aktion" der Nazis und damit der Aufstand im Warschauer Ghetto (vgl. LOTTA #53 und LOTTA #54). Marian Berlands Familie wurde in einem Bunker gefunden und auf den „Umschlagplatz" gebracht, wo die Jüdinnen und Juden aus dem Ghetto zusammengetrieben wurden. Dort mussten sie bisweilen tagelang ohne Essen und Trinken, ohne Möglichkeiten, auf die Toilette zu gehen oder sich zu waschen, auf die Deportation warten. Die meist verletzten Menschen waren ständigem Mord und Totschlag von Seiten der Wachmannschaften ausgeliefert.

Marian Berlands Familie schmiedete Pläne für die Flucht: Auch falls sie getrennt werden sollten, sollte jeder unbedingt, wenn die Gelegenheit gekommen sei, springen und nach Warschau zurückkehren. Am 30. April 1943 um 16 Uhr wurden sie zu den Waggons getrieben. Im Durcheinander wurde Marian von seiner Frau Maria und dem Rest seiner Familie getrennt.

Die Situation im Deportationszug

Berland wurde zusammen mit etwa 130 Personen in einen Waggon gepfercht, in dem es völlig dunkel war. Insgesamt gab es vier Fenster, zwei waren so dicht verdrahtet, dass kaum Luft in den Waggon drang. Die anderen beiden hatten hölzerne Fensterläden, die sie von innen aufbrechen konnten. Der Zug setze sich in Bewegung und erreichte eine hohe Geschwindigkeit. Durch ein Fenster sah Berland, dass bewaffnete Ukrainer auf beiden Seiten der Waggons, wohl auf Trittbrettern, standen und sie bewach-

ten. Es war eng und stickig, es gab kaum Luft. Alle schwiegen. Von Zeit zu Zeit fielen auf beiden Seiten des Zuges Schüsse. Als sie bei einem Halt Wasser von einem Bauern erhielten, seien Rangeleien um das Gefäß entstanden, schlussendlich habe ein Mann den Krug in einem Zug geleert. Viele Menschen hatten seit Tagen nichts getrunken, waren verletzt und physisch wie psychisch völlig erschöpft. Berland kommentierte: „Danach war ein Gefühl der Scham wegen dieses Verhaltens spürbar. Aber was soll man tun, Verrohung ist eine verständliche Folge des Unglückes und der Situation, in der wir uns befinden." Der Zug überquerte die Weichsel, und sie passierten die kleinen Städte vor Warschau. Im Waggon realisierten die Gefangenen, dass sie Richtung Lublin fuhren. „Nicht alle im Waggon haben die Absicht, sich wie Schafe nach Lublin oder irgendwohin in den Tod fahren zu lassen. Diejenigen, die am meisten am Leben hängen, sind die jungen Leute. Die Jugend spinnt als erstes den Plan zur Flucht und geht ihn an", berichtet Berland, in dessen Nähe sich eine Gruppe von zehn jungen Männern und Frauen formierte, die „angeblich" zur „Partei" gehörten. „Diese Angelegenheiten sind ein gehütetes Geheimnis. Solche Begriffe wie Partei, Partisanen besitzen für uns gewöhnliche Sterbliche einen tiefen Zauber. Für jeden von uns ist es ein Traum, [...] zur Partei zu gehören. Diese jungen Leute machen sich völlig ernst an die Sache."

Der massenhafte Sprung aus dem Deportationszug

Diese Gruppe wollte versuchen, die Tür zu öffnen, und dann zu springen. Ein Mann aus dieser Gruppe wandte sich an seine Kameraden: Wenn sie sich nicht wiederfänden, müssten sich alle einzeln in die Lubliner Wälder durchschlagen, wo sie sich den Partisanen anschließen sollten. Sie hatten sich vorbereitet, einer zündete eine Kerze an, ein anderer zog aus dem Stiefelschaft ein Messer oder eine Säge. Die ganze Gruppe begab sich zur rechten Tür und schob energisch die anderen Menschen zur Seite, wobei sie sämtliche Flüche in ihre Richtung ignorierten. Sie wollten ein Stück Holz aus der Tür so herausbrechen, dass man mit einer Hand von außen an den Riegel der Tür gelangte, um sie zu öffnen. Im Waggon regte sich jedoch immer mehr Widerstand, Stimmen wurden laut, die forderten, man müsse die jungen Leute aufhalten, denn sie würden alle gefährden. Langsam, so Berland, bildeten sich im Waggon zwei Lager. „Auf der einen Seite befindet sich die Jugend, die fliehen will. Auf der anderen Seite haben wir die alten Leute und Frauen, die nicht die Kraft haben zu fliehen, und selbst wenn sie es wollten, wüssten sie nicht, wohin und wozu." Im größten Geschrei fuhr der Zug plötzlich langsamer und hielt an. Schüsse waren zu hören. Die Tür ging auf, zum Glück an der anderen Seite, ein Ukrainer leuchtete hinein und kontrollierte den Waggon, bemerkte jedoch nichts Verdächtiges. Er forderte Gold und Wertsachen und verschwand wieder. Als der Zug weiter fuhr, wollten die jungen Leute weiter sägen, aber eine Mauer älterer Menschen versperrte ihnen nun den Weg zur Tür. „Jetzt ruft praktisch der ganze Waggon im Chor: 'Lasst sie nicht die Tür öffnen. Sie werden fliehen, aber uns lassen sie zurück, und wir zahlen mit unseren Köpfen für sie. Die Ukrainer werden uns alle erschießen.'" Es kam beinahe zu einer Schlägerei. Die Alten schlugen vor, sie sollten durch das Fenster fliehen und die Tür in Ruhe lassen. Die jungen Leute wollten sich darauf nicht einlassen, da das Springen durch das Fenster viel gefährlicher sei. Doch wer springen wollte, musste einen anderen Weg als die Tür finden. Es wurde wieder dunkel im Waggon, die Kerze war heruntergebrannt. Draußen hörte man ununterbrochen Schüsse. Berland und sein Kamerad standen am Fenster und mussten vor den vorbeizischenden Kugeln immer wieder den Kopf zurückziehen. In einer Stunde würde es hell werden. Die Streitigkeiten verebbten. Berland ging davon aus, dass die jungen Leute aufgegeben hätten, registrierte dann aber, dass am Fenster am anderen Ende des Waggons Bewegung entstand. Mit dem Kameraden begab er sich dorthin. Es folgte die eingangs zitierte Szene. Am Fenster stand ein Mädchen, das aus einem Korb jedem Springer zwei Stücke Zucker gab. Berland steckte die Portion in die Hosentasche. Er umarmte sie herzlich. Er kletterte hinaus, musste jedoch zurück, unter anderem, weil der Zug anhielt. Dann der zweite Versuch: „Jemand stützte mich beim Hochziehen, jemand stützte meine Hand ab, damit ich nicht abrutschte. Ich bin draußen. Der Wind pfeift. Ich befinde mich auf der Kante des Waggons. Mit einer Hand halte ich mich am Fenster fest. Mit dem ganzen Körper neigte ich mich nach vorne. Ich stieß mich kräftig vom Waggon auf die Seite ab und sprang nach vorne in Fahrtrichtung."

Motive für die Flucht

Der Bericht Berlands veranschaulicht, dass es organisierten Fluchtwiderstand gab, den Jüdinnen und Juden einzeln oder in Gruppen initiierten, die zum Beispiel vorher in Widerstandsaktivitäten

Hinweis

Artikel über den NS-Massenmord in den Vernichtungslagern Treblinka, Belzec und Sobibor und das häufig randständige Gedenken an die „Aktion Reinhardt" veröffentlichten wir in LOTTA #66, #67 und #69.

involviert waren. Aber auch spontan wurden Gelegenheiten genutzt oder sich einer Flucht im Waggon angeschlossen. Die Motivation der Springer*innen reichte vom Kampf ums Überleben und die eigene Würde zu bewahren über den Wunsch, zur Familie, die im Versteck, im Ghetto oder in einem der noch verbliebenen Arbeitslager geblieben war, zurückzukehren, bis hin zu dem Bedürfnis, in einer fast ausweglosen Situation, den eigenen Tod selbst bestimmen zu wollen. Für einige war die Flucht aus den Waggons auch die Voraussetzung, um mit den Partisan*innen den Kampf gegen die Mörder ihrer Familien, Freund*innen und Bekannten fortzusetzen oder aufzunehmen.

Flucht als Widerstand

Fluchten sind ein bislang zu wenig beachteter Aspekt des jüdischen Widerstandes gegen die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Der polnische Historiker und ehemalige jüdische Partisan **Szymon Datner** bezeichnete die Fluchten aus den Ghettos und aus den Todestransporten als „nicht adäquat gewürdigte Aspekte des [jüdischen] Kampfes im letzten Krieg". Bereits während der Besatzungszeit sei die Bedeutung der Flucht erkannt und als „Kampfhandlung" verstanden worden. Als Beleg zitierte Datner aus der *Hechaluc Halochem* [hebr.: Der kämpfende Pionier], der Schrift der zionistischen Jugendorganisation *Akiba* in Krakau, vom August 1943: „Juden — wem die Kraft fehlt zum aktiven Kampf, wer nicht fähig ist, zu den Waffen zu greifen, der soll das eigene Leben retten. Jede Flucht aus den Händen der Folterknechte ist heute eine kämpferische Handlung. [...] Legt nicht selbst den Kopf unter das Beil!"

Früh schon verwiesen polnisch-jüdische wie christliche Zeitzeug*innen und zeitgenössische jüdische Historiker*innen auf Fluchten aus den Deportationszügen. Im Oktober 1942 schrieb der Historiker und Mitbegründer des Untergrundarchivs des Warschauer Ghettos, **Emanuel Ringelblum**, in seinem Tagebuch: „Hunderte Juden sprangen aus den Waggons, sie zogen es vor, durch die Kugel eines ukrainischen Wachmannes, der den Zug begleitete, zu sterben als in den Getrieben der Todesmaschine Treblinka." Im Schwarzbuch über die Ermordung der sowjetischen Juden, für das ab 1942/1943 unter anderem **Ilja Ehrenburg** Berichte zusammenstellte, findet sich in einem Text zur Geschichte der Juden von Lemberg über die Deportationen in das Vernichtungslager Belzec die Passage: „Die Züge wurden nachts abgefertigt, nachdem den Leuten zuvor alle Kleidungsstücke abgenommen worden waren. Viele rissen unterwegs Bretter aus den Waggonwänden und sprangen aus den Zügen. Nackt liefen sie über die Felder. Die deutschen Wachen, die sich gewöhnlich im letzten Waggon befanden, feuerten ganze Salven auf sie ab. Der Bahndamm von Lemberg bis Rawa Ruska war mit Leichen von Juden bedeckt."

Die Bewertung von Fluchten als Widerstand soll allerdings nicht das Verbleiben im Waggon denunzieren. Die polnische Soziologin **Barbara Engelking** schreibt zu dem als „Passivität" ausgelegten Verhalten, dem sogenannten widerstandslosen Einsteigen in die Waggons und Betreten der Gaskammer, dass angesichts der extrem geringen Überlebenschancen viele von sehr menschlichen und zutiefst sozialen Werten angetrieben wurden: „Im Angesicht des täglichen Todes, als die letzte Quelle von Rettung vielleicht nur noch die Verbindung mit anderen [Menschen] war, wollten die Menschen mit ihren Nächsten zusammen sein und ihnen damit einen Beweis ihrer Liebe, Verbundenheit, Treue und Mutes geben."

Marian Berland und seine Frau Maria, die aus einem anderen Waggon sprang, überlebten beide den Krieg auf der „arischen Seite" Warschaus, er in einem Versteck, sie mit polnischen Papieren.

Der Artikel beruht in Teilen auf Ausschnitten aus dem Buch „Das eigene Schicksal selbst bestimmen", in dem Franziska Bruder anhand der Biografien von jüdischen Springer*innen und und ihrer Kamerad*innen darstellt, wie mutig und schmerzhaft die Entscheidung zu springen für Mütter und Väter, Kinder, Enkel, Geschwister, Geliebte, Freunde und Freundinnen, Genossinnen und Genossen war — denn fast immer bedeutete die Flucht, geliebte Menschen zurücklassen zu müssen. Die Voraussetzungen der Flucht, ihre Realisierung und die Situation in den Waggons werden ebenso skizziert wie das Überleben in der langen Zeit bis zum Kriegsende — in Verstecken, bei Partisan*innen oder als christliche Pol*innen getarnt.

Franziska Bruder:
Das eigene Schicksal selbst bestimmen
Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt«
Unrast Verlag, Münster 2019
552 Seiten, 29,80 Euro

Von Britta Kremers

„Jetzt hat der rechte Führer Kurz ein Problem“

Interview mit Michael Bonvalot

Österreich nach der Wahl, der Absturz der extrem rechten FPÖ und die schwierige Regierungsbildung: Ein Gespräch mit dem österreichischen Journalisten, Autoren und Rechtsextremismus-Experten Michael Bonvalot.

Die Wahlen in Österreich sind vorbei, die ÖVP mit Sebastian Kurz gilt als strahlende Gewinnerin. Die FPÖ hingegen ist abgestürzt. Wie überraschend ist das Ergebnis?

Es hatte sich bereits seit Längerem abgezeichnet, dass die ÖVP auf Kosten der FPÖ gewinnt. An der Regierung waren zwischen ÖVP und FPÖ keine substantiellen Unterschiede zu bemerken. Aber die ÖVP wirkte frischer, Kurz konnte die Rolle des jüngeren **Strache** 2.0 verkörpern und hatte zusätzlich den Bonus des Kanzlers, also des Entscheiders. Für WählerInnen, die nach einer rechten Führerfigur suchen, ein wichtiges Argument. Aber sogar nach Ibiza war die FPÖ in allen Umfragen stabil bei rund 20 %, am Wahltag wurden es aber nur 16,2 %. Das bedeutet einen enormen Absturz von fast 10 % im Verhältnis zur Wahl 2017.

Warum ist die FPÖ auf einmal so abgestürzt?

Entscheidend war die Woche vor der Wahl. Da wurde bekannt, dass die Familie Strache pro Monat mehr als 40.000 Euro zur Verfügung hatte. Straches Frau Philippa war der Öffentlichkeit immer als ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte der FPÖ präsentiert worden. Nun berichten Medien, dass sie monatlich zwischen 9.500 und 11.000 Euro kassiert hat. Für die Villa der Straches gab es einen monatlichen Mietzuschuss von 2.500 Euro. Strache soll sogar regelmäßig Sporttaschen mit hohen Summen Bargeld erhalten haben, was er dementiert. Dieser Spesenskandal dürfte der FPÖ enorm geschadet haben. Ein Teil der WählerInnen dürfte zur ÖVP gewechselt sein, die mit 37,5 % insgesamt 6 % gewinnen konnte. Die ÖVP ist damit auch in Hinblick auf ihre WählerInnen nochmals deutlich nach rechts gerückt. Ein anderer Teil der FPÖ-SympathisantInnen dürfte schlicht zu Hause geblieben sein. Darauf deutet vor allem die Wahlbeteiligung hin, die gegenüber der Wahl 2017 um 4,4 % zurückgegangen ist. Das sind aber natürlich WählerInnen in Wartestellung, die wieder mobilisierbar sein könnten.

Auch für die Sozialdemokratie war das Wahlergebnis eine herbe Niederlage, die Grünen hingegen haben enorm gewonnen. Was ist da passiert?

Es hat sich gezeigt, dass es der SPÖ nicht möglich war, von der Schwäche der FPÖ zu profitieren. Deren WählerInnen haben entweder ÖVP gewählt oder sind zu Hause geblieben. Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie enorm Richtung Grüne verloren. Die Grünen waren 2017 sogar aus dem Parlament geflogen, stattdessen hatte eine tendenziell rechtere Abspaltung der Grünen den Einzug geschafft. Jetzt sind die Grünen mit 13,9 % die tatsächlichen großen Gewinner der Wahl, einerseits auf der Welle der Klimaproteste, andererseits, weil viele sie wieder im Parlament sehen wollten.
Die Sozialdemokratie ist inhaltlich zerrissen. Einerseits wurde im Wahlkampf „Menschlichkeit siegt“ plakatiert, andererseits wurden ÖVP und FPÖ dafür kritisiert, dass sie die Grenzen nicht genug abschotten würden. Gleichzeitig lobt die

Michael Bonvalot
ist Autor und Co-Autor mehrerer Bücher, unter anderem „Die FPÖ — Partei der Reichen" über die Sozialpolitik der FPÖ. Der Wiener schreibt regelmäßig für den ORF, für „Vice", für „Neues Deutschland" sowie auf bonvalot.net.

SPÖ große klimaschädliche Bauprojekte. Doch wer es rechts will, geht zu ÖVP und FPÖ. Wer Klima und den Schutz von Geflüchteten wichtig findet, geht zu den Grünen oder weiter nach links. Damit könnte die SPÖ künftig noch weiter abstürzen.

Nun kommen die Regierungsverhandlungen. Die ÖVP hat die Qual der Wahl. Sie könnte mit den Grünen, mit der Sozialdemokratie und mit der FPÖ eine Regierung bilden. Was wird passieren?
Für die ÖVP wirkt das tatsächlich mehr wie eine Qual. Sie hatte sicher gehofft, eine Koalition mit einer geschwächten FPÖ bilden zu können. Die Stimmung in der FPÖ geht aber derzeit eindeutig Richtung Opposition. Jetzt hat der rechte Führer Kurz ein Problem.
Die Sozialdemokratie wäre zu einer Koalition bereit, sie sieht sich selbst als genuine Regierungspartei. Das entspricht aber nicht dem Projekt der Kurz-Fraktion in der ÖVP, die damit angetreten ist, die langjährige Koalition mit der Sozialdemokratie zu sprengen.
Am meisten diskutiert wird eine Koalition zwischen ÖVP und den Grünen. Da gibt es allerdings enorme Unterschiede, vor allem die Bereiche Soziales, Klima und Geflüchtete. Da wären jeweils substantielle Zugeständnisse nötig. Ich bin gespannt, wie die beiden Parteien das ihren WählerInnengruppen erklären. Schließlich steht eine Minderheitsregierung im Raum, etwa gestützt auf die FPÖ. Einerseits könnte sich Kurz so als Macher präsentieren, andererseits ist das aber natürlich eine fragile Konstellation.

Glaubst du, dass eine Neuauflage von Schwarz-Blau realistisch ist?
In der FPÖ gibt es — wohl zu Recht — die Befürchtung, in einer neuen Koalition weiter aufgerieben zu werden. Es hängt natürlich davon ab, was in den kommenden Monaten passiert und was die ÖVP an Posten und Einfluss im Staatsapparat anbietet.

Was bedeutet das Ergebnis für die FPÖ? Könnte sie sich spalten?
Sehr viel ist im Fluss. Ex-Parteichef Strache hat ja angekündigt, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Vor dem Spesenskandal war noch erwartet worden, dass er bei der Wahl in Wien im kommenden Jahr als Spitzenkandidat antritt. Das ist nun wohl ausgeschlossen — aber gleichzeitig kann natürlich niemand sagen, ob Strache nicht doch einmal wieder aus der Versenkung auftaucht.
Die nächste Frage ist, wie die anderen Parteigranden miteinander klarkommen. Ein eindeutiger Führer hat sich noch nicht herauskristallisiert. Parteichef **Norbert Hofer** ist der ideologische Mastermind der Partei. Nach außen tritt er aber für viele zu sanft auf.
Die Nummer zwei, der ehemalige Innenminister **Herbert Kickl**, gilt als besonderer Scharfmacher und vertritt vermutlich eher eine national-soziale Linie. Andere wie der mächtige Parteichef von Oberösterreich, **Manfred Haimbuchner**, sind dagegen ganz offen auf Kurs der Industrie. Haimbuchner hat nach der Wahl auch gefordert, das Kooperationsabkommen zwischen der FPÖ und der **Putin**-Partei *Einiges Russland* aufzulösen, das 2016 abgeschlossen worden war. Für andere ist dieses Abkommen symbolisch sehr wichtig. Da könnten auf die FPÖ noch einige Verwerfungen zukommen.

Wie siehst du derzeit die Rolle der Linken? Kann die etwas bewegen?
Auf der Wahlebene hat die außerparlamentarische Linke knapp über ein Prozent der Stimmen, das ist also kaum relevant. Gleichzeitig sind viele Linke weiter bei SPÖ oder Grünen engagiert. Es gab aber einzelne sehr starke Mobilisierungen mit bis zu 50.000 Menschen gegen Schwarz-Blau in Wien.
Entscheidend wird sicher, ob es ÖVP und FPÖ weiter gelingt, mit ihrer Abschottungspolitik gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund andere Felder zu überlagern. Denn wenn etwa Klimapolitik und die soziale Frage stärker in den Mittelpunkt rücken, würden ÖVP und FPÖ sicher gehörig unter Druck geraten. Klar ist: Die Zukunft wird noch geschrieben!

Vielen Dank für das Interview!

Credits: AK Pliberk/Bleiburg, 2019

Nach kritischen Berichten überwacht die österreichische Polizei die „Ustaša"-Gedenkveranstaltung am 18. Mai 2019 in Bleiburg.

Von Jörg Kronauer

„Grüß uns den Ante Pavelić!"

Nationalismus und „Ustaša"-Verherrlichung in Kroatien

Gleich mehrere neue Kräfte auf der äußersten Rechten haben bei den Europawahlen in Kroatien Erfolge erzielt. Sie profitieren vom starken Nationalismus im Land und von der breiten Verehrung, die die NS-Kollaborateure der faschistischen „Ustaša" seit den 1990er Jahren in Kroatien genießen. Sogar bei einer Wahlkampfveranstaltung der Regierungspartei HDZ mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai waren Anklänge an die „Ustaša" unverkennbar. Kroatien übernimmt zum 1. Januar 2020 die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

Samstag, 18. Mai 2019: Bundeskanzlerin **Angela Merkel** ist in der kroatischen Hauptstadt Zagreb eingetroffen, um dort die Regierungspartei HDZ (*Hrvatska demokratska zajednica*, *Kroatische Demokratische Union*) im Europawahlkampf zu unterstützen. Merkel, deren CDU mit der HDZ in der *Europäischen Volkspartei* (EVP) eng kooperiert, wird von den mehr als 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Wahlkampfveranstaltung mit lautem Beifall begrüßt. Die Stimmung ist gut, und sie wird noch besser, als der HDZ-Spitzenkandidat bei der Europawahl, der 29-jährige **Karlo Ressler**, die alljährlich in Bleiburg stattfindende Gedenkveranstaltung zur Ehrung der faschistischen *Ustaša* preist. Als schließlich das in Kroatien äußerst populäre Lied „Lijepa li si" erklingt, tobt die Menge; Kroatiens Ministerpräsident **Andrej Plenković** (HDZ) klatscht begeistert den Takt. „Lijepa li si" ist eine nationalistische Hymne, die unter anderem Herceg-Bosna, einen Teil des Nachbarlandes Bosnien-Herzegowina, für Kroatien in Anspruch nimmt. Das Lied stammt von **Marko Perković**, besser bekannt als *Thompson*, der in seinen Songs immer wieder die *Ustaša* verherrlicht. Merkel, für die HDZ auf Stimmenfang, klatscht höflich mit.

Merkels Beifall für „Lijepa li si" hat in einigen Ländern Europas für Schlagzeilen gesorgt; in der deutschen Botschaft in Bosnien-Herzegowinas Hauptstadt Sara-

jevo trudelten gar Protestbriefe ein. Ein Regierungssprecher in Berlin beeilte sich zu versichern, die Kanzlerin habe, des Kroatischen nicht mächtig sowie nicht als Expertin für dubiose Rechtsaußen-Bands bekannt, schlicht nicht geahnt, wozu man auf Großveranstaltungen der CDU-Schwesterpartei HDZ so alles klatsche. Das mag vielleicht stimmen; doch wirft der Vorfall auch dann nur einmal mehr ein Schlaglicht darauf, wie stark krasser Nationalismus und Sympathien für die faschistische *Ustaša* Politik und Gesellschaft im heutigen Kroatien prägen — keinesfalls nur auf Hinterzimmertreffen irgendwelcher extrem rechter Splittergruppen, sondern sogar mitten in der Partei, die seit Kroatiens Abspaltung von Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre die meiste Zeit den Ministerpräsidenten stellt.

„Za dom — spremni!"

Schlagzeilen, die einen Eindruck davon verschaffen, wie hegemonial die Rechte in Kroatien inzwischen ist, finden sich auch außerhalb des Landes immer wieder. Vor Merkels Zagreber Wahlkampfauftritt gab es solche Schlagzeilen zuletzt während der Fußball-WM im Sommer 2018. Damals hatte zunächst der kroatische Nationalspieler **Dejan Lovren** nach einem Sieg seines Teams einen *Thompson*-Song mitgegrölt, der mit den Worten „Za dom — spremni!" begann. „Für die Heimat — bereit!" war die Parole der *Ustaša*, die von 1941 bis 1945 das faschistische, mit den Nazis kollaborierende Kroatien beherrschte und sich am Holocaust beteiligte; dabei ermordeten ihre Schergen Schätzungen zufolge jeweils bis zu 40.000 Jüdinnen und Juden sowie Roma und Romnija — und 350.000 bis 700.000 Serbinnen und Serben. Weitere Nationalspieler taten sich mit ähnlichen Parolen hervor. **Domagoj Vida** etwa rief vor einer Videokamera nicht nur „Ruhm der Ukraine!", den traditionellen Gruß der ukrainischen NS-Kollaborateure, sondern auch triumphierend: „Belgrad brennt!"

Ärger hatten die kroatischen Nationalspieler dabei nicht zu befürchten. Ustaša-Parolen sind im kroatischen Fußball längst nicht mehr nur in der Fanszene üblich. **Davor Šuker**, ehedem Spieler, heute Präsident des kroatischen Fußballverbands, hat sich einst sogar am Grab von *Ustaša*-Führer **Ante Pavelić** fotografieren lassen. Als die kroatischen Nationalspieler im Juli 2018 in Zagreb ihren Vize-Weltmeistertitel feierten, holten sie Marko Perković auf die Bühne. Der gefeierte Sänger, zu dessen Konzerten in Kroatien bis zu 60.000 Menschen kommen — 1,5 Prozent der Bevölkerung –, ist nicht nur für Lieder wie „Lijepa li si" bekannt, sondern auch für Zeilen wie „Oj, Neretva, fließ abwärts, treib die Serben in die blaue Adria". Ein anderer Perković-Vers geht so: „Leuchtender Stern über Metković, grüß uns den Ante Pavelić".

Lob für die „Ustaša"

Waren das Ausrutscher? Nein. Das hatte wenige Wochen vor Beginn der Fußball-WM ein Bericht der Antirassismus-Kommission des Europarats gezeigt, der am 15. Mai 2018 veröffentlicht wurde und europaweit Eingang in die Spalten der Tagespresse fand. Nicht nur in der Fußballszene, auch ganz allgemein in der kroatischen Öffentlichkeit nehme „rassistische und intolerante Hassrede" erheblich zu, hieß es in dem Bericht; „die Hauptziele" seien „Serben, LGBT und Roma". Staatliche Stellen gingen nur selten gegen „Hassrede" vor; sogar körperliche Angriffe auf Minderheiten, wie sie immer wieder verübt würden, würden von der Justiz, wenn überhaupt, zumeist lediglich als geringfügige Vergehen eingestuft. Auch der Nationalismus werde immer stärker, „besonders unter jungen Leuten", hieß es weiter; er zeige sich in erster Linie „in Lob für das faschistische *Ustaša*-Regime". Sogar Fernsehsender verbreiteten offen rassistische Kommentare; so habe ein Moderator des Zagreber Senders Z1 TV das Publikum gewarnt, der serbisch-orthodoxen Kathedrale in Kroatiens Hauptstadt nicht zu nahe zu kommen: Man wisse ja, dass vor allem Kinder „Opfer von Tschetnik-Schlächtereien werden" könnten. Die Realität sieht eher umgekehrt aus. So berichtet die Serbisch-Orthodoxe Kirche, allein im Jahr 2016 seien ihre Gebäude in Kroatien zwanzigmal demoliert worden. 2014 überfielen Nationalisten in Vukovar, einer Grenzstadt zu Serbien, ein Café, das von Angehörigen der serbischen Minderheit betrieben und besucht wurde. Die Besitzer wurden schwer verletzt.

Schlagzeilen außerhalb Kroatiens macht außerdem regelmäßig das jährliche *Ustaša*-Gedenken im österreichischen Bleiburg unweit der Grenze zu Slowenien. In der Nähe des Ortes waren ab Mai 1945 eine mutmaßlich fünfstellige Zahl kroatischer NS-Kollaborateure, die von britischen Truppen gefangengenommen und an jugoslawische Partisanen überstellt worden waren, für ihre Kollaborationsverbrechen hingerichtet worden. Ihrer gedenken kroatische Nationalistinnen und Nationalisten jedes Jahr im Mai mit einer Großveranstaltung. Diese findet seit 2003 unter dem Patronat der kroatischen Bischofskonferenz sowie mittlerweile zusätzlich unter dem „Ehrenschutz" des kroatischen Parlaments statt. Frequentiert wird sie von *Ustaša*-Anhängerinnen und -Anhängern jeglicher Couleur. Regelmäßig sind hochrangige Politikerinnen und Politiker zugegen; dieses Jahr war die kroatische Regierung am 18. Mai mit zwei HDZ-Ministern zugegen. Ministerpräsident Plenković hatte sich entschuldigen lassen: Der zeitgleiche Wahlkampfauftritt mit der deutschen Kanzlerin hielt ihn von einer

Teilnahme ab. Staatspräsidentin **Kolinda Grabar-Kitarović** hatte sich ein paar Tage vorher vor dem Bleiburger Gedenkstein zur Erinnerung an „die gefallenen Kroaten" fotografieren lassen. Sie wusste, warum: Am 18. Mai wäre sie womöglich gemeinsam mit Personen wie dem Slowenen **Roman Leljak** fotografiert worden, der den Massenmord im *Ustaša*-KZ Jasenovac als „Mythos" bezeichnet, oder mit **Tomislav Sunić**, der zuletzt zum Beispiel bei der NPD auftrat.

Credits: AK Pliberk/Bleiburg, 2019

Ustaša in An- und Abführung. Und bei "Bleiburger Ehrenzug" bitte die Anführung unten.

Kroatiens Abspaltung

Krasser Nationalismus, antiserbischer Rassismus, Agitation gegen Romnija und Roma und ein hemmungsloser *Ustaša*-Kult: Das ist in dieser Form im heutigen Kroatien möglich, weil die *Ustaša* nach dem Ende ihres Staates im Jahr 1945 überleben konnte, und zwar im westlichen Exil. Besonders hervorgetan hat sich dabei die Bundesrepublik Deutschland. Schon 1950 konnte der Arzt **Branimir Jelić**, ein einstiger *Ustaša*-Aktivist, in München das *Kroatische Nationalkomitee* (*Hrvatski Narodni Odbor*, HNO) gründen, dem 1970 Berichten zufolge rund 15.000 rechte Kroatinnen und Kroaten angehörten. Jelić leitete zudem von seiner bundesdeutschen Zufluchtsstätte aus einen Zusammenschluss von insgesamt 25 Organisationen des in Westeuropa ansässigen kroatischen Exils. In München wurde die Zeitschrift *Hrvatska Država* (*Der kroatische Staat*) gedruckt, an deren Herstellung sich der frühere *Ustaša*-Innenminister **Mate Frković** beteiligte. Darüber hinaus mordeten rechte Exilkroaten in der Bundesrepublik, ohne allzu intensive polizeiliche Verfolgung fürchten zu müssen. Zum Opfer fielen ihnen im November 1962 **Momčilo Popović**, ein einstiger Partisan, der in Jugoslawiens Handelsmission in Bonn als Hausmeister arbeitete, im August 1966 Jugoslawiens Konsul in Stuttgart, **Sava Milovanović**, und im Februar 1976 **Edvin Zdovc**, Jugoslawiens Konsul in Frankfurt am Main. Die kroatische Rechte hatte in der Bundesrepublik stets freie Bahn.

Das hatte Gründe. Deutsche Regierungsstellen beobachteten schon früh mit großem Interesse, wie im sozialistischen Jugoslawien der kroatische Nationalismus vorsichtig wieder erstarkte. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren pflegte der Bundesnachrichtendienst (BND) enge Beziehungen zu einem Kreis um einen gewissen **Ivan Krajačić** in Zagreb, einen Mitarbeiter des jugoslawischen Geheimdienstes *Uprava državne bezbednosti* (UBDA), der schon damals die Abspaltung Kroatiens von Jugoslawien in den Blick nahm. Der BND bemühte sich außerdem, die Beziehungen zwischen den Separatisten in Zagreb und dem rechten kroatischen Exil in der BRD zu stärken. Schließlich wurden in den 1980er Jahren, wie der Geheimdienstexperte **Erich Schmidt-Eenboom** berichtet hat, „in Zagreb alle Entscheidungen in strategischen und personellen Fragen nur noch in Absprache des Zentrums von Krajačić mit BND-Instanzen und Ustaša-Repräsentanten getroffen".

Dem Krajačić-Kreis gehörte nicht zuletzt **Franjo Tudjman** an, ein *Ustaša*-Fan, der Anfang der 1990er Jahre in enger Abstimmung mit Bonn Kroatiens Abspaltung von Jugoslawien durchsetzte und als erster Präsident des neuen Staates amtierte. Tudjman hatte 1989 das *Ustaša*-KZ Jasenovac als „Sammel- und Arbeitslager" verharmlost sowie den *Ustaša*-Staat als „Ausdruck des Strebens des kroatischen Volkes nach Unabhängigkeit und Souveränität" gelobt. In Kroatiens Abspaltungskrieg, der unter Tudjman in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geführt wurde, spielte die extreme Rechte eine wichtige Rolle, die ihr bis heute Einfluss garantiert. Einer der damaligen Aktivisten war Marko Perković, der 1991 zur Anfeuerung kroatischer Milizen seine ersten die *Ustaša* verherrlichenden Lieder sang. Nach der alten britischen Maschinenpistole des Modells „Thompson", die er damals nutzte, ist seine Band benannt.

„Markante Persönlichkeiten"

Unter Tudjman sind sogar ehemalige *Ustaša*-Aktivisten wieder in Amt und Würden gelangt. So sickerten, wie der Journalist **Gregor Mayer** im Jahr 2010 kon-

statierte, *Ustaša*-Funktionäre „aus der Emigration ... in den Staatsapparat und in das Unterrichtswesen ein". Tudjman verschaffte ihnen teilweise sogar hervorgehobene politische Positionen, auch wenn er damit zuweilen scheiterte; der Versuch etwa, **Ivo Rojnica** 1993 zum neuen Botschafter Kroatiens in Argentinien zu ernennen, ließ sich nicht durchsetzen: Rojnica hatte als *Ustaša*-Kommandeur in Dubrovnik gewirkt; nachweisen ließ sich zum Beispiel, dass er im Juni 1941 ein nächtliches Ausgehverbot für „Juden und Serben" unterzeichnet hatte. „Alles, was ich 1941 getan habe, würde ich wieder tun", sagte Rojnica einer argentinischen Zeitung, die den Botschafter in spe interviewte. Wegen der internationalen Proteste, die daraufhin losbrachen, war es für Rojnica mit dem Diplomatenposten umgehend vorbei.
Unter Tudjman wurden zudem viele Straßen und Plätze umbenannt — zuweilen nach Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher**, der erheblich zum Gelingen der Abspaltung Kroatiens beigetragen hatte, aber auch nach Personen wie **Mile Budak**, einem der wichtigsten Propagandisten der *Ustaša*, der zeitweise Botschafter des faschistischen Kroatien im Deutschen Reich gewesen war.
Parallel hat unter Tudjman eine umfassende Umwertung der kroatischen Geschichte eingesetzt, die — so formuliert es Mayer — „Eingang in die Schulbücher gefunden" hat und inzwischen „im Bewusstsein von weiten Teilen der Öffentlichkeit in Kroatien stark verankert" ist. Tudjmans „Manipulationen" haben demnach „ein Geschichts- und Gesellschaftsbild 'salonfähig'" gemacht, auf das sich die extreme Rechte „bis heute berufen" kann. Es bricht sich auch in etablierten Kreisen, etwa in der HDZ, Bahn. Deutlich wurde das zum Beispiel, als der damalige HDZ-Politiker **Zlatko Hasanbegović** am 22. Januar 2016 zu Kroatiens Kulturminister ernannt wurde. Hasanbegović war während der 1990er Jahre Mitglied der faschistischen Partei HČSP (*Hrvatska čista stranka prava, Kroatische Reine Rechtspartei*) gewesen und hatte Beiträge in einer Publikation namens *Nezavisna Država Hrvatska* veröffentlicht, deren Titel auf Deutsch „Unabhängiger Staat Kroatien" lautet und mit der offiziellen Bezeichnung für den NS-Kollaborationsstaat der *Ustaša* aus den Jahren 1941 bis 1945 identisch ist. Dass Hasanbegović versuchte, die bosnisch-muslimische Waffen-SS-Division „Handschar" positiv zu bewerten, und ihren stellvertretenden Imam **Husein Djozo** zu einer der „markantesten und interessantesten Persönlichkeiten der bosnischen Muslime" erklärte, war letzten Endes aber doch zuviel. Zwar wurde Hasanbegović am 28. Mai 2016 noch ins HDZ-Präsidium gewählt; nach dem Sturz der Regierung, für die er als Kulturminister tätig gewesen war, am 16. Juni 2016 bekam er jedoch keinen Ministerposten mehr, und im Folgejahr wurde er sogar aus der HDZ ausgeschlossen. Seine Aktivitäten hatten zuviel Ärger aus dem Ausland eingebracht.

Kroatiens ultrarechtes Potenzial

Mit Zugeständnissen wie diesem an gemäßigtere Spektren und an das Ausland hat sich die HDZ freilich nicht nur Freunde gemacht. Trotz seines Bleiburg-Lobes bei der Wahlkampfveranstaltung mit Angela Merkel am 18. Mai konnte ihr Spitzenkandidat Ressler bei den Europawahlen nur 22,7 Prozent erzielen; das war ein dramatischer Einbruch gegenüber den 41,4 Prozent für die HDZ bei den Europawahlen 2014. Drittstärkste Kraft nach der HDZ und der sozialdemokratischen SDP wurde mit 8,5 Prozent ein neues Bündnis aus vier kleinen ultrarechten Parteien, für das jetzt die Abgeordnete **Ruža Tomašić** im Europaparlament sitzt; es konnte der HDZ eine Menge Stimmen abspenstig machen. Das Bündnis namens *Kroatische Souveränisten* war im Februar 2019 von der *Kroatischen Konservativen Partei* (*Hrvatska konzervativna stranka*, HKS) und der Partei *Hrvatski rast* initiiert worden; *Hrvatski rast* entstammt der katholischen Rechten, die in Kroatien sehr stark und eng mit der alten *Ustaša* verflochten ist.
Ebenfalls ein Mandat gewinnen konnte mit 7,9 Prozent der als Unabhängiger angetretene einstige Richter **Mislav Kolakušić**, der sich ebenfalls der äußeren Rechten zuordnen lässt. Insgesamt stimmten rund zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler in Kroatien für rechte und extrem rechte Parteien, wobei die HDZ, nachdem sie ihren ultrarechten Flügel zurechtgestutzt hatte, massiv an Einfluss verlor. „Wir haben im europäischen Vergleich den geringsten Anteil radikal rechter Parteien", hatte sich noch im Sommer 2018 der kroatische Politikwissenschaftler **Žarko Puhovski** gefreut: Rechts neben der HDZ gebe es keinerlei relevante Parteien. Das lag freilich daran, dass die HDZ die äußerste Rechte integriert hatte — damals noch mit Erfolg. Die Europawahlen haben nun allerdings die Grenzen dieser Einbindungsbemühungen gezeigt — und gleichzeitig offengelegt, welches ultrarechte Potenzial gegenwärtig in Kroatien steckt.

Von Jan Raabe

Völkische Landnahme

Andrea Röpke und **Andreas Speit** legen mit „Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos" ein gut zu lesendes und sowohl bezüglich der Fakten, als auch der Ideologiekritik informatives Buch vor. In den letzten Jahren waren die „völkischen Siedler" immer wieder als Aufreger-Thema in den Medien. Dabei wurde zumeist weder der Begriff „völkisch" genau definiert, noch die Kriterien für „Siedler" benannt. Die *Amadeu-Antonio-Stiftung* sprach beispielsweise von „völkischem Rechtsextremismus", was auch immer das sein mag. Zuweilen hatte man auch den Eindruck, dass dem Thema durch Zahlen — so war die Rede von bis zu 1.000 „Siedlern" — unverhältnismäßig viel Bedeutung zugesprochen wurde.

Davon hebt sich das Buch von Röpke und Speit wohltuend ab. Sie zeigen an konkreten Beispielen, wie sich die völkische Ideologie in der Praxis auswirkt. Sie decken durch gute Recherche die Netzwerke der Szene und deren Reichweite auf. Mit einem historischen Blick analysieren sie den antidemokratischen Charakter der völkischen Bewegung seit den 1900er Jahren. Dabei wird eine Szenerie aus Familien und „Sippen" deutlich, die den Kern eines Milieus der extremen Rechten stellt, das weitestgehend unbekannt ist. Wer kennt denn schon den Ende der 1950er Jahre gegründeten *Freibund*, der in der Erziehungsarbeit für die rechtsintellektuelle „Neue Rechte" eine wichtige Rolle spielt? Das Buch klärt hier auf.

Eine kleine Schwäche des Buches ist, dass teilweise lupenreine Neonazis als „Völkische" charakterisiert werden. „Völkisch" meint aber im Übrigen auch nicht „ein bisschen rechts", wie es die AfD glauben machen möchte, sondern eine Strömung innerhalb der extremen Rechten.

Andrea Röpke, Andreas Speit:
Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos.
Ch. Links Verlag 2019
208 Seiten, 18 Euro

Von Verena Grün

Eure Heimat ist unser Albtraum

„Dieses Buch ist ein Manifest gegen Heimat" heißt es auf der Homepage des *Ullstein-Verlages* in der Ankündigung des Sammelbandes, den **Fatma Aydemir** und **Hengameh Yaghoobifarah** herausgegeben haben. Erschienen ist er Anfang 2019 — genau ein Jahr, nachdem Deutschland ein Heimatministerium erhalten hat. Horst Seehofer ist seit der Regierungsbildung nicht nur Minister des Inneren und für Bau, sondern auch für Heimat. Um das Ministerium geht es zwar nicht in den 14 Texten, wohl aber um das Konzept „Heimat", das für viele Menschen Ausgrenzung und Verweigerung von Zugehörigkeit bedeutet, und um die Gedanken, Gefühle und (alltäglichen) Konsequenzen, die sich für Angehörige marginalisierter Gruppen ergeben.

Die Autor_innen schreiben aus ganz unterschiedlicher Perspektive und mit ganz unterschiedlichem Fokus. Was sie eint, sind Erfahrungen von Rassismus und Verweigerung von Zugehörigkeit zu der vermeintlichen Heimat-Konstruktion.

Sharon Dodua Otoo beispielsweise schildert sehr bewegend ein Gespräch mit ihrem Sohn über ihre und seine Erziehung und welche Rolle das Thema Rassismus beziehungsweise die bewusste Auseinandersetzung damit in der Kindheit gespielt hat und den Einfluss auf das Erleben von Rassismus und den Umgang damit. **Olga Grjasnowa** setzt sich mit Privilegien auseinander, **Vina Yun** schreibt über die Bedeutung von Essen, **Max Czollek** über das Integrationsparadigma, „Gedächtnistheater", Özil, Chemnitz und die Rolle von Jüdinnen_Juden in der deutschen „Gegenwartsbewältigung". **Reyhan Şahin** — a.k.a. Lady Bitch Ray — behandelt das Thema Sex. Oder genauer: female Sexspeech, die „sich für viele regelrecht wie eine harte osmanische Backpfeife" anzufühlen scheine.

Fatma Aydemir,
Hengameh Yaghoobifarah (Hg.):
Eure Heimat ist unser Albtraum
Ullstein Verlag 2019
208 Seiten, 20 Euro

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerk. Anti-Konzessionspolitik
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen ?! kostenfreies Exemplar anfordern !!

Niddastr. 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

info@rote-hilfe.de
★ www.rote-hilfe.de ★

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

ALL DAYS FOR FUTURE
graswurzel revolution
Klima-Aktionsblatt der Graswurzelrevolution

Mindestabnahme: 50 Stück
kostenlos bei: abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

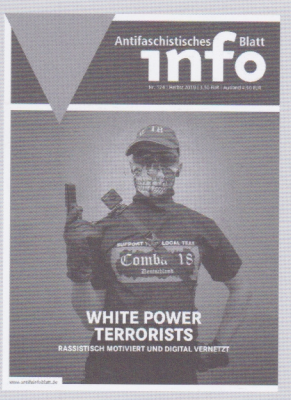
DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN
abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen können die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 19 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 30 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM NOVEMBER 2019

27. November 2019, 19.30 Uhr
Jüdinnen und Juden unerwünscht?!
Die internationale Flüchtlingspolitik
in den 1930er/1940er Jahren
Referent: Michael Sturm (Historiker, Münster)
Ort: Campus Hochschule Düsseldorf,
Münsterstr. 156, Café Freiraum,
Gebäude 3 (Erdgeschoss)

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT,
in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum
Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf